



Sparkasse KölnBonn

Jahresabschluss 2018

Name der Gesellschaft	Sparkasse KölnBonn
Sitz	Hahnenstraße 57, 50667 Köln
eingetragen beim Amtsgericht	Köln
Register Nr.	HRA 7961
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Köln

Gegründet 1826
Kreditanstalt des öffentlichen Rechts
Träger der Sparkasse KölnBonn ist der Sparkassenzweckverband
"Zweckverband Sparkasse KölnBonn"

Die Sparkasse KölnBonn im Internet:

Jederzeit erreichbar unter:

www.sparkasse-koelnbonn.de

Hier finden Sie Informationen zu
unserem gesellschaftlichen Engagement:

www.sparkasse-koelnbonn.de/engagement

www.sparkasse-koelnbonn-stiftungen.de

Sparkasse KölnBonn

Jahresabschluss 2018

Inhalt

Lagebericht	4
A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse KölnBonn	4
B. Wirtschaftsbericht	5
C. Rechnungslegungsprozess	17
D. Chancen- und Risikobericht	19
E. Prognosebericht	32
Jahresabschluss (HGB)	35
Aktiva	36
Passiva	37
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018	38
Eigenkapitalpiegel	40
Kapitalflussrechnung	41
Anhang zum Jahresabschluss	43
Grundlagen der Rechnungslegung	43
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	43
Ausweis in der Bilanz und der GuV sowie im Anhang	48
Sonstige Angaben	61
Nachtragsbericht	73
Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn	74
Vorstand	77
Anlage zum Jahresabschluss	78
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	79
Bericht des Verwaltungsrates	88

Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse KölnBonn

Geschäftsmodell

Die Sparkasse KölnBonn ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 1 Sparkassengesetz NRW. Der Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband "Zweckverband Sparkasse KölnBonn".

Die Sparkasse betreibt als Universalkreditinstitut Bankgeschäfte im Sinne des Kreditwesengesetzes. Sie dient der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere in der Wirtschaftsregion Köln/Bonn, sowie der entsprechenden Versorgung ihres Trägers. Die Sparkasse stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Das Geschäftsmodell der Sparkasse KölnBonn besteht aus vier strategischen Geschäftsfeldern:

- Privatkunden
- Firmenkunden
- Kapitalmarktgeschäft
- Corporate Center (Verwaltungs- und sonstige Geschäftsaktivitäten)

Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Dabei folgt die Sparkasse den veränderten Kundenbedarfen und richtet ihr umfassendes Beratungsangebot, zunehmend digital und stationär kombiniert, daran aus.

Die Sparkasse KölnBonn ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angeschlossen. Sie unterliegt dem Regionalprinzip der Sparkassen. Danach stimmt das Geschäftsgebiet einer Sparkasse im Allgemeinen mit dem Gebiet des jeweiligen kommunalen Trägers überein. Wichtige Eckpunkte der Sparkasse KölnBonn sind ihre Gemeinwohlorientierung, ihre kommunale Bindung, die dezentrale Unternehmerverantwortung und die Zusammenarbeit im Verbund mit den anderen Einrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Sparkasse KölnBonn sowie die Sparkassen in Deutschland werden durch ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe gesichert. Die Mitglieder stehen füreinander ein und sichern den Bestand der Institute. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch die Einlagen der Kunden. Alle Sparkassen sind Mitglieder des zuständigen regionalen Stützungsfonds. Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt, um Liquidität und Solvenz zu gewährleisten. Wenn bei einem regionalen Stützungsfonds die Mittel für eine mögliche Stützung nicht ausreichen sollten, tritt ein überregionaler Ausgleich ein. Die übrigen Sparkassenstützungsfonds würden sich in diesem Fall an einer Stützung beteiligen. In einem weiteren Schritt stehen bei Bedarf die gesamten Mittel aller Sparkassenstützungsfonds, der Sicherheitsreserve der Landesbanken und des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zur Verfügung.

Die Sparkasse KölnBonn ist kapitalmarktorientiert, da sie einen organisierten Markt im Sinne des § 2 Absatz 11 Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) durch von ihr emittierte Wertpapiere im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 des WpHG in Anspruch nimmt.

Die Sparkasse KölnBonn verzichtet unter Verweis auf § 290 Absatz 5 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das konjunkturelle Umfeld in Deutschland hat sich im Jahresverlauf 2018 deutlich abgekühlt, ist jedoch immer noch positiv. Nach einem schwungvollen ersten Halbjahr gab es in der zweiten Jahreshälfte eine Delle. Per Saldo ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2018 um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen, allerdings fiel die Wachstumsrate auf den niedrigsten Stand seit 2013. Kalenderbereinigt lag das Wachstum bei 1,5 Prozent.

Die Wachstumsimpulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland. So waren sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die staatlichen Konsumausgaben höher als im Vorjahr. Die Zuwächse fielen jedoch deutlich niedriger aus als in den letzten drei Jahren. Die Investitionen stiegen im Vorjahresvergleich kräftig an. Dazu trugen sowohl Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen bei. Vor allem in den öffentlichen Tiefbau wurde deutlich mehr investiert als ein Jahr zuvor. Die deutschen Ausfuhren stiegen im Jahresdurchschnitt 2018 weiter, aber nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Dabei übertraf der Anstieg der preisbereinigten Importe den Zuwachs der Exporte von Waren und Dienstleistungen. Somit bremste der Außenbeitrag das deutsche BIP-Wachstum rein rechnerisch leicht.

Das BIP lag im vierten Quartal 2018 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – auf demselben Niveau wie im Vorquartal, womit eine Rezession vermieden werden konnte. Als Belastungsfaktor erwies sich weiterhin die politische Unsicherheit im Zusammenhang mit den Handelskonflikten und Brexit. Zudem lasteten die Zulassungsschwierigkeiten der deutschen Automobilindustrie aufgrund der neuen Prüfverfahren für Abgasemissionen sowie das Niedrigwasser auf wichtigen Schifffahrtswegen auf der heimischen Wirtschaft.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich vor allem aus dem Inland, wo im vierten Quartal deutlich mehr als im dritten Quartal 2018 investiert wurde, insbesondere in Bauten, aber auch in Ausrüstungen. Während die Konsumausgaben der privaten Haushalte leicht zulegten, erhöhte der Staat seine Konsumausgaben zum Jahresende deutlich. Die außenwirtschaftliche Entwicklung lieferte im vierten Quartal dagegen keine Wachstumsimpulse.

Der Arbeitsmarkt hat sich auch in 2018 sehr gut entwickelt, wobei dies auch der positiven konjunkturellen Entwicklung geschuldet war. Die Arbeitslosigkeit ist zum fünften Mal in Folge gesunken: In 2018 sank sie im Durchschnitt um 193.000 auf 2.340.000 Personen. Einen großen Anteil an diesem Rückgang hatte hierbei der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben 2018 weiter um 562.000 auf 44,83 Mio. zugenommen. Damit erreichte die Erwerbstätigkeit ihren höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wie schon in den Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 2018 stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit. Sonstige Formen der Erwerbstätigkeit, z.B. geringfügige Beschäftigung oder Selbstständigkeit, waren weiterhin rückläufig. Per Juni 2018 lag die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer bei 32,87 Mio. Personen und damit um 705.000 über dem Niveau des Vorjahres. Die Konjunktur erklärt den kräftigen Beschäftigungsanstieg nur zum Teil. Andere Faktoren wie der sektorale Wandel, eine hohe Arbeitsmarktanspannung und Zuwanderung gewannen an Bedeutung für die Beschäftigung und führten zu einem stabilen Aufwärtstrend.

Obwohl der wirtschaftliche Aufwärtstrend etwas an Schwung verloren hat, ist die Zahl der arbeitslosen Menschen auch im vierten Quartal im Vorjahresvergleich rückläufig, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung setzt ihren Wachstumskurs fort, und die Nachfrage der Betriebe nach neuen Mitarbeitern liegt unverändert auf einem sehr hohen Niveau.

Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,9 Prozent gegenüber 2017 und damit nochmals etwas stärker als im Vorjahr. Für den Anstieg der Jahresteuerrate 2018 waren maßgeblich die Energiepreise verantwortlich, welche sich um 4,9 Prozent gegenüber 2017 verteuerten. Auch die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich 2018 mit 2,5 Prozent

gegenüber 2017 überdurchschnittlich stark, aber schwächer als die Energiepreise. Im Wirtschaftsraum der Europäischen Währungsunion lag die Inflationsrate, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, im Jahresdurchschnitt 2018 bei 1,7 Prozent.

Auch in 2018 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre ultralockere Geldpolitik fortgeführt und damit die Wirtschaft in der Eurozone weiter unterstützt. So wurden die Leitzinssätze auf ihren rekordtiefen Niveaus unverändert belassen. Die Anleihekäufe wurden im Jahresverlauf gesenkt und zum Jahresende komplett eingestellt. Allerdings werden aus dem Anleihekaufprogramm fällig werdende Anleihen weiter reinvestiert. Zudem stellt die EZB in Aussicht, dass die Leitzinsen "mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 Prozent auf mittlere Sicht sicherzustellen".

Wirtschaft in der Region Köln/Bonn 2018

In der Region KölnBonn präsentiert sich die wirtschaftliche Entwicklung immer noch von ihrer robusten Seite. Allerdings verdüstern sich die Aussichten der Unternehmen im Umfeld von Unsicherheiten über den internationalen Handel und die Entwicklung der Weltwirtschaft etwas. Nach wie vor positiv wirken die robuste Binnennachfrage, die positive Arbeitsmarktentwicklung mit merklichen Lohnsteigerungen und das anhaltend niedrige Zinsniveau. Entsprechend ist die Stimmung über die Lage bei den Firmen in der Region weiterhin gut, nur etwa acht Prozent der Unternehmen bezeichnen ihre derzeitige Lage als schlecht. Die negativen Einflüsse machen sich vor allem in den Erwartungen der Unternehmen an die Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten bemerkbar. Hier waren zuletzt rückläufige Tendenzen hervorgetreten. Zudem machen sich bei den Unternehmen bereits Belastungen im Außenhandel durch zunehmenden Protektionismus sowie politische Unsicherheiten (Brexit, Italien) bemerkbar. Dies gibt der Unsicherheit weitere Nahrung und hemmt bereits etwas die Investitionsbereitschaft.

Der von vielen Unternehmen geschilderte Fachkräftemangel wird erneut als einer der größten akuten Belastungsfaktoren beschrieben. Ebenfalls erneut genannt wurde die Sorge um steigende Arbeitskosten.

Der positive Trend am Arbeitsmarkt setzte sich auch 2018 in der Region KölnBonn fort. Wie auch in den Vorjahren sanken erneut die Arbeitslosenzahlen und der Arbeitskräftebedarf der Unternehmen stieg an.

In der Domstadt Köln lag Ende Juni 2018 die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 568.635 Personen um 2,7 Prozent höher als noch 12 Monate zuvor. Diese erfreuliche Entwicklung machte sich auch bei der Arbeitslosenstatistik bemerkbar: Im Jahresdurchschnitt 2018 waren 45.968 Kölnerinnen und Kölner arbeitslos gemeldet, was einem Rückgang um 4,7 Prozent gegenüber 2017 und dem tiefsten Wert seit 1992 entspricht. Die Arbeitslosenquote sank dementsprechend um 0,5 Prozentpunkte auf 7,9 Prozent. Der positive Trend setzte sich im Laufe des Jahres fort. Bis Dezember 2018 sank die Arbeitslosigkeit in Köln, bedingt unter anderem durch einen guten Branchenmix, weiter. Die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen lag mit 43.595 Menschen unter dem Jahresdurchschnitt. Auch die Arbeitslosenquote lag mit 7,4 Prozent unter dem Jahresmittel.

In der Beethovenstadt Bonn stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Bonn per Juni 2018 um 1,8 Prozent auf 176.689 Personen. Dies wirkte sich entsprechend positiv auf die Arbeitslosenstatistik aus. Im Jahresdurchschnitt waren 10.856 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt von 6,7 Prozent auf 6,4 Prozent.

Die positive Tendenz auf dem Bonner Arbeitsmarkt hielt auch zum Jahresende 2018 an. In Bonn fiel die Arbeitslosenquote auf 6,1 Prozent. Die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen ging auf 10.288 Personen zurück.

Zum Jahresbeginn 2019 weisen Umfragen bei Unternehmen in der Region KölnBonn auf eine weiterhin hohe Bereitschaft zur Einstellung von Arbeitskräften hin. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Region dürfte sich vor diesem Hintergrund anhaltend positiv entwickeln. Als begrenzender Faktor könnte sich hierbei der Fachkräftemangel erweisen.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen 2018

Im Jahr 2018 befand sich die deutsche Wirtschaft im längsten Aufschwung seit der Wiedervereinigung. Die Zinsen sind seit mehreren Jahren ausgesprochen niedrig, die Preise von Vermögenswerten sind verhältnismäßig hoch, und die Schwankungen an den Finanzmärkten sind relativ moderat. Zudem entwickelte sich die Wirtschaft global und im Euroraum robust. Die geldpolitische Normalisierung schritt vor allem in den Vereinigten Staaten merklich voran. Gegen Ende des Jahres traten allerdings zunehmend Abschwächungstendenzen des makroökonomischen Umfeldes zu Tage. Dies hat sowohl die Volatilität an den Märkten ansteigen lassen als auch dem Trend zu steigenden Zinsen einen Dämpfer verpasst. Anders als im vergangenen Jahr überwiegen nun tendenziell die Abwärtsrisiken für die weitere konjunkturelle Entwicklung. So haben geopolitische Spannungen zugenommen, Handelskonflikte sind ausgebrochen und drohen zu eskalieren. Zudem ist unklar, unter welchen Umständen das Vereinigte Königreich die EU verlassen wird. Diese Entwicklungen stellen für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft eine erhebliche Gefahr dar.

Von dem positiven konjunkturellen Umfeld und den niedrigen Zinsen haben sowohl die privaten Haushalte wie auch die Unternehmen profitiert. Die Verschuldungsquote der privaten Haushalte ist seit Beginn der 2000er Jahre deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Zinsen für Wohnimmobilienkredite gesunken, sodass die Zinslast relativ zum verfügbaren Einkommen über die vergangenen Jahre gefallen ist. Die Arbeitslosenquote ist seit mehr als zehn Jahren rückläufig und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit dem Anfang der 90er Jahre. Aufgrund dieser Entwicklungen sind die Verbraucherinsolvenzen seit einigen Jahren merklich rückläufig. Der nichtfinanzielle Unternehmenssektor hat seinen Verschuldungsgrad in den vergangenen zwei Jahrzehnten ebenfalls kontinuierlich gesenkt. So ist die Eigenkapitalquote der Unternehmen seit Ende der 1990er Jahre um über 10 Prozentpunkte auf durchschnittlich rund 30 Prozent der Bilanzsumme gestiegen und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in der Folge stark zurückgegangen. Von den gesunkenen Insolvenzquoten im Privatsektor konnten auch die Banken in Deutschland profitieren. Sie haben nach der Finanzkrise ihre Risikoversorge verringern und ihr Eigenkapital stärken können.

Die deutschen Kreditinstitute haben ihre Kreditvergabepolitik in 2018 im Firmenkunden- und Konsumentenkreditgeschäft erneut gelockert. Dies geschah abermals über eine bonitätsunabhängige Verringerung der Margen bei den Wohnungsbaukrediten und über eine Verengung der Margen für durchschnittliche Bonitäten bei den Unternehmenskrediten. Die Banken begründeten die Anpassungen wiederholt in erster Linie mit der hohen Wettbewerbsintensität. Im Bereich der Konsumentenkredite und sonstigen Kredite blieben die Bedingungen insgesamt dagegen unverändert. Die Nachfrage nach Krediten blieb auf einem konstanten Niveau, sowohl von den Unternehmen als auch von den privaten Haushalten wurde ein ansteigender Mittelbedarf vermeldet. Im vierten Quartal des letzten Jahres berichteten die deutschen Banken von einer im Vergleich zum Vorquartal kaum veränderten Refinanzierungssituation. Als Reaktion auf die neuen regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Aktivitäten stärkten die befragten Banken in der zweiten Jahreshälfte 2018 ihre Eigenkapitalposition per saldo moderat und erhöhten ihre risikogewichteten Aktiva im Ergebnis leicht.

Der sich zunehmend durchsetzende Protektionismus ist eines der Hauptrisiken für die weltweite makroökonomische Entwicklung. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China hat sich auf immer mehr Produktklassen ausgeweitet. Sollte die Verschärfung der Handelskonflikte zu einem konjunkturellen Abschwung führen oder diesen verstärken, würde dies auch Auswirkungen auf das Finanzsystem haben. Die deutsche Volkswirtschaft ist eng in europäische und weltweite Wertschöpfungsketten eingebunden. Damit ist auch das deutsche Finanzsystem verwundbar gegenüber protektionistischen Entwicklungen.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn wurde für das Geschäftsjahr 2018 unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt.

Abweichungen in den Summenzeilen oder Unterpositionen der nachfolgenden Tabellen und Texte resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Sparkasse KölnBonn ist in 2018 insgesamt positiv verlaufen. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) steigerte sich um 1,8 Prozent auf 26.978 Mio. EUR. Die Bilanzsumme stieg um 1,8 Prozent auf 26.542 Mio. EUR. Ursache hierfür waren hauptsächlich gestiegene Kundeneinlagen, sowie korrespondierend Interbank- und Kundenkreditforderungen.

	31.12.2017	31.12.2018	Veränderungen	Veränderungen
Wesentliche Positionen	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in Prozent
Geschäftsvolumen	26.491	26.978	488	1,8
Bilanzsumme	26.079	26.542	464	1,8
Kreditvolumen	18.508	18.828	320	1,7
Kundeneinlagen	19.675	20.374	699	3,6
Depotvolumen	13.223	12.849	-374	-2,8

Kreditgeschäft

	2014	2015	2016	2017	2018
Kreditvolumen	Mio. EUR				
Forderungen an Kunden	19.255	19.054	18.402	18.085	18.384
Treuhandkredite	15	14	12	11	8
Eventualverbindlichkeiten	553	432	404	412	436
Gesamt	19.823	19.500	18.818	18.508	18.828

Das Kreditvolumen steigerte sich um insgesamt 1,7 Prozent auf 18.828 Mio. EUR. Nach Abschluss der strategischen Reduktion des Kreditvolumens durch den Abbau von großen Tranchen konnte die Sparkasse im Geschäftsjahr 2018 erstmals wieder das Kreditgeschäft ausbauen. Neben gestiegenen kurzfristigen Ausleihungen an Kunden trugen auch höhere Neuzusagen bei den Baufinanzierungen und Privatkrediten dazu bei. Der Bestand an "Unwiderruflichen Kreditzusagen" (Passiva Unterstrich Posten 2. c) ist um 10,3 Prozent auf 995 Mio. EUR gestiegen.

	2014	2015	2016	2017	2018
Kreditvolumen nach Kreditnehmern	Mio. EUR				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	11.436	11.111	11.133	11.115	11.337
Private	6.629	6.639	6.352	6.117	6.023
Sonstige	1.758	1.750	1.333	1.276	1.468
Gesamt	19.823	19.500	18.818	18.508	18.828

Insgesamt waren zum Stichtag an Firmenkunden und wirtschaftlich Selbstständige 11.337 Mio. EUR, an Privatkunden 6.023 Mio. EUR sowie an sonstige Kunden (zum Beispiel Kommunen, Versicherungen, Kirchen, Vereine) 1.468 Mio. EUR ausgeliehen. Die Versorgung der in der Region ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürger mit Kreditmitteln bleibt der Sparkasse auch weiterhin ein Hauptanliegen.

Eigenanlagen in Wertpapieren

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen (Bilanz-Posten Aktiva 5 und 6) der Sparkasse KölnBonn in Höhe von 3.560,5 Mio. EUR, inklusive der Zinsabgrenzungen, gliedert sich in die Bestandteile Staatsanleihen (667,4 Mio. EUR), Wertpapiere von Finanzinstituten (2.797,3 Mio. EUR, davon 77,8 Mio. EUR Verbriefungstransaktionen) und Unternehmensanleihen (95,8 Mio. EUR, davon 32,0 Mio. EUR Verbriefungstransaktionen).

Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 171,1 Mio. EUR dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses entspricht circa 5 Prozent der Eigenanlagen. Die ABS-Strukturen der Sparkasse KölnBonn wurden im vergangenen Geschäftsjahr vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umgewidmet und durch Verkäufe und Tilgungen weiter reduziert (siehe auch Anhang zum Jahresabschluss - Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Abschnitt Wertpapiere).

Im Geschäftsjahr 2018 sind bei den Eigenanlagen Bewertungs- und Realisierungsergebnisse von per Saldo -29,9 Mio. EUR angefallen. Darin verrechnet sind Ergebnisse von -1,3 Mio. EUR aus strukturierten Investments sowie -28,6 Mio. EUR aus sonstigen Wertpapieren.

Derivative Geschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden bei der Sparkasse KölnBonn grundsätzlich für Sicherungszwecke abgeschlossen. Der Einsatz erfolgt im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung. Zudem werden Bewertungseinheiten zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken gemäß § 254 HGB gebildet.

Die Angaben zur Bilanzierung und Bewertung der Derivate sowie die beizulegenden Zeitwerte einschließlich der zugehörigen Nominalwerte der zum Stichtag offenen Derivatepositionen sind dem Anhang zu entnehmen.

Beteiligungen

Der unter den Beteiligungen (Bilanz-Posten Aktiva 7) und Anteile an verbundenen Unternehmen (Bilanz-Posten Aktiva 8) ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse KölnBonn stieg um 3,6 Prozent auf 424,2 Mio. EUR.

Immobilien

Die unter den Sachanlagen (Aktiva 12) ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung der Sparkasse sanken um 56,3 Prozent auf 54,4 Mio. EUR. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den Verkauf einer Immobilie im Bonner Geschäftsgebiet zurückzuführen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt "Rheinparkmetropole" (Entwicklung des alten Messegeländes in Köln-Deutz zu einer Gewerbe- und Büroimmobilie) ergaben sich auch in 2018 Fragestellungen, die sich in den Bewertungen zum Jahresabschluss niederschlagen. Latent vorhandene Risiken sind in angemessenem Umfang abgeschirmt. Hinsichtlich der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen, die von der Sparkasse KölnBonn übernommen wurden, verbleiben jedoch projektimmanente Unsicherheiten.

Einlagengeschäft

	2014	2015	2016	2017	2018
	Mio. EUR				
Kundeneinlagen					
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.282	18.828	19.849	19.333	20.083
Verbriefte Verbindlichkeiten	106	66	54	60	49
Nachrangige Verbindlichkeiten	473	317	239	282	242
Gesamt	18.861	19.211	20.142	19.675	20.374

Die gesamten Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten ohne Kreditinstitute und nachrangige Verbindlichkeiten ohne Kreditinstitute) steigerten sich um 3,6 Prozent auf 20.374 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden steigerten sich im Geschäftsjahr 2018 um 3,9 Prozent auf 20.083 Mio. EUR. Maßgeblich trugen gestiegene Bestände an täglich fälligen Einlagen von Kunden zu der Steigerung bei.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sanken um 18,3 Prozent auf 49 Mio. EUR. Darin enthalten ist die Begebung von Inhaberschuldverschreibungen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sanken um 14,2 Prozent auf 242 Mio. EUR.

	2014	2015	2016	2017	2018
Kundeneinlagen nach Produkten	Mio. EUR				
Sichteinlagen/Anlagekonten	9.873	10.890	12.042	11.646	12.441
Termineinlagen	464	296	309	286	245
Spareinlagen	5.224	5.126	5.201	5.260	5.286
Sparkassenbriefe	3.069	2.753	2.515	2.402	2.353
Schuldverschreibungen	231	146	76	81	49
Gesamt	18.861	19.211	20.142	19.675	20.374

Weiterhin den größten Anteil der Kundeneinlagen bilden kurzfristig disponible Sichteinlagen und Anlagekonten, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Prozent auf 12.441 Mio. EUR erhöhten. Bedingt durch das anhaltende Niedrigzinsniveau binden sich Kunden nur zurückhaltend an längerfristige Anlagen und halten ihre Einlagen stattdessen dauerhaft liquide. Der deutliche Rückgang der eigenen ausgegebenen Schuldverschreibungen um 39,5 Prozent auf 49 Mio. EUR ist auf hohe Fälligkeiten im Geschäftsjahr zurückzuführen.

Termineinlagen wurden schwächer nachgefragt und verringerten sich um 14,3 Prozent auf 245 Mio. EUR. Bei den Spareinlagen ist ein leichter Zugewinn von 0,5 Prozent auf 5.286 Mio. EUR festzustellen. Die Sparkassenbriefe wurden im Vorjahresvergleich um 2,0 Prozent weniger nachgefragt und reduzierten sich auf 2.353 Mio. EUR. Im Einzelnen resultiert der Rückgang aus den hohen Fälligkeiten der unter dieser Position zusammengefassten Namenspapiere (Sparkassenbriefe, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) und einer geringeren Zahl an Neuanlagen aufgrund des Niedrigzinsniveaus.

Depotvolumen

	2014	2015	2016	2017	2018
Bestandsentwicklung im Kundendepotgeschäft	Mio. EUR				
Aktien	2.101	2.177	2.187	2.458	2.242
Zertifikate	62	69	178	220	240
Festverzinsliche Wertpapiere	5.499	5.965	5.853	6.754	6.292
Investmentfonds	1.676	1.806	2.033	2.299	2.547
Vermögensverwaltungsprodukte	1.177	1.307	1.373	1.492	1.529
Gesamt	10.515	11.324	11.624	13.223	12.849

Das Geschäft mit bilanzneutralen Wertpapieren und Vermögensverwaltungsprodukten setzte die positive Entwicklung der vergangenen Jahre in 2018 nicht fort. Das Bestandsvolumen sank im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Prozent auf 12.849 Mio. EUR. Damit schlug sich die allgemein negative Entwicklung der Finanzmärkte – insbesondere bei den Aktienbeständen – auch in den Kundendepots nieder.

Die Depotbestände an Aktien verringerten sich im vergangenen Geschäftsjahr um 8,8 Prozent auf 2.242 Mio. EUR. Die Depotbestände an Zertifikaten stiegen auf 240 Mio. EUR, spielen jedoch weiterhin eine eher untergeordnete Rolle im Kundengeschäft. Die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren sanken im Vorjahresvergleich durch eine hohe Anzahl von Fälligkeiten um 6,8 Prozent auf 6.292 Mio. EUR. Die Anlagen in Investmentfonds stiegen deutlich um 10,8 Prozent auf

2.547 Mio. EUR. Die Vermögensverwaltungsprodukte stiegen im vergangenen Geschäftsjahr um 2,5 Prozent auf 1.529 Mio. EUR.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Steuerliche Behandlung des Hybridkapitals

Die in der Vergangenheit unterschiedlichen Rechtsauffassungen von Sparkasse und Finanzverwaltung hinsichtlich der steuerlichen Behandlung unseres Hybridkapitals (Stille Einlagen und Genussrechte) wurden im Laufe des vergangenen Wirtschaftsjahres im Sinne der Sparkasse geklärt. Damit entfällt das zuvor mit circa 122,5 Mio. EUR quantifizierte potenzielle Risiko einer Steuernachzahlung.

3. Darstellung und Analyse der Lage

Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen in der Bankenbranche mit der andauernden Niedrigzinsphase, steigender Regulatorik und der fortschreitenden Digitalisierung, hat die Sparkasse eine Initiative zur Neuausrichtung der Geschäftsstrategie, die Initiative "Strategie 2025", gestartet. Ziel ist die stärkere Ausrichtung der Geschäftstätigkeit am Kundenbedarf und die nachhaltige Verbesserung der Ertrags- und Finanzlage. Sie konzentriert sich in diesem Kontext auf die Zieldimensionen Kundenorientierung, Organisationsfitness, Wirtschaftlichkeit und Kapitalausstattung.

Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse KölnBonn ist trotz des schwierigen Umfelds als insgesamt gut zu bewerten. Dies ist jedoch in Teilen auch auf einmalige ergebniswirksame Effekte zurückzuführen. Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2018 nahm wie bereits im Vorjahr erwartungsgemäß weiter ab, der Provisionsüberschuss konnte diesen Rückgang trotz einer Steigerung nur teilweise kompensieren.

In der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2018 wird als Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit (GuV-Posten 19) ein Betrag in Höhe von 61,4 Mio. EUR (Vorjahr: 44,9 Mio. EUR) ausgewiesen.

Das Ergebnis vor Steuern und Teilgewinnabführung beträgt 59,9 Mio. EUR (Vorjahr: 44,5 Mio. EUR). Nach Berücksichtigung der Steuern sowie der aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abzuführenden Gewinne ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 24,2 Mio. EUR (Vorjahr: 17,7 Mio. EUR). Die Auszahlung der aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abzuführenden Gewinne (Vergütung des stillen Gesellschafters) erfolgt nach Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2018.

Entwicklung der Ertragslage	2017	2018	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in Prozent
Zinsüberschuss	386,2	353,9	-32,3	-8,4
+ Laufende Erträge und Erträge aus Gewinnabführungen	27,3	14,7	-12,6	-46,2
+ Provisionsüberschuss	160,7	165,6	4,9	3,0
./. Personalaufwand	298,1	306,8	8,7	2,9
./. Sachaufwand	183,9	173,5	-10,4	-5,7
+ Saldo sonstige betriebliche Erträge (+) und Aufwendungen (-)	3,7	83,3	79,6	> 100,0
./. Bewertung/Risikovorsorge	51,0	75,8	24,8	48,6
= Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	44,9	61,4	16,5	36,7
+ Saldo außerordentliche Erträge (+) und außerordentliche Aufwendungen (-)	-0,4	-1,5	-1,1	< -100,0
= Ergebnis vor Steuern und Teilgewinnabführung	44,5	59,9	15,4	34,6
./. Steuern	-10,4	24,6	35,0	> 100,0
./. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	37,3	11,2	-26,1	-70,0
= Jahresüberschuss / Bilanzgewinn	17,7	24,2	6,5	36,7

Zur Ergebnisentwicklung des Jahres 2018 im Einzelnen

Der Zinsüberschuss (GuV-Posten 1 und 2) verringerte sich als Folge der weiter anhaltenden Niedrigzinsphase weiter um 8,4 Prozent auf 353,9 Mio. EUR. Die Zinserträge (GuV-Posten 1) verringerten sich um 9,5 Prozent, die Zinsaufwendungen (GuV-Posten 2) sanken um 10,5 Prozent, woraus sich per Saldo ein Absinken des Zinsüberschusses von 32,3 Mio. EUR ergibt. Auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme ergibt sich eine unter dem Vorjahresniveau liegende Zinsspanne von 1,3 Prozent (Vorjahr: 1,5 Prozent). Der Anteil des Zinsüberschusses an den gesamten Erträgen in Höhe von 713,7 Mio. EUR (siehe GuV-Posten 1 bis 8) belief sich auf 49,6 Prozent, nach 55,0 Prozent im Vorjahr. Das Zinsgeschäft bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Sparkasse KölnBonn.

Die laufenden Erträge (GuV-Posten 3) sanken auf 12,8 Mio. EUR. Der Rückgang ist hauptsächlich auf geringere Ausschüttungen aus Kapitalanlagen zurückzuführen. Die unter Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (GuV-Posten 4) zu erfassenden Erfolge der Tochterunternehmen, mit denen die Sparkasse KölnBonn Gewinnabführungsverträge geschlossen hat, waren mit einer geringeren Gewinnabführung um absolut 0,3 Mio. EUR gesunken.

Der Provisionsüberschuss steigerte sich um 3,0 Prozent auf 165,6 Mio. EUR. Dazu haben vor allem moderate Steigerungen der Erträge aus dem Giro- und Kontokorrentgeschäft sowie leicht gestiegene Erträge aus dem Wertpapiergeschäft beigetragen. Damit konnten geringe Rückgänge von Erträgen im Vermittlungsgeschäft mit Versicherungen überkompensiert werden. Insgesamt liegt die Relation des gesamten Provisionsüberschusses zur durchschnittlichen Bilanzsumme auf dem Wert des Vorjahres mit 0,6 Prozent. Der Anteil des Provisionsüberschusses an den gesamten Erträgen (siehe GuV-Posten 1 bis 8) lag mit 23,2 Prozent über dem Vorjahreswert von 22,9 Prozent.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV-Posten 8) erhöhten sich um 39,8 Prozent auf 179,5 Mio. EUR (Vorjahr: 128,5 Mio. EUR). Die Steigerung ist auf einmalige Effekte aus erfolgswirksamen Rückstellungsaufösungen für nicht benötigte Prozessrückstellungen sowie einen Immobilienabgang im Geschäftsjahr zurückzuführen. Zudem resultierte ein einmaliger Effekt aus der erfolgswirksamen Vereinnahmung von über mehrere Jahrzehnte umsatzlosen Sparkonten in Höhe von 17,5 Mio. EUR. Der zugrundeliegende bestehende Rechtsanspruch der Kunden auf Auszahlung der Guthaben ist hiervon unberührt.

Die Erträge der Sparkasse KölnBonn (GuV-Posten 1 bis 8) stiegen insgesamt um 11,0 Mio. EUR auf 713,7 Mio. EUR, nach 702,7 Mio. EUR im Vorjahr.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) verringerten sich leicht um 0,1 Prozent auf insgesamt 470,3 Mio. EUR (Vorjahr: 470,9 Mio. EUR). Die Relation der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zur durchschnittlichen Bilanzsumme lag mit 1,8 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stiegen um 2,9 Prozent auf 306,8 Mio. EUR. Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus der Bildung höherer Rückstellungen für strategische Initiativen, wirksam gewordenen Tarifierhöhungen sowie dem Ansteigen der Aufwendungen für die Altersversorgung. Der Sachaufwand, der sich aus den anderen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10b) zuzüglich Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV-Posten 11) zusammensetzt, verringerte sich um 5,7 Prozent auf 173,5 Mio. EUR. Trotz weiter hoher Aufwendungen für die europäische Bankenabgabe, konnte insgesamt eine Kostenersparnis erzielt werden, was insbesondere auf konsequentes Kostenmanagement zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) sanken um 22,8 Prozent auf 96,3 Mio. EUR (Vorjahr: 124,8 Mio. EUR). Im vorangegangenen Geschäftsjahr 2017 waren die höheren Aufwendungen durch einen Sondereffekt geprägt. Zudem trugen geringere Zuführungen zu den Rückstellungen für Prozessrisiken zu dem Rückgang bei.

Der Gesamtaufwand (GuV-Posten 10 bis 12) sank um 5,0 Prozent (absolut um 30,3 Mio. EUR) auf 576,5 Mio. EUR, nach 606,8 Mio. EUR im Vorjahr.

Das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zu den ordentlichen Erträgen (nach Betriebsvergleichsschema der Sparkassen-Finanzgruppe, Cost-Income-Ratio) veränderte sich auf 78,2 Prozent nach 79,1 Prozent im Vorjahr. Die Steigerung der Erträge bei konsequentem Kostenmanagement ist ein vorrangiges Ziel der Unternehmenspolitik der Sparkasse KölnBonn, um die Cost-Income-Ratio mittelfristig zu reduzieren.

Die Position Bewertung/Risikovorsorge, die sich aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen, Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen - nach der Verrechnung mit Erträgen - (GuV-Posten 13-16) sowie der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV-Posten 18) zusammensetzt, wird mit 75,8 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (51,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Dies resultiert unter anderem aus höheren Pauschalwertberichtigungen auf den latent ausfallgefährdeten Kreditbestand (vergleiche auch Anhang zum Jahresabschluss - Bewertungsmethoden Kreditgeschäft) und aus der höheren Einstellung in die Risikovorsorge nach § 340 g HGB, die auf 20,0 Mio. EUR (Vorjahr: 15,0 Mio. EUR) anstieg. Wie in der Vorjahresprognose erwartet steigerte sich die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft, bleibt aber weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (vergleiche Teil D., Risikokategorien, Adressenausfallrisiken, Abbildung: "Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft"). Bei den Wertpapieren führten insbesondere laufzeitbedingte Abschreibungen von über pari erworbenen Papieren sowie Credit Spread Veränderungen zu einem negativen Bewertungsergebnis. Das Beteiligungsergebnis war nahezu ausgeglichen und spielt eine untergeordnete Rolle.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein höheres Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 61,4 Mio. EUR (Vorjahr: 44,9 Mio. EUR) erzielt.

Im außerordentlichen Ergebnis (GuV-Posten 22) sind aus der Anwendung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Vorschriften des Handelsgesetzbuches resultierende erfolgswirksame Folgeeffekte berücksichtigt. Das außerordentliche Ergebnis der Sparkasse KölnBonn lag mit insgesamt -1,5 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert (-0,4 Mio. EUR).

Der Steueraufwand im Geschäftsjahr belief sich auf 24,6 Mio. EUR. Im Vorjahr wies die Steuerposition eine Erstattung von 10,4 Mio. EUR aus. Für das Jahr 2018 wurden eine Körperschaftsteuerlast von 16,9 Mio. EUR sowie eine Gewerbesteuerlast von 20,5 Mio. EUR berücksichtigt.

Die aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführten Gewinne fielen infolge der vertraglichen Neugestaltung in 2017 und der damit nun quotal erfolgenden Vergütung des stillen Gesellschafters (GuV-Posten 25) deutlich geringer aus.

Der Jahresüberschuss nach Steuern beläuft sich auf 24,2 Mio. EUR (Vorjahr: 17,7 Mio. EUR). Über die Verwendung beschließt der Träger der Sparkasse auf Vorschlag des Verwaltungsrats unter Berücksichtigung der Ausschüttungssperre gemäß §§ 253 Abs. 6 Satz 2 HGB und 268 Abs. 8 HGB.

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2018 0,09 Prozent (Vorjahr: 0,07 Prozent).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Im Berichtsjahr wurden dispositionsbedingt kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte abgeschlossen. Im Detail handelte es sich um die Aufnahme von Übernachtkrediten, Tages- und Termingeldern sowie Pooling-Geschäfte über die Eurex Clearing AG.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die vorgeschriebenen Mindestreserven wurden stets in der erforderlichen Höhe unterhalten.

In der langfristigen Perspektive verfügt die Sparkasse weiterhin über ein breites Maß an Einlagen, sowohl von Privat- und Firmenkunden als auch von anderen Kreditinstituten. Dies sind insbesondere Sparkassenbriefe, Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, die als langfristige Refinanzierungsbasis (im Sinne der Ursprungslaufzeit) zur Verfügung stehen.

	Kreditinstitute	Kunden	Gesamt
Langfristige Verbindlichkeiten	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gedeckt:			
Namenspfandbriefe	147,0	1.401,6	1.548,6
Inhaberpfandbriefe	1.670,1	-,	1.670,1
Ungedeckt:			
Sparkassenbriefe	41,3	543,7	585,0
Schuldscheindarlehen	-,	31,4	31,4
Inhaberschuldverschreibungen ¹⁾	78,1	48,9	127,1
Namenschuldverschreibungen	20,6	134,6	155,1
Nachrangig:			
Schuldscheindarlehen	-,	20,1	20,1
Inhaberschuldverschreibungen ¹⁾	40,0	-,	40,0
Namenschuldverschreibungen	5,1	222,3	227,4
Gesamt	2.002,2	2.402,6	4.404,7

1) Aufteilung gemäß Emissionsgläubiger

Zum Stichtag 31.12.2018 sind Namensschuldverschreibungen in der Kategorie Kunden bezogen auf die Tabelle in voller Höhe Geschäftskunden zuzuordnen. Der Buchwert der Sparkassenbriefe, die Geschäftskunden zuzuordnen sind, beträgt 435,7 Mio. EUR. In den ungedeckten Verbindlichkeiten sind Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert in Höhe von 10,1 Mio. EUR sowie Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 7,3 Mio. EUR enthalten, die strukturierte Emissionen nach § 46f Abs. 7 KWG darstellen.

Auch im Jahr 2018 hat die Sparkasse im Rahmen ihrer Refinanzierungsstrategie Hypothekenpfandbriefe emittiert. Vor dem Hintergrund des großen und qualitativ hochwertigen Deckungsstocks sieht die Sparkasse den Pfandbriefmarkt als nachhaltige Refinanzierungsquelle an. Weitere Informationen können dem Anhang entnommen werden.

Bezüglich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen und der Steuerung der Liquiditätslage verweisen wir auf den Chancen- u. Risikobericht (Teil D.).

Vermögenslage

Die Sparkasse KölnBonn weist für das Geschäftsjahr 2018 einen Bilanzgewinn von 24,2 Mio. EUR aus. Die Sicherheitsrücklage wird sich im Falle der Zuführung des Bilanzgewinns und unter Berücksichtigung einer voraussichtlichen Ausschüttung an den Träger auf 1.103,3 Mio. EUR belaufen - das entspricht einer Erhöhung um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt ergäbe sich ein gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent höheres Eigenkapital der Sparkasse KölnBonn in Höhe von 1.603,3 Mio. EUR (Vorjahr: 1.583,1 Mio. EUR).

Neben der Sicherheitsrücklage und den stillen Einlagen als hartes Kernkapital verfügt die Sparkasse KölnBonn über Ergänzungskapital in Form von Genussrechts- und Nachrangkapital als Basis für die zukünftige Ausweitung ihres risikotragenden Geschäftes.

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (Bilanz-Posten Passiva 11) wurde eine Vorsorge in Höhe von 20,0 Mio. EUR (Vorjahr: 15,0 Mio. EUR) zugeführt.

Innerhalb der Bilanzstruktur zeigt sich gegenüber dem Vorjahr ein nahezu unverändertes Bild: Auf der Aktivseite stellen die Forderungen an Kunden mit 69,3 Prozent (Vorjahr: 69,4 Prozent) den bedeutendsten Posten dar. Die Relation der Wertpapiere (Schuldverschreibungen und Aktien) zur Bilanzaktiva beträgt 13,4 Prozent (Vorjahr: 13,6 Prozent). Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 75,7 Prozent (Vorjahr: 74,1 Prozent) sowie die Interbankenverbindlichkeiten mit 6,9 Prozent (Vorjahr: 6,8 Prozent) die bedeutendsten Posten.

Mit den gebildeten handelsrechtlichen Wertberichtigungen und Rückstellungen wurden von der Sparkasse KölnBonn die derzeit erkennbaren Kreditrisiken, die über alle Kundengruppen und Branchen verteilt sind, die Beteiligungsrisiken sowie sonstige Verpflichtungen angemessen abgesichert. Für die besonderen Risiken der Kreditinstitute wurde Vorsorge getroffen.

Rund 5 Prozent der eigenen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der zum Teil nach wie vor inaktiven Märkte wurden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bei bestimmten Wertpapieren Modelle eingesetzt (vergleiche Anhang in den Angaben zur Bilanz, Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden). Die individuelle Festlegung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu höheren Schätzunsicherheiten führen können.

Eigenkapitalrelationen

Die Sparkasse KölnBonn wendet für die Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen gemäß EU-Verordnung Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulation) den Kreditrisiko-Standardansatz an. Die Differenzierung der Eigenkapitalunterlegung erfolgt hier grundsätzlich durch die Verwendung aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikogewichte bzw. externer Rating-Einschätzungen anerkannter Rating-Agenturen.

Gesamtkapitalquote*	31.12.2017	31.03.2018	30.06.2018	30.09.2018	31.12.2018
Einzelinstitut	14,6	14,5	14,7	14,6	14,5
Institutgruppe	14,6	14,5	14,7	14,7	14,5

*gem. CRR ergänzt durch die Vorschriften der Solvabilitätsverordnung

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die gewichtete Risikoposition überschreitet per 31. Dezember 2018 mit einer Gesamtkapitalquote von 14,5 Prozent auf Einzelinstitutsebene sowohl die aufsichtsrechtliche Mindestanforderung für das Jahr 2018 in Höhe von 8,0 Prozent als auch die für das Jahr 2019 vorgesehene Mindestanforderung zuzüglich Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von insgesamt 10,5 Prozent.

Die Kernkapitalquote der Sparkasse KölnBonn, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt auf Einzelinstitutsebene 11,7 Prozent, auf Gruppenebene 11,8 Prozent (Vor-

jahr: beides 11,6 Prozent). 2018 betrug die aufsichtsrechtliche Mindestkernkapitalquote 6,0 Prozent. Inklusive Kapitalerhaltungspuffer ist ab 2019 eine Kernkapitalquote von mindestens 8,5 Prozent einzuhalten.

Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist nach wie vor gegeben. Die Sparkasse KölnBonn steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität entspricht (vergleiche Teil D. Chancen- und Risikobericht).

Wirtschaftliche Lage

Im Geschäftsjahr 2018 verzeichnet die Sparkasse KölnBonn einen positiven Verlauf ihrer wirtschaftlichen Lage, was sich insbesondere in der weiteren Stärkung des Eigenkapitals widerspiegelt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes verläuft die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2019.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse KölnBonn bleibt weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber in der Region: Zum Jahresende beschäftigte das Institut insgesamt 3.916 (Vorjahr: 4.077) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Von den 3.641 aktiv Beschäftigten arbeiten 2.186 (Vorjahr: 2.296) in Vollzeit und 1.455 (Vorjahr: 1.483) in Teilzeit.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalbestand damit um 3,9 Prozent gesunken.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung "Strategie 2025" plant die Sparkasse KölnBonn ausgehend vom Personalbestand Ende 2017 bis 2022 insgesamt rund 850 Mitarbeiterkapazitäten (MAK) abzubauen, um der zunehmenden Digitalisierung des Bankgeschäfts Rechnung zu tragen. Davon bereits realisiert bzw. als hinreichend sicher gewertet werden können rund 550 MAK, die zum einen in den kommenden Jahren über die Ausnutzung der natürlichen Fluktuation, die seit Jahren weitestgehend konstant ist (gesetzlicher Renteneintritt, gewöhnliche Mitarbeiterkündigungen) abgebaut werden. Zum anderen wurde im Jahr 2018 ein hauseigenes Altersteilzeit-Modell (ATZ) für die Jahrgänge 1957 -1960 angeboten, welches sehr gut angenommen wurde. Über ein Abfindungsprogramm auf beidseitiger freiwilliger Basis, das allen Jahrgängen offensteht sowie ein neues Altersteilzeitprogramm, sollen in den kommenden Jahren weitere Abbaupotenziale realisiert werden. Frei werdende Stellen wurden weitgehend mit internen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Einzelne externe Neueinstellungen waren zur Deckung spezifischer Bedarfe erforderlich.

Um flexiblere und damit auch ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse KölnBonn die variable Arbeitszeit sowie unterschiedliche Teilzeit- und Austrittsmodelle nutzen. Außerdem besteht die Möglichkeit, Gehaltsbestandteile in Urlaubstage umzuwandeln. Die bankspezifische Teilzeitquote belief sich per 31. Dezember 2018 auf 39,9 Prozent. Damit erreicht die Sparkasse KölnBonn einen Wert, der die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie belegt.

Mit 120 Auszubildenden (Vorjahr: 138) weist die Sparkasse eine rückläufige Ausbildungsquote aus. Die Sparkasse KölnBonn wurde von den Industrie- und Handelskammern Köln und Bonn in den vergangenen Jahren wiederholt für herausragende Leistungen in der Ausbildung ausgezeichnet.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten betrug 24 Jahre und das Durchschnittsalter 46 Jahre. 40 Prozent der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder einem Abschluss zum Sparkassenbetriebswirt eine höhere Qualifizierung auf.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie aller Führungskräfte steigen stetig. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Sparkasse KölnBonn bis hin zu erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und dem Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen. Für diese Aufgaben bietet die Sparkasse KölnBonn zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Hierzu gehören Traineeprogramme, interne und externe Schulungen, individuelle Coachings sowie Trainings vor Ort am Arbeitsplatz.

C. Rechnungslegungsprozess

Rechnungslegung

Die Zuständigkeit für das externe Rechnungswesen sowie die Jahresabschlussprozesse und Bilanzierung obliegt dem Zentralbereich Finanzen. Das Rechnungswesen ist als marktunabhängiger Bereich bis einschließlich der Ebene des Vorstands von den operativen Marktbereichen getrennt. Die Erfassung und Pflege der geschäftsprozessbezogenen Daten erfolgt in großen Teilen dezentral. Im Rahmen der Rechnungslegung erfolgt auf Basis dieser Daten und der durch das Rechnungswesen verantworteten Abschlussarbeiten die Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die technische Plattform für das Rechnungswesen bildet die Gesamtbanklösung OSPlus (One System Plus) der Finanz Informatik GmbH & Co KG (FI). Das Standardsystem OSPlus der Sparkassenorganisation wird ergänzt durch Zusatzangebote bzw. Nebenbücher der FI sowie entsprechende Eigenanwendungen der Sparkasse. Die Nebenbücher und unterstützende Anwendungen wurden unter Beachtung von Risikogesichtspunkten im Rahmen eines standardisierten Programmeinsatzverfahrens implementiert. In Einklang mit der IT-Strategie ist die grundsätzliche Zielrichtung die Nutzung von zentralen Anwendungen bzw. Entwicklungen der Sparkassen-Finanzgruppe, sofern dies mit Blick auf das Produktportfolio der Sparkasse möglich ist.

Die Methoden und Verfahren im Rechnungswesen der Sparkasse KölnBonn orientieren sich an den "Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung" und "Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD)". Die Anwendung des gesetzlichen Rahmens zur Gestaltung des Rechnungswesens, inklusive der wesentlichen Elemente und Wahlrechtsausübungen, sowie die prozessuale Abbildung werden in der schriftlich fixierten Ordnung dargestellt. Die Buchungssystematik orientiert sich am Kontenrahmen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Durch ein Bilanzierungshandbuch wird die Buchungssystematik für die Sparkasse KölnBonn spezifiziert.

Zur Steigerung von Effizienz und Qualität wurden auch die Abläufe im Rechnungswesen weiter digitalisiert. So werden alle Aktivitäten zum Jahresabschluss zentral über eine Anwendung gesteuert. Die Erstellung und Kontrolle der Rechenwerke durch alle am Prozess Beteiligten wird mittels eines automatisierten Workflows unterstützt. Im Nachgang zum Jahresabschluss wird der Gesamtprozess hinsichtlich möglicher Verbesserungspotentiale analysiert.

Internes Kontrollsystem

Die Sparkasse KölnBonn ist als kapitalmarktorientiertes Unternehmen im Sinne von § 264 d HGB gemäß § 289 Absatz 4 HGB verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben. Der Gesetzgeber hat keine speziellen Vorgaben zur Einrichtung oder inhaltlichen Ausgestaltung eines internen Kontroll- und Risikomanagementsystems für die Rechnungslegung erstellt. Für die Einrichtung angemessener Systeme ist der Vorstand der Sparkasse KölnBonn verantwortlich.

Das interne Kontrollsystem (IKS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess soll die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, insbesondere die Aufstellung des Jahresabschlusses unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen sicherstellen, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln. Durch das IKS sollen die wesentlichen Risiken des Rechnungslegungsprozesses frühzeitig erkannt und vermieden werden. Zu den wesentlichen Risiken gehören unter anderem eine nicht sachgerechte Finanzberichtserstattung sowie eine verspätete Veröffentlichung des Jahresabschlusses.

Das IKS in den rechnungslegungsrelevanten Prozessen der Sparkasse KölnBonn berücksichtigt die Grundsätze, die Verfahren und die Maßnahmen, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind. Dadurch werden die Ordnungsmäßigkeit und die Verlässlichkeit der Rechnungslegung sichergestellt. Die operative Kontrolldurchführung und deren Dokumentation erfolgt auf der Basis der Beurteilung von Vorhandensein, Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Kontrollen. Im Rahmen der Jahresabschlusserstellung werden die Risikotreiber im

Rechnungswesen identifiziert und risikoorientierte Kontrollen abgeleitet. Eine Risikokontrollmatrix wird jährlich überarbeitet und dient der Einleitung von Maßnahmen zur Minimierung der identifizierten Risiken.

Den Schwerpunkt des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen der Sparkasse KölnBonn bilden die Funktionstrennung und das Vier-Augen-Prinzip. Ziel ist dabei, Konflikte und Manipulationen von Finanzdaten und Finanztransaktionen zu vermeiden. Im Zentralbereich Finanzen sowie in jedem dezentralen Aufgabenbereich mit Funktionen des Rechnungswesens existiert ein gestaffeltes Kompetenzgefüge. Das interne Kontrollsystem umfasst alle relevanten Bereiche und hierarchischen Strukturen im Rechnungswesen, inklusive der Auslagerungen.

Unterjährig erfolgen im Rahmen des IKS-Managements im Zentralbereich Finanzen risikoorientiert Beurteilungen der Angemessenheit und der Wirksamkeit von vorgegebenen bzw. durchgeführten Kontrollen. Ziel ist es, das IKS durch regelmäßige Validierungsmaßnahmen ständig weiterzuentwickeln. Der Zentralbereich Finanzen wird zudem in wesentliche Entscheidungsprozesse, wie beispielsweise die Produktneueinführung beziehungsweise die Produktvariierung, maßgeblich mit eingebunden.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems. Des Weiteren prüft und beurteilt sie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse unabhängig davon, ob diese ausgelagert sind. Bei einigen ausgelagerten Prozessen stützt sich die Interne Revision der Sparkasse KölnBonn auf die Interne Revision des Auslagerungsunternehmens, von deren Funktionsfähigkeit sie sich regelmäßig überzeugt. Die Interne Revision führt auf Basis eines umfassenden und jährlich fortgeschriebenen Prüfungsplans Funktions- und Systemprüfungen der für die Rechnungslegung relevanten Prozesse durch. Sowohl die Prüfungsplanung als auch die Prüfungsdurchführung erfolgt unter Beachtung eines risikoorientierten Prüfungsansatzes.

D. Chancen- und Risikobericht

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung

Steuerungssystem

Die Gesamtbanksteuerung der Sparkasse KölnBonn basiert auf einem periodischen Ansatz, der interne Steuerungsgrößen mit externen Anforderungen der Rechnungslegung und des Aufsichtsrechts verbindet. Um ihre Ziele mit einem angemessenen Einsatz von Kapital nachhaltig zu erreichen, verfolgt die Sparkasse eine integrierte Sichtweise von Risiko und Ertrag auch unter Berücksichtigung einer wertorientierten Betrachtung. Ein wesentliches Instrument für die strategische Steuerung bildet die jährliche Mittelfristplanung. In diesem Kontext werden durch den Vorstand rendite- und risikoorientierte Zielgrößen fixiert und Ergebnisverantwortlichkeiten festgelegt. Dabei werden stets Zielgrößen definiert, die den Ergebnisbeitrag nach Abzug von Risiko-, Personal-, Sach- und Kapitalkosten abbilden. Die operationalisierten Kennzahlen werden durch den Vorstand regelmäßig überwacht. Im Sinne des Kapitalplanungsprozesses können so Abweichungen von der Geschäftsplanung frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Als Kriterium zur Beurteilung des Erfolgs dient unter anderem die Erreichung eines Mindestertrages, der zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Bedienung der Stillen Einlagen des Trägers zur Verfügung steht. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Verwaltungsaufwand durch Maßnahmen zur Optimierung der Personal- und Sachkosten reduziert werden. Im Rahmen der Erfolgsanalyse misst die Sparkasse zudem die Kundenbindung mithilfe von Kundenbindungsindizes für Privat- und Firmenkunden. Bezüglich der Kennzahlen zur Beurteilung der Risiken und der Risikotragfähigkeit sei an dieser Stelle auf die nachfolgenden Abschnitte verwiesen.

Die beschriebenen strategischen Kennzahlen sind im Rahmen der Unternehmensstrategie in ein Kennzahlensystem integriert, welches laufend überwacht wird.

Risikostrategie/Risikomanagement

Mit einer risikoorientierten Gesamtbanksteuerung verfolgt die Sparkasse KölnBonn eine systematische Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bankgeschäftlichen Risiken sowie das Vorhalten eines angemessenen Risikodeckungspotenzials, um eine jederzeitige Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben den geschäftsstrategischen Zielen eine dazu konsistente Risikostrategie. Diese beinhaltet mit dem Risikoappetit und dem Zielrisikoprofil zwei strategische Größen, die sich streng an den Notwendigkeiten der Geschäftsstrategie sowie an den Vorgaben aus der Mittelfristplanung orientieren. Durch den Risikoappetit wird festgelegt, wie viel der zur Verfügung stehenden Eigenmittel durch das Bestands- beziehungsweise Neugeschäft maximal belegt werden darf. Im Zielrisikoprofil wird festgelegt, welche relativen Anteile das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Beteiligungs-, das operationelle und das Refinanzierungsrisiko am Gesamtrisiko der Sparkasse KölnBonn perspektivisch aufweisen sollen. Zur Beurteilung, ob Abweichungen zwischen dem Ziel- und Ist-Risikoprofil als unkritisch einzustufen oder mit Handlungsbedarf verbunden sind, wurden durch den Vorstand der Sparkasse KölnBonn Bandbreiten für akzeptable Ziel-/Ist-Abweichungen festgelegt.

Entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen wird das Risikomanagement der Sparkasse KölnBonn in einem vom Markt unabhängigen Bereich wahrgenommen.

Im Einklang mit der Risikostrategie beschließt der Gesamtvorstand außerdem Risiko- und Verlustlimite sowohl für die einzelnen Risikokategorien als auch für einzelne Steuerungsbereiche. Die Sparkasse KölnBonn verwendet ein Limitsystem für alle quantifizierbaren wesentlichen und steuerbaren Risikokategorien, das unter anderem auf der Messung der Risiken mittels vergleichbarer Value at Risk-Kennziffern beruht.

Die Sparkasse KölnBonn steuert die Einhaltung der Risikolimits sowohl auf Ebene der Gesamtbank (Makroebene) als auch auf Basis einzelner Portfolios. Insbesondere für Marktrisikopositionen werden hierbei derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Im handelsrechtlichen Jahresabschluss werden Derivate mit den Grundgeschäften zu Bewertungseinheiten zusammengefasst, soweit deren Hauptrisiko auf dem gleichen Risikofaktor – zum Beispiel Zinssätze in einer Währung oder einzelne Währungen – beruht (vergleiche Teil D., Abschnitt "Sicherungsgeschäfte"). Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung werden Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch begrenzt. Die Sparkasse KölnBonn steuert die Marktpreisrisiken des Anlagebuches über externe Geschäfte.

Funktionen des Risikomanagements mit Blick auf die Steuerung der strategischen Marktrisikoposition nimmt der Finanz- und Dispositionsausschuss (FDA) wahr. Ihm gehören unter anderem alle Vorstandsmitglieder an.

Die Klassifizierung der Risiken orientiert sich einerseits am Geschäftsschwerpunkt der Sparkasse KölnBonn – der Erzielung von Erträgen durch das bewusste Eingehen von Risikopositionen unter der Voraussetzung angemessener Risikoprämien – sowie andererseits an aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich des Risikomanagements von Banken. Die Prozesse des Risikomanagements sind regelmäßig Gegenstand sowohl interner als auch externer Prüfungen.

Für zeitkritische Aktivitäten und Prozesse im Risikomanagementsystem besteht ein Notfallkonzept zur Reduktion des Ausmaßes möglicher Schäden. Die Wirksamkeit und Angemessenheit des Notfallkonzeptes wird regelmäßig durch Notfalltests überprüft.

In der vierteljährlichen Risikoberichterstattung werden die Geschäftsleitung, der Risikoausschuss des Verwaltungsrats sowie der Verwaltungsrat über die Risikosituation der Sparkasse KölnBonn umfassend mündlich und schriftlich informiert. Neben der Darstellung erfolgt auch eine Beurteilung der Risikosituation durch das Risikomanagement. Anlassbezogen werden zudem Handlungsvorschläge aufgezeigt. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Neben der vierteljährlichen Berichterstattung über die Gesamtrisikosituation werden zusätzlich monatliche Reports zu den Adressenausfallrisiken, den Liquiditäts- und Marktpreisrisiken sowie der Risikotragfähigkeit durch das Risikomanagement erstellt und der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsleitung leitet dem Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen unverzüglich weiter.

Wesentliche Risiken

Als Risiko wird in der Sparkasse KölnBonn die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne verstanden, die ihre Ursache in internen oder externen Faktoren haben können. Der Steuerung der bankgeschäftlichen Risiken der Sparkasse KölnBonn, die als wesentlich eingestuft wurden, liegen die nachstehenden allgemeinen Risikosteuerungskonzepte zugrunde:

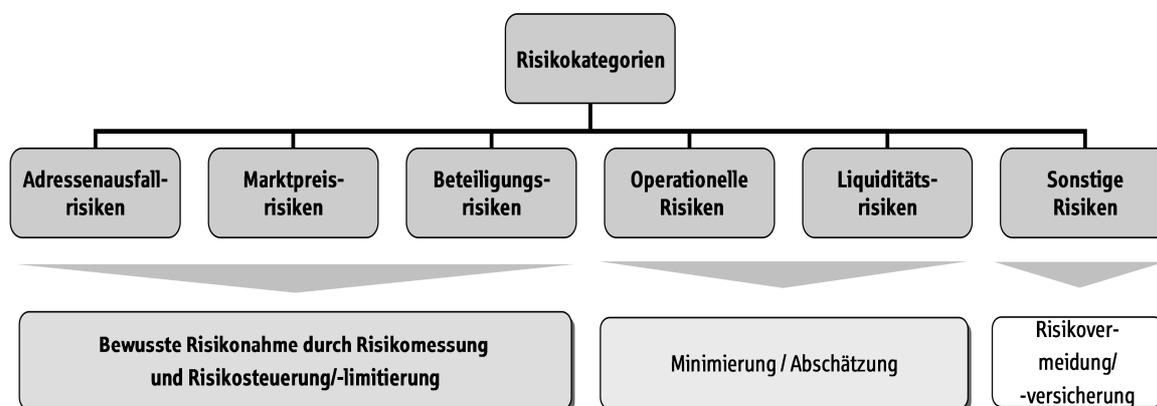


Abb.: Übersicht der wesentlichen Risikoarten im Kontext der Risikotragfähigkeit und Risikobewältigungsstrategien in der Sparkasse KölnBonn

Risikotragfähigkeit

Bei ihrer Geschäftstätigkeit ist die Sparkasse KölnBonn dem Risiko ausgesetzt, dass unerwartete Risiken schlagend werden. Die Risikotragfähigkeitsanalyse der Sparkasse KölnBonn erfolgt in zwei Sichten. Als primär steuerungsrelevante Sicht wird der Fortführungsansatz klassifiziert. Als strenge Nebenbedingung wird der Liquidationsansatz berücksichtigt.

Mit der Risikotragfähigkeitsanalyse verfolgt die Sparkasse KölnBonn die Zielsetzung, denjenigen Verlust zu ermitteln, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auf Sicht eines Jahres nicht überschritten wird (Value at Risk). Dieser Value at Risk muss jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial getragen werden können. Ein weiterer Teil der Risikotragfähigkeitsanalyse ist die Beurteilung der Risikotragfähigkeit unter Einfluss von Stressszenarien, um Aussagen über eine ausreichende Kapitalausstattung in Krisensituationen treffen zu können. Darüber hinaus wird die Risikotragfähigkeitsanalyse dazu genutzt, den Risikoappetit und ein Zielrisikoprofil gemäß Risikostrategie festzulegen und Abweichungen über einen Ziel/Ist-Vergleich zu analysieren.

Neben der Betrachtung des Risikos auf einem Konfidenzniveau von 95 Prozent im Fortführungsansatz werden außerdem die Risiken auf einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent im Liquidationsansatz betrachtet. Als Ausgangsbasis des Risikodeckungspotenzials werden in beiden Sichten jeweils die Eigenmittel in der Definition des Aufsichtsrechts herangezogen, wobei ggf. unterjährig auftretende und im Folgejahr prognostizierte Verluste berücksichtigt werden. Das Risikodeckungspotenzial wird dabei im primär steuerungsrelevanten Fortführungsansatz so gewählt, dass die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Eintritt des Risikofalls weiterhin erfüllt sind.

In beiden betrachteten Sichtweisen der Risikotragfähigkeit werden auf Basis des Risikoappetits und, im Fall des Fortführungsansatzes, unter Einbeziehung des Zielrisikoprofils Richtwerte für die Risikolimits abgeleitet. Über diesen Mechanismus wird eine Verzahnung der in der Risikostrategie getroffenen Festlegungen und der operativen Risikosteuerung sichergestellt. Die Messung der Auslastung der Risikolimits erfolgt über die Anwendung von Value at Risk-Methoden, in Abhängigkeit von der Risikoart.

Neben den Risikolimits werden für das Marktpreisrisiko Barwertverlustlimits definiert.

Gesamtbild der Risikolage

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Gesamtbankrisiko im Fortführungsansatz leicht gesunken. Dies liegt hauptsächlich in einem Rückgang des Marktpreisrisikos sowie des Adressenrisikos des Eigengeschäfts begründet. Die Reduktion des periodischen Marktpreisrisikos ist im Wesentlichen auf die neu eingeführte Verrechnung stiller Reserven im Wertpapierportfolio per 30.06.2018 zurückzuführen. Im Adressenrisiko Eigengeschäft begründen vor allem einzelne Bonitätsverbesserungen von Kontrahenten eine Veränderung des Kreditrisikos. Der Rückgang des Marktpreis- und Adressenrisikos wird zum Teil durch einen Anstieg des operationellen Risikos kompensiert. Der Anstieg im operationellen Risiko ist auf die Einführung eines vereinfachten Risikomodells (OpRisk-Schätzverfahren) ab dem Stichtag 31.12.2018 zurückzuführen. Das Beteiligungsrisiko und das Refinanzierungsrisiko blieben im Jahresvergleich relativ konstant. Während des gesamten Geschäftsjahres 2018 traten keine Limitüberschreitungen auf.

Das Risikodeckungspotenzial im Fortführungsansatz reduziert sich im Jahresvergleich aufgrund der prospektiven Berücksichtigung der letzten Stufe des Kapitalerhaltungspuffers gemäß Artikel 129 CRD IV (Richtlinie 2013/36/EU) i.H.v. 2,5 Prozent, die ab dem 01.01.2019 einzuhalten ist. Diese Reduktion wird teilweise durch das Projekt zur technischen RWA-Optimierung im Jahr 2018 sowie das Ergebnis aus dem Jahresabschluss 2017 kompensiert.

Eine Analyse des Gesamtbankrisikos im Fortführungsansatz – ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikokategorien – ergibt auf Basis der effektiven Risikonahme, dass zum Jahresende 44 Prozent des Risikodeckungspotenzials als Risikokapital gebunden war. Diese Auslastung des Risikodeckungspotenzials betrug im Vorjahr 41 Prozent und lag das gesamte Jahr 2018 deutlich unter dem maximalen Risikoappetit von 70 Prozent, der in der Risikostrategie festgelegt wurde. Der leichte Anstieg der Auslastung des Risikodeckungspotenzials im Jahresvergleich resultiert hauptsächlich aus der o.g. Reduzierung des Risikodeckungspotenzials. Ohne Berücksichtigung

des Kapitalerhaltungspuffers wäre die Auslastung des Risikodeckungspotenzials gesunken. Der Quotient aus Gesamtbankrisiko unter Stress und Risikodeckungspotenzial sinkt im Jahresvergleich von 57 Prozent auf 55 Prozent. Das Zielrisikoprofil sieht 50 Prozent für Adressenausfallrisiken, 30 Prozent für Marktpreisrisiken, 5 Prozent für Beteiligungsrisiken, 13 Prozent für operationelle Risiken und 2 Prozent für Refinanzierungsrisiken vor. Alle Risikoarten befinden sich innerhalb der festgelegten Bandbreiten für akzeptable Ziel-/Ist-Abweichungen.

Im Liquidationsansatz als zweiten Steuerungskreis ist das Gesamtbankrisiko im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Dies ist vorrangig auf einen Anstieg des Adressenrisikos Eigengeschäft zurückzuführen. Der Anstieg beruht insbesondere auf einer Neukonzeption der Bonitätsbeurteilung von Kontrahenten im Finanzsektor in Folge der deutschen KWG-Umsetzung der EU-Richtlinie zur Insolvenzrangfolge. Demgegenüber wirkt eine leichte Reduktion des Adressenrisikos im Kundengeschäft sowie im Marktpreisrisiko. Eine Analyse der Gesamtrisikosituation ergibt eine Auslastung des Risikodeckungspotenzials zum Jahresende von 31 Prozent (Vorjahr: 30 Prozent), welche deutlich unter dem maximalen Risikoappetit von 70 Prozent liegt. Der Quotient aus Gesamtbankrisiko unter Stress und Risikodeckungspotenzial steigt im Jahresvergleich leicht von 51 Prozent auf 54 Prozent.

Neben der ökonomischen Analyse des Gesamtrisikoprofils müssen die regulatorischen Anforderungen zur Solvabilität (vergleiche Teil B., 3. Darstellung und Analyse der Lage, Abschnitt "Eigenkapitalrelationen") und zur Liquidität (vergleiche Teil D., Abschnitt "Liquiditätsrisiken") eingehalten werden.

Die Analysen des Gesamtrisikoprofils der Sparkasse KölnBonn zeigen sowohl aus ökonomischer als auch aus aufsichtsrechtlicher Sicht eine Überdeckung der eingegangenen Risikopositionen mit vorhandenen Vermögenswerten.

Risikokategorien

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse KölnBonn das Risiko, dass der Vertragspartner der Sparkasse KölnBonn seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nur teilweise oder zeitverzögert nachkommt. Hierunter fallen das Ausfallrisiko, das zusätzlich durch das Sicherheitenrisiko beeinflusst wird, das Migrationsrisiko und das Länderrisiko (Transferrisiko). Das Eigengeschäft umfasst zusätzlich die Unterrisikokategorien Emittentenrisiko, Settlementrisiko in den Ausprägungsformen Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko sowie Kontrahentenrisiko (Wiedereindeckungsrisiko inkl. Credit Value Adjustments (CVA)-Risiko).

Der Vorstand der Sparkasse KölnBonn hat in der Risikostrategie Leitlinien zur Einhaltung der Risikostruktur und der damit verbundenen Ziele festgelegt. Die Ausgestaltung der Kreditprozesse der Sparkasse KölnBonn ist geprägt von einer klaren aufbauorganisatorischen Trennung der Bereiche Markt und Marktfolge. Auf Vorstandsebene wird die funktionale Trennung zwischen Markt und Marktfolge durch den Geschäftsverteilungsplan geregelt.

Zur Bündelung von Fachwissen und zur Sicherstellung einer effizienten Bearbeitung sind sogenannte Spezialfinanzierungen in separaten Einheiten angesiedelt. Unabhängig vom Markt erfolgt eine Aufteilung der Aufgaben in Kreditanalyse, Kreditsachbearbeitung, Kreditkontrolle, Risikomanagement, Spezialkreditmanagement und Revision. Die Kreditsachbearbeitung liegt teilweise im Vertrieb.

Die Steuerungsinstrumente der Sparkasse KölnBonn umfassen für das Kreditgeschäft ein Frühwarnsystem für die Erkennung und konsequente Bearbeitung potenziell ausfallbedrohter Engagements, ein Limitsystem zur Begrenzung von Größenkonzentrationen sowie Rating- und Scoring-Verfahren zur umfassenden Beurteilung des Kreditportfolios. Im Eigengeschäft ist ebenfalls ein Überwachungssystem für Kapitalmarktpartner im Einsatz. Zudem werden ungedeckte Banklinien in Abhängigkeit von deren Rating und der Höhe des assoziierten Eigenkapitals im Rahmen von Orientierungslimiten eingeräumt. Neben den bereits genannten Steuerungsinstrumenten erfolgt auf Gesamtbankebene die Risikosteuerung des Kreditgeschäfts über die durch den Gesamtvorstand beschlossenen Risikolimiten für das Kreditportfolio. Im Ergebnis drückt sich durch die Anwendung dieser Steuerungsinstrumente eine risikobewusste Kreditvergabepolitik der Sparkasse KölnBonn aus.

Die im Einsatz befindlichen Rating-Modelle sind methodenkonsistent auf eine Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, wobei die nachfolgende Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) als Bezugsgröße dient. Die DSGV-Masterskala ist in 18 Rating-Klassen unterteilt, 15 für nicht ausgefallene Kreditnehmer und drei Ausfallklassen. Die Ratingklassen 1 und 15 werden dabei wiederum in sieben bzw. drei Klassen unterteilt. Jeder Klasse ist eine mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet.

DSGV-Masterskala	Ausfallwahrscheinlichkeit (%)		DSGV-Masterskala	Ausfallwahrscheinlichkeit (%)		
1 (AAA)	0,01	Investment Grade	6	0,59	Non-Investment Grade	
1 (AA+)	0,02		7	0,88		
1 (AA)	0,03		8	1,32		
1 (AA-)	0,04		9	1,98		
1 (A+)	0,05		10	2,96		
1 (A)	0,07		11	4,44		
1 (A-)	0,09		12	6,67		
2	0,12		13	10,00		
3	0,17		14	15,00		
4	0,26		15	20,00		
5	0,39		15 (B)	30,00		
			15 (C)	45,00		
			16-18	Ausfall		Default

Die folgende Übersicht zeigt eine Aufteilung des gewerblichen und privaten Kunden- sowie des Eigengeschäftes auf die Rating-Klassen per 31. Dezember 2018 in Mio. EUR. Dabei bezeichnet das Obligo im Kundengeschäft die Summe aus Kreditinanspruchnahme und offener Kreditlinie. Das Volumen des Gesamtportfolios ist die Summe der Obligos des Kundengeschäfts und der Marktwerte des Eigengeschäfts:

	Gesamtportfolio			Kundengeschäft		Eigengeschäft	
	Volumen		Anteil	Obligo		Marktwert	
		Veränd. ggü. Vorjahr			Veränd. ggü. Vorjahr		Veränd. ggü. Vorjahr
AAA bis A	10.364	900	35,2%	5.729	857	4.635	43
1(A-) bis 5	9.642	980	32,8%	8.432	646	1.209	333
6 bis 9	7.091	606	24,1%	6.750	345	341	261
10 bis 15 (C)	1.517	-494	5,2%	1.482	-468	35	-26
16 bis 18	198	-102	0,7%	198	-102	0	0
ohne Rating	606	-53	2,1%	498	-14	109	-38
Gesamt	29.418	1.837	100,0%	23.089	1.264	6.329	573

Die obligogewichtete Abdeckung mit Rating- und Scoring-Verfahren im Kundengeschäft beträgt 97,8 Prozent (Vorjahr: 97,7 Prozent). Bezogen auf das Kunden- und Eigengeschäft existiert eine Abdeckung von 97,9 Prozent (Vorjahr: 97,6 Prozent). Von den gerateten Kunden des mit Adressenrisiken behafteten Geschäfts entfallen 69,4 Prozent (Vorjahr: 67,3 Prozent) auf Investment-Grade-Kunden (Rating 5 und besser) und 30,6 Prozent (Vorjahr: 32,7 Prozent) auf Non-Investment-Grade-Kunden (ab Rating 6 inkl. Ausfallklassen).

Bei der Risikomessung und Strukturanalyse werden die Kundengeschäftsfelder und das Eigengeschäft unterschieden. Zur Quantifizierung der Kreditrisiken und potenzieller Risikokonzentrationen im Steuerungsbereich Adressenausfallrisiken werden Kreditportfoliomodelle verwendet.

Für die Messung des Adressenausfallrisikos im Kundengeschäft wird das durch den zentralen Dienstleister Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) bereitgestellte Risikomodell CreditPortfolioView verwendet. Die Risikoquantifizierung wird monatlich durchgeführt. Am Risikohorizont von einem Jahr wird mittels einer Monte Carlo-Simulation die Verlustverteilung des Gesamtportfolios der SKB ermittelt, um hieraus den unerwarteten Verlust zu ermitteln. Zur Bestimmung des Verlustes in der barwertigen Sichtweise werden Ausfälle und Ratingmigrationen berücksichtigt. In der buchwertigen Berechnung des Verlustes ist lediglich das Ausfallrisiko relevant.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 beliefen sich die Kreditrisiken des Kundengeschäfts der Sparkasse KölnBonn im Fortführungsansatz (Credit Value at Risk, Konfidenzniveau von 95 Prozent) auf 76 Mio. EUR (Vorjahr: 78 Mio. EUR) und im Liquidationsansatz (Konfidenzniveau von 99,9 Prozent) auf 171 Mio. EUR (Vorjahr: 178 Mio. EUR). Die Reduzierung des Kreditrisikos ist vor allem auf Tilgungen eines großen Risikotreibers zurückzuführen.

Die Quantifizierung des Adressenausfallrisikos im Eigengeschäft wird mit Hilfe des Risikomodells CreditMetrics wöchentlich durchgeführt. Am Risikohorizont von einem Jahr wird die migrationsinduzierte Barwertverteilung des Portfolios mittels einer Monte Carlo-Technik simuliert. Aus der sich ergebenden Portfolioverlustverteilung wird die Höhe des durch Ausfälle und Migrationen verursachten erwarteten Verlustes sowie unerwarteten Verlustes bestimmt. Die Risikorechnung unterscheidet hierbei zwischen einem barwertigen (99,9 Prozent-Quantil: Liquidationsansatz) und einem buchwertigen Risikotragfähigkeitskonzept (95 Prozent-Quantil: Fortführungsansatz), in der Barwertveränderungen aus Bonitätsverbesserungen nicht betrachtet werden, da diese gemäß dem strengen Niederstwertprinzip nicht GuV-wirksam sind.

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft lagen bei insgesamt 25 Mio. EUR (Credit Value at Risk, Konfidenzniveau von 95 Prozent) und 165 Mio. EUR (Credit Value at Risk, Konfidenzniveau von 99,9 Prozent). Die Vorjahreswerte wurden mit 32 Mio. EUR und 140 Mio. EUR quantifiziert. Der Risikorückgang im Fortführungsansatz beruht im Wesentlichen auf einzelnen Bonitätsverbesserungen von Kontrahenten im Portfolio. Demgegenüber steht ein Risikoanstieg im Liquidationsansatz, der u. a. auf eine Neukonzeption der Bonitätsbeurteilung von Kontrahenten im Finanzsektor in Folge der deutschen KWG-Umsetzung der EU-Richtlinie zur Insolvenzrangfolge zurückzuführen ist. In dem von der Sparkasse gehaltenen Spezialfonds steigt das Kreditrisiko marginal in Folge von Bestandveränderungen im USD High Yield Segment.

Der Risikoaufschlag für Credit Value Adjustments aus Geschäften mit OTC-Derivaten beträgt 3,4 Mio. EUR im 95 Prozent-Quantil und 6,3 Mio. EUR im 99,9 Prozent-Quantil (Vorjahr: 4,3 und 8,2 Mio. EUR). Neben Markt- und Bestandsänderungen führt wie im Vorjahr das Clearing von Derivategeschäften über eine zentrale Gegenpartei zu einem sinkenden CVA-Risiko.

Die vierteljährliche Risikoberichterstattung an die Geschäftsleitung enthält neben den Risikokennzahlen unter anderem ergänzende, umfangreiche Strukturanalysen des Kreditportfolios. Das originäre Kreditgeschäft in den Kundengeschäftsfeldern wird geprägt von den ökonomischen Rahmenbedingungen innerhalb des Geschäftsgebiets. Vor allem bei den gewerblichen Kunden ist eine moderate Branchenkonzentration aufgrund des Regionalprinzips der Sparkasse KölnBonn festzustellen.

Die Verteilung nach Branchen bzw. Kundengruppen im gewerblichen Kunden- und im Eigengeschäft (inkl. Derivategeschäfte mit Kunden) stellt sich zum 31.12.2018 wie folgt dar:

Kundengruppe / Branche in Mio. EUR	Kundengeschäft Obligo	Eigengeschäft Marktwert	Gesamtportfolio Volumen	Veränderung zum Vorjahr
Grundstücks- und Wohnungswesen	5.550	67	5.617	403
Beratung, Planung, Sicherheit	1.251	3	1.254	86
Dienstleistungen für Unternehmen	1.222	14	1.236	113
Groß- und Einzelhandel	1.042	3	1.045	54
Kredit- u. Versicherungswesen	866	21	887	-448
Bauträger	748	0	748	-133
Baugewerbe	640	2	642	44
Gesundheit, Soziales	605	12	617	12
Öffentliche und private Dienstleistungen	541	8	549	22
Verarbeitendes Gewerbe	448	79	527	-33
Verkehr, Nachrichten	459	65	524	19
Gastgewerbe	460	3	463	27
Energie, Wasser, Bergbau	414	25	439	4
Organisationen ohne Erwerbszweck	348	20	368	66
Kraftfahrzeughandel	192	5	197	-11
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	18	0	18	-121
Sonstige	127	26	153	127
Gewerbliche Kunden	14.931	353	15.284	231
Private Kunden	8.158	5	8.163	596
Kreditinstitute	75	5.304	5.379	786
Öffentliche Haushalte	2.687	660	3.347	9
Sonstige	0	9	9	9
Kundenkredit- und Eigengeschäft	25.851	6.331	32.182	1.631

Kundenverbindungen mit Immobilienbezug weisen einen vergleichsweise hohen Anteil (46,5 Prozent) am gesamten Kundenkreditgeschäft der Sparkasse KölnBonn auf. Infolge des Regionalprinzips gehören Kredit- und Ertragskonzentrationen im regionalen Immobilienfinanzierungsgeschäft originär zum Geschäftsmodell. Mit der Fokussierung auf den regionalen Markt und seine Teilnehmer ist die Bündelung von Expertenwissen innerhalb der Aufbauorganisation verbunden. Diese Informationsvorteile können von der Sparkasse KölnBonn gezielt für eine hochwertige Beratung und zur Risikovermeidung genutzt werden.

97 Prozent (Vorjahr: 97 Prozent) der einzelnen Positionen im Kundenkreditportfolio der Sparkasse KölnBonn sind kleiner als 250 TEUR. Die wesentliche Sicherheitenart mit einem Anteil von 87 Prozent (Vorjahreswerte aufgrund einer geänderten Darstellungsform nicht vorhanden) bilden die Wohn- und Gewerbeimmobilien. Selbstständige und Unternehmen stellen mit einem Anteil von circa 58 Prozent (Vorjahr: 58 Prozent) des Kreditvolumens neben den privaten Kunden mit einem Anteil von 32 Prozent (Vorjahr: 30 Prozent) die wesentlichen Kundengruppen im Kundenkreditportfolio der Sparkasse KölnBonn dar.

Die Struktur des Eigengeschäfts ist durch Investitionen im Investment-Grade-Bereich mit einem Anteil von 92 Prozent (Vorjahr: 97 Prozent) des Kreditvolumens geprägt, wobei der Finanzsektor dominiert. Mit wesentlichen Kontrahenten bestehen Collateral-Vereinbarungen zur Minderung der Adressenausfallrisiken im Derivate-, Repo- und Wertpapierleihe-Geschäft.

In einen Spezialfonds sind zusätzlich Anteile an Renten- und Aktien-ETFs, USD High Yield Anleihen sowie Bar- und Fremdwährungsabsicherungspositionen eingebracht. Von dem gesamten Marktwert des Spezialfonds über rund 493 Mio. EUR (Vorjahr: 515 Mio. EUR) entfallen 59 Prozent auf Anleihen europäischer und amerikanischer Firmen (Vorjahr: 58 Prozent). Weitere 20 Prozent des Fonds bestehen aus Aktien weltweit tätiger Unternehmen sowie Unternehmen aufstrebender Volkswirtschaften

(Vorjahr: 20 Prozent). Die Investition in USD High Yield Anleihen besitzt unverändert einen relativen Anteil von 9 Prozent am Gesamtvolumen des Spezialfonds. Der verbleibende Anteil des Fonds wird durch Kassenpositionen und derivative Instrumente abgebildet.

Die Entwicklung der Risikovorsorge, das heißt das GuV-wirksame Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft der Sparkasse KölnBonn - bestehend aus Direktabschreibungen, Zuführung zu beziehungsweise Auflösung von Wertberichtigungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen -, ist nach den Rückgängen in den letzten zwei Jahren im Jahr 2018 hauptsächlich aufgrund einer Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen gestiegen (siehe auch Anhang zum Jahresabschluss - Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Abschnitt Kreditgeschäft).

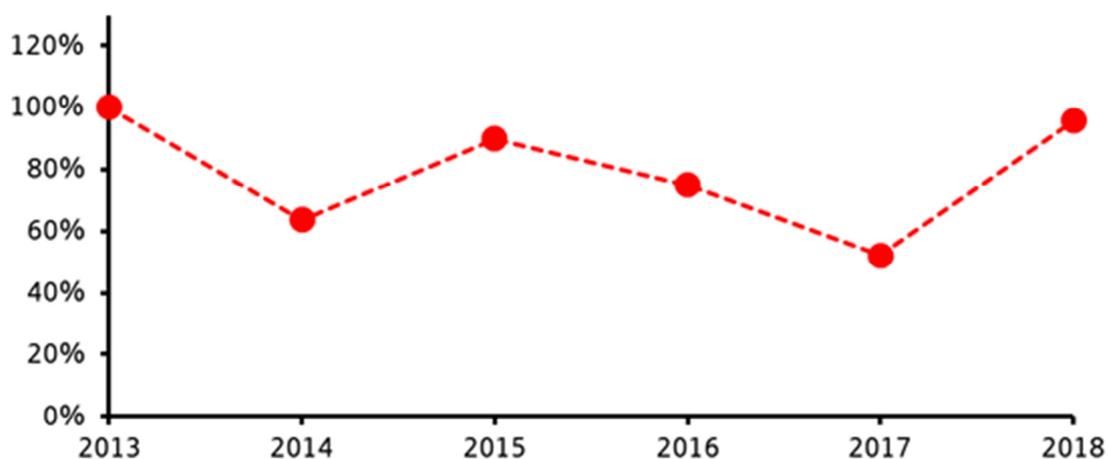


Abb.: Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Ausgangswert 2013 = 100 Prozent)

Die Methoden und Prozesse zur Bildung der Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind durch Arbeitsanweisungen geregelt. Zur Früherkennung von Leistungsstörungen sind klar definierte Indikatoren auffällig gewordener Kreditnehmer hinterlegt. Unterstützt wird dieser Prozess durch ein automatisiertes Frühwarnsystem der Finanz Informatik GmbH & Co. KG. Die Bearbeitung von Leistungsstörungen wird mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung) durchgeführt.

Beteiligungsrisiken

Zur Quantifizierung des Beteiligungsrisikos wird der aufsichtsrechtliche PD/LGD-Ansatz (analog Artikel 165 ff. CRR) verwendet. In diesem Ansatz wird das Beteiligungsrisiko als Risiko des Ausfalls einzelner Beteiligungen und der daraus resultierenden Verluste der Beteiligungsbuchwerte sowie der den Beteiligungen gewährten Kredite am 1-Jahres-Horizont definiert. Darüber hinaus wird das Risiko der Inanspruchnahme aus bestehenden Haftungsverhältnissen im Beteiligungsrisiko berücksichtigt.

Die Beteiligungsrisiken sind den originären unternehmerischen Risiken der Sparkasse KölnBonn zuzuordnen und stellen eine wesentliche Risikokategorie innerhalb der Sparkasse KölnBonn dar. Im primär steuerungsrelevanten Fortführungsansatz (Konfidenzniveau 95 Prozent) beliefen sich die Beteiligungsrisiken auf 8 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR). Im Liquidationsansatz (Konfidenzniveau von 99,9 Prozent) betragen die Beteiligungsrisiken 51 Mio. EUR (Vorjahr: 47 Mio. EUR). Das Risiko im Beteiligungsportfolio ist aufgrund von Geschäftsausweitungen bei einer Beteiligungsholding sowie Ratingverschlechterungen leicht gestiegen.

Die Risikosteuerung des Beteiligungsportfolios erfolgt im Rahmen der durch den Vorstand der Sparkasse KölnBonn beschlossenen Risikostrategie sowie anhand des Risikolimits für das Beteiligungsportfolio. Durchgeführt wird die Steuerung durch den Gesamtvorstand sowie über den Marktbereich Beteiligungen. Der Marktbereich Beteiligungen führt seine Aktivitäten im Rahmen eines Kreditentscheidungs- und Überwachungsprozesses auf Einzelbeteiligungsebene durch. Er bereitet dazu insbesondere die entscheidungsrelevanten Steuerungsaktivitäten der zuständigen Tochterunternehmen zur Entscheidung durch den Kompetenzträger auf. Beteiligungsentscheidun-

gen trifft der Gesamtvorstand auf der Grundlage eines Zwei-Voten-Prozesses analog dem Kreditgeschäft.

Das Beteiligungsrisikocontrolling wird von einem marktunabhängigen Bereich vorgenommen. Dieser quantifiziert die Beteiligungsrisiken auf Portfolioebene und liefert der Geschäftsleitung im Rahmen des integrierten Risikoberichtes vierteljährlich eine separate detaillierte Übersicht über die Risikoposition. Die seitens des Beteiligungsbereiches erstellten Beteiligungsbewertungen werden von einem marktunabhängigen Bereich plausibilisiert und festgesetzt.

Die einzelnen Beteiligungen der Sparkasse KölnBonn werden anlassbezogen, aber mindestens einmal jährlich bewertet. In diesem Zusammenhang erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit der Beteiligung und deren wirtschaftlicher Entwicklung, so dass eine Früherkennung potenzieller Risiken gewährleistet ist. Bei Abschreibungsbedarf in wesentlicher Höhe erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand.

Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie Zinsen, Credit-Spreads, Volatilitäten, Fonds, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten oder Wertminderungen führen können.

Die operative Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt durch den zentralen Vertriebsbereich Treasury unternehmensweit. Den Rahmen dazu setzt der Gesamtvorstand, indem er, auf Vorschlag des Zentralbereichs Gesamtbanksteuerung, Limite festlegt. Die Limite sind so bemessen, dass sie die Risikotragfähigkeit nicht gefährden.

Der Finanz- und Dispositionsausschuss (FDA) legt im Rahmen der Risikotragfähigkeit und auf Grundlage der Vorgaben des Vorstands hinsichtlich der langfristigen Refinanzierungs- und Anlagestruktur die Benchmark und die Benchmarkinvestments fest. Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung wird die EUR-Zinsposition auf ein gleitendes 10-Jahres-Risikoprofil gesteuert.

Eigenanlagen werden im Wesentlichen zur Anlage von Liquidität und zur Risikosteuerung durchgeführt. Als Beitrag zur Portfoliodiversifizierung, der aber gleichzeitig für den Bedarfsfall hochliquide sein soll, wird auch in begrenztem Umfang in Spezialfonds investiert (langfristiges Anlagekonzept, "LAK"). Eigengeschäfte in Aktien oder Devisen zu Spekulationszwecken werden nicht getätigt.

Nennenswerte offene Währungspositionen werden aufgrund des Geschäftsmodells der Sparkasse KölnBonn nicht unterhalten.

Die Bereiche Treasury (Handel), Abwicklung/Kontrolle, Rechnungswesen und Risikomanagement sind organisatorisch und funktional getrennt.

Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung überwacht die Einhaltung der Risikolimiten. Alle Marktpreisrisiken werden täglich quantifiziert und überwacht.

Im Fortführungsansatz werden Zinsüberschussrisiken und Abschreibungsrisiken betrachtet, in der wertorientierten Perspektive erfolgt die Messung des Marktpreisrisikos als Value at Risk mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes in Delta-Gamma-Näherung. Dabei werden das allgemeine Marktpreisrisiko und das Credit Spread-Risiko integriert betrachtet. Grundlage für die Ermittlung der Risikopositionen sind die täglich zu Marktpreisen bewerteten Bestände. Eingangsdaten sind neben den Positionsdaten der Sparkasse KölnBonn die qualitätsgesicherten Zeitreihen der Risikofaktoren.

Verlustrisiken unter der Annahme extremer Marktentwicklungen (Szenarioanalysen) werden ebenfalls untersucht. Neben Parallelverschiebungen der allgemeinen Zinsstrukturkurve werden auch Drehungen und Credit Spread-Veränderungen betrachtet.

Die Berichterstattung über die Risikopositionen und das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erfolgt monatlich an den Gesamtvorstand und zuständige Entscheidungsträger in der zweiten Führungsebene. Bei erheblichen Einflüssen auf die Marktpreisrisiken beziehungsweise auf das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erfolgt ferner eine Ad-hoc-Berichterstattung.

Die angemessene Beurteilung der Marktpreisrisiken erfordert eine dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt entsprechende kontinuierliche Weiterentwicklung der Systeme und Methoden. Dies stellt eine der zentralen Tätigkeiten des Risikomanagements der Sparkasse KölnBonn dar.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 beanspruchten die Marktpreisrisiken der Sparkasse KölnBonn 57 Mio. EUR (Geschäftsjahr 2017: 65 Mio. EUR) im Fortführungsansatz der Risikotragfähigkeit und 110 Mio. EUR (Geschäftsjahr 2017: 114 Mio. EUR) im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit. Der Risikorückgang im Fortführungsansatz ist im Wesentlichen auf die neu eingeführte Verrechnung stiller Reserven im Wertpapierportfolio per 30.06.2018 zurückzuführen. Maßgeblich für den Risikorückgang im Liquidationsansatz ist ein Rückgang der Zinsvolatilität.

Der Zinsrisikokoeffizient gemäß dem BaFin-Rundschreiben 09/2018 (ehemals 11/2011) hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2018	31.12.2017
Barwertveränderung in Prozent	10,9	10,3

Der leichte Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Berücksichtigung von BGB-Optionen im Kreditgeschäft per 31.03.2018 im Zähler der Kennzahl, d.h. bei der Ermittlung der Barwertänderung des Zinsbuchs bei einem unterstellten Ad-hoc-Zinsschock von 200 Basispunkten.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Es wird in die Unterrisikokategorien Personal-, IT-Risiko, interne Verfahren (Prozessrisiko) und externes Risiko gegliedert. Diese Definition umfasst ebenfalls die Rechtsrisiken. Operationelle Risiken sind unvermeidbarer Bestandteil des Betriebens von Bankgeschäften.

Die Identifikation von operationellen Risiken beruht im Wesentlichen auf der Ex-post-Betrachtung eingetretener Schadensfälle im Rahmen einer Schadensfalldatenbank, der Ex-ante-Betrachtung möglicher Risikoszenarien durch das Instrumentarium der Risikolandkarte und der Teilnahme am Datenpooling der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Dabei werden auch veränderte Rahmenbedingungen bezüglich rechtlicher Risiken (zum Beispiel durch neue BGH-Urteile) bewertet und falls notwendig im Management der operationellen Risiken berücksichtigt. Dies umfasst neben der Erfassung der Risiken auch Maßnahmen zur zukünftigen Vermeidung solcher Schäden durch Anpassung von Prozessen, Dokumentationen und Produkten.

Zur Messung des operationellen Risikos wird in der Sparkasse KölnBonn seit dem Berichtsstichtag 31.12.2018 das OpRisk-Schätzverfahren der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH eingesetzt. Das Schätzverfahren berechnet auf Basis von internen und externen Verlustdaten sowie Szenariodaten der Risikolandkarte den erwarteten Verlust sowie den operationellen Value at Risk.

Bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 95 Prozent betrug der operationelle Value at Risk zum Ende des Geschäftsjahres ca. 18 Mio. EUR. Der mit ca. 10 Mio. EUR deutliche Anstieg zum Vorjahr ist auf die geringe Komplexität sowie die erweiterte Datenbasis des OpRisk-Schätzverfahrens zurückzuführen. Bei einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent ist der operationelle Value at Risk auf einem konstanten Niveau geblieben (89 Mio. EUR). Zur Vermeidung beziehungsweise Reduzierung von operationellen Risiken bestehen verschiedene Instrumente (unter anderem ein IT-Notfallkonzept, Optimierung von Geschäftsprozessen, Einstellen oder Outsourcing bestimmter Geschäftsaktivitäten sowie der Abschluss von Versicherungen).

Durch den vierteljährlich erstellten Risikobericht sowie einen jährlichen Sonderbericht wird der Vorstand über operationelle Risiken informiert. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken fest. Er entscheidet über Steuerungsmaßnahmen zur Risikoreduzierung, die ihm durch ein regelmäßig tagendes Gremium vorgeschlagen werden.

Im Bereich der Rechtsrisiken gab es im Geschäftsjahr einen spürbaren Abbau von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten.

Liquiditätsrisiken

Beim Liquiditätsrisiko unterscheidet die Sparkasse KölnBonn zwischen dem klassischen Liquiditätsrisiko (dispositives Liquiditätsrisiko, Zahlungsunfähigkeitsrisiko) und dem strategischen Liquiditätsrisiko (Refinanzierungsrisiko).

Die Sparkasse KölnBonn führt neben der Betrachtung angemessener Verhältniskennzahlen regelmäßige Szenarioanalysen durch. Als kapitalmarktorientiertes Institut führt die Sparkasse KölnBonn Stresstests gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen durch. Diesen Stressszenarien steht ein ausreichend bemessener, nachhaltiger Liquiditätspuffer in Form von hochliquiden, unbelasteten Vermögensgegenständen gegenüber, deren Diversifikation regelmäßig überprüft wird.

Aus der Analyse der Verhältniskennzahlen, der Liquiditätsablaufbilanzen sowie der Stresstestergebnisse, die in einem monatlichen Turnus an den Gesamtvorstand und zuständige Entscheidungsträger in der zweiten Führungsebene berichtet werden, können, unter der Hinzunahme von Geld- und Kapitalmarkteinschätzungen, Steuerungsmaßnahmen bis hin zur Auslösung des Notfallplans abgeleitet werden. Darüber hinaus wird das dispositive Liquiditätsrisiko täglich gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) überwacht und gesteuert.

Die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt im Wesentlichen über das Halten von liquiden Aktiva sowie über die Strukturierung der Passivseite. Die Planung der Refinanzierung basiert auf den gegebenen Refinanzierungspotenzialen sowie den geplanten Aktivitäten in den Geschäftsfeldern. Die Steuerung wird fortlaufend überwacht und die Planungsprämissen werden gegebenenfalls angepasst. Zum 31.12.2018 lagen wie im Vorjahr keine nennenswerten Refinanzierungsrisiken vor.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) überstieg mit einem Wert von 1,69 (delVO, Mindestwert 1,00) zum 31.12.2018 ebenfalls sehr deutlich die aufsichtliche Anforderung. Die Zahlungsunfähigkeitsrisikobetrachtungen zukünftiger Perioden deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Neben den Refinanzierungsmöglichkeiten im Kundengeschäft verfügt die Sparkasse KölnBonn über ein freies Pfanddepot bei der Europäischen Zentralbank beziehungsweise der Eurex sowie über weitere mittel- bis langfristige Refinanzierungspotenziale aus der Emission von Pfandbriefen sowie Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenbriefen. Beide Refinanzierungsquellen können bei Bedarf weiter erhöht werden. Die Sparkasse KölnBonn wäre somit in der Lage, einen unerwartet auftretenden, großen Mittelabfluss, wie er in Szenarien gemäß den MaRisk zu simulieren ist, kurzfristig zu kompensieren. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn war während des gesamten Geschäftsjahres 2018 ausreichend gesichert.

Sonstige Risiken

Unter Sonstige Risiken werden Risikokonzentrationen, Geschäftsrisiken (einschließlich Absatzrisiken und Reputationsrisiken) sowie Risiken aus eigenen Immobilien zusammengefasst.

Diese Risiken zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht als eigenständige Risiken gemessen und berichtet werden, sondern entweder Bestandteile der anderen Risikoarten sind oder aufgrund ihrer Unwesentlichkeit für die Sparkasse KölnBonn nicht berücksichtigt werden.

Sicherungsgeschäfte

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden - mit Ausnahme einzelner Sicherungsbeziehungen in Zusammenhang mit strukturierten Einzelemissionen - auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt. Die Bildung von Bewertungseinheiten wird im Zentralvertriebsbereich Treasury initiiert. Die Kontrolle und Dokumentation der Bewertungseinheiten erfolgt im Zentralbereich Finanzen.

Die bilanzielle Abbildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse KölnBonn für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertände-

rung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Differenziert wird dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sogenannten Einfrierungsmethode außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, wird für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung gebildet, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation unter Angabe der Sicherungsabsicht und der Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung werden für Macro Bewertungseinheiten Effektivitätskennziffern auf der Basis von Zinssensitivitäten ermittelt. Die Micro Bewertungseinheiten erfüllen bis auf geringfügige Ausnahmen die Critical Terms Match-Kriterien. Für den Zeitraum der Sicherungsbeziehung gleichen sich daher die Wertänderungen bezogen auf das gesicherte Risiko voraussichtlich vollständig aus. Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäfts beziehungsweise des Sicherungsgeschäfts.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten wurden folgende Posten beziehungsweise Transaktionen einbezogen:

Vermögensgegenstände	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Nominalvolumen in TEUR
Festverzinsliche Wertpapiere	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	85.000
Festverzinsliche Wertpapiere	Macro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	2.801.100
Schwebende Geschäfte	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Nominalvolumen in TEUR
Festzins-Swaps	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	3.000
Festzins-Swaps	Macro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	211.200
Devisenoptionen	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (Währung)	26.217

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 3,1 Mrd. EUR abgesichert. Der Gesamtbetrag bezieht sich auf das Nominalvolumen der designierten Grundgeschäfte. Der hohe Anteil gesicherter Wertpapiere ist das Ergebnis der strategischen Entscheidung, zinsbedingte Wertminderungen bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve gering zu halten.

Chancen

Die Sparkasse KölnBonn verfügt über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. So konnte in den letzten Jahren die Marktposition in den Geschäftsfeldern Privat- und Firmenkunden gefestigt werden.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren der Sparkasse KölnBonn gehört ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement sowie ein stabiles Geschäftsmodell mit einer starken Verankerung in der Region, einem starken Engagement innerhalb des Verbunds sowie einer zufriedenstellenden Eigenkapital- und guten Liquiditätsausstattung.

Von ihren Kunden wird die Sparkasse aufgrund ihres stabilen Geschäftsmodells als verlässlicher Partner geschätzt.

Als Chancen versteht die Sparkasse KölnBonn Geschäftspotenziale, die sie aufgrund ihres Geschäftsmodells, ihrer Marktpositionierung oder besonderen Know-hows in ihren Geschäftsfeldern erschließen kann. Die Sparkasse hat mit der Initiative "Strategie 2025" eine Transformation eingeleitet, um die Chancenpotenziale, die sich aus dem aktuellen Marktumfeld ergeben, bestmöglich nutzen zu können.

Wir sehen vor allem Wachstumschancen im Geschäfts- und Gewerbekundensegment. Um diese systematisch zu heben werden die Geschäfts- und Gewerbekunden innerhalb des Geschäftsfelds Firmenkunden in einem BusinessCenter konzentriert, welches durch fallabschließende Produkte und Services schnelle, zielgruppenorientierte Lösungen bietet. Hier wird durch eine deutliche Konzentration der Mitarbeiter und schlagkräftige Teamgrößen ein entsprechender Wissens- und Erfahrungsanstieg aufgebaut. Das Gewerbekundensegment liegt derzeit nicht im Fokus der Geschäftsbanken und bietet neben den im eigenen Kundenbestand liegenden Ertragspotenzialen Wachstumschancen im Markt. Primär möchten wir über die Finanzierungs- und Zahlungsverkehrsseite im Unternehmen und auf der Anlage- und Vorsorgeseite bei dem Unternehmer und seiner Familie von diesen Wachstumschancen profitieren.

Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre im Segment Immobilien. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Sparkasse gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktpertise ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft zu behaupten und weiter zu stärken. Dies wird auch durch die Akquise der S-Corpus Immobilienmakler GmbH unterstrichen.

Im Geschäftsfeld Privatkunden ergeben sich für die Sparkasse KölnBonn als regionalem Marktführer im Privatkundengeschäft Chancen aus ihren traditionellen Werten wie Vertrauenswürdigkeit, Sicherheit und vor allem Nähe mit moderner Technik und innovativen Finanzdienstleistungen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung definiert sich „persönliche Nähe“ und „direkter Kontakt“ neu und erweitert. Die Entwicklung von Multikanal zu Omnikanal bedeutet, Leistungen nicht nur über verschiedene Kanäle anzubieten, sondern dem Kunden einen integrierten und nahtlos kanalübergreifenden Service zu bieten. Die Entwicklung von Omnikanal-Strategien wird als Erfolgsfaktor zur Kundenbindung gesehen und kann darüber hinaus zu einer Ausweitung der Kundenanzahl sowie des Zins- und Provisionsgeschäfts führen. In diesem Zusammenhang steht bei der Sparkasse KölnBonn die Ertragssteigerung bei konsequentem Kostenmanagement im Vordergrund.

Wir begreifen Digitalisierung als Chance, alle Kundengruppen aktiv, direkt und individuell zu betreuen, sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft. Wir nutzen die Digitalisierung, um unser Netz aus physischen und digitalen Kontaktpunkten zu stärken.

Insgesamt ist die Sparkasse KölnBonn mit ihrem strategischen Geschäftsmodell, unter Berücksichtigung der Initiative "Strategie 2025", für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Geschäfts mit den etablierten Zielkundenbereichen, dem regionalen Privat-, Immobilien- und Firmenkundengeschäft.

Im Bereich der Rechts- und Vertragsrisiken können sich bisher als belastend zu bewertende Sachverhalte durch Rechtsprechung, neue gesetzliche Regelungen oder neue vertragliche Vereinbarungen mit Dritten zum Positiven wenden, so dass positive Effekte bezüglich der Gewinn- und Verlustrechnung über die Ansätze gemäß Prognosebericht (Teil E.) hinaus möglich sind.

Gleiches gilt weiterhin auch für Entwicklungen bezüglich Rechtsprechung und Verwaltungsmeinung im steuerrechtlichen Bereich mit Blick auf die nach bisheriger Einschätzung gebildeten Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber der Finanzverwaltung bzw. die zukünftige Geltendmachung bislang nicht rechtssicherer Ansprüche der Sparkasse.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen für die Entwicklung im Jahr 2019 haben Prognosecharakter. Die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse können von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Darstellung der Ergebnisprognose basiert auf der internen, steuerungsrelevanten Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung (Betriebsvergleichsschema der Sparkassen-Finanzgruppe; die Werte nach Betriebsvergleichsschema und nach HGB-Formblatt können voneinander abweichen).

Rückblickend lag der Bilanzgewinn der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2018 leicht über den Erwartungen. Auch wenn das Zinsergebnis erwartungsgemäß zurückging, so blieb das operative Ergebnis vor allem aufgrund der positiven Entwicklung im Sachaufwand - leicht oberhalb des prognostizierten Wertes. Dagegen lag der Bewertungsaufwand leicht über den Erwartungen. Die Entwicklung des neutralen Ergebnisses, die deutlich besser ausfiel als erwartet, konnte diesen Effekt jedoch überkompensieren.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme leicht erhöht. Maßgeblich für das Wachstum der Bilanzsumme ist ein deutlicher Anstieg bei den Kundeneinlagen bei gleichzeitig etwas geringerem Anstieg der Kundenforderungen.

Die Sparkasse KölnBonn hat im Dezember 2018 eine auf den strategischen Zielen basierende Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 verabschiedet. Die Mittelfristplanung stützt sich hinsichtlich der Einschätzung zu den konjunkturellen Rahmenbedingungen, wie in den Vorjahren, auf die Prognosen von Forschungsinstituten. Danach ist die Konjunktorentwicklung in Deutschland weiter aufwärts gerichtet, jedoch in der Dynamik abnehmend. Die Geschäftslage für die Region wird weiterhin als positiv angenommen und sollte sich in den nächsten 12 Monaten nicht deutlich verschlechtern.

Im Verlauf von 2019 wird im Vergleich zum Vorjahr ein nahezu gleichbleibender Preisauftrieb auf moderatem Niveau erwartet.

Abweichend von den Prognosen verschiedener Marktteilnehmer, die von leicht steigenden Zinsen ausgehen, geht die Sparkasse für den mittelfristigen Planungszeitraum aus Vorsichtsgründen von gleichbleibenden Zinsen aus. Die zugrunde liegende aktuelle Zinsstruktur ist dabei weiterhin auf niedrigem Niveau.

Im Hinblick auf die aktuelle Phase mit weiterhin niedrigen beziehungsweise negativen Zinsen, die sich insbesondere durch reduzierte Margen in den Kundenprodukten bemerkbar macht, hat die Sparkasse die in den Vorjahren aufgesetzten Maßnahmen zur Steigerung und Diversifizierung ihrer Erträge sowie zur Senkung Ihrer Kosten weiterverfolgt. Wachstumssteigernde Maßnahmen vor allem aus dem Baufinanzierungs- und Firmenkundengeschäft sind in die Planung eingeflossen. Die Sparkasse ist zuversichtlich, in einem weiterhin sehr anspruchsvollen Umfeld die geschäftlichen Risiken zu beherrschen, ausreichende Jahresergebnisse zu erwirtschaften und thesaurieren zu können um den steigenden Kapitalanforderungen weiterhin zu genügen.

Auf Basis der vorgenannten Annahmen, die die Grundlage für die Planungen der Sparkasse KölnBonn bilden, wird für 2019 mit keiner nennenswerten Veränderung der Bilanzsumme gerechnet. Sowohl bei den Kundenforderungen als auch bei den Kundeneinlagen wird für 2019 im Jahresdurchschnitt von einem geringen Wachstum ausgegangen.

Der Zinsüberschuss wird sich trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr in 2019 in etwa stabilisieren. Mittelfristig rechnet die Sparkasse dagegen mit einem bemerkbaren Rückgang des Zinsergebnisses.

Die Sparkasse erwartet, dass der Provisionsüberschuss in 2019 leicht über dem Vorjahresniveau liegen wird. Bei den sonstigen ordentlichen bzw. betrieblichen Erträgen wird, wie im Vorjahr, ein geringer Rückgang erwartet.

Angesichts des schwierigen Wettbewerbsumfelds wird die Sparkasse KölnBonn, wie bereits in den Vorjahren, ihre Bemühungen zur Begrenzung des Sach- und Personalaufwands weiter fortsetzen. Für 2019 wird der Personalaufwand auf vergleichbarem Niveau zum Vorjahr erwartet. Beim Sachaufwand wird für das kommende Jahr jedoch mit einem leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Erwartete Tarifsteigerungen in den nächsten Jahren werden durch einen stetigen Rückgang der Mitarbeiterkapazitäten kompensiert. Wie in den Vorjahren werden die Verwaltungsaufwendungen auch in 2019 von der Umsetzung strategischer Initiativen beeinflusst. Hierzu zählen auch die Aufwendungen für den weiteren Ausbau der Sparkasse als Omnikanalanbieter, den Ausbau der Digitalisierung sowie der Verbesserung der Prozesse im Kundengeschäft inklusive der Beratung.

Das operative Ergebnis (Betriebsergebnis vor Bewertung) der Sparkasse KölnBonn wird auf der Grundlage dieser Planung im Folgejahr per Saldo leicht unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft lag in 2018 zwar deutlich höher als im Vorjahr, aber dennoch merklich unter den Erwartungen. Ursächlich für den Anstieg war insbesondere eine erhöhte Risikovorsorge für Pauschalwertberichtigungen. Das niedrige Zinsumfeld und die positive konjunkturelle Entwicklung dürften sich im Jahr 2019 auch in der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft positiv niederschlagen. Auch bezüglich des Brexits gibt es keine Hinweise auf ein erhöhtes Ausfallrisiko bei den gewerblichen Kunden im Jahr 2019. Trotz der grundsätzlichen Erwartung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung geht die Sparkasse unter Vorsichtsaspekten, im Vergleich zum abgelaufenen Wirtschaftsjahr, für 2019 von einer merklich höheren Risikovorsorge für Kredite aus. Dabei berücksichtigt sie jedoch auch weitere Effekte aus der erwarteten methodischen Veränderungen bei der Bewertung latenter Kreditrisiken.

Das negative Bewertungsergebnis des Jahres 2018 bezüglich der Anlage in Wertpapieren wird im neuen Geschäftsjahr voraussichtlich deutlich geringer ausfallen. Das Bewertungsergebnis Wertpapiere umfasst erwartete zeitanteilige Abschreibungen von höherverzinslichen Wertpapieren, die zu Anschaffungskosten über ihrem Nominalwert erworben wurden, auf den erwarteten Rückzahlungswert. Darüber hinaus können Wertveränderungen aufgrund der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Entwicklung von Bonitätsrisiken einzelner Emittenten im Anlageportfolio nicht generell ausgeschlossen werden. Insgesamt beträgt der erwartete Bewertungsbedarf jedoch deutlich weniger als ein Prozent des betreffenden Aktivvermögens.

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr hatte die Sparkasse aus dem Beteiligungsportfolio ein nahezu ausgeglichenes Bewertungsergebnis erzielt, welches geringfügig besser war, als erwartet. Da zukünftig keine wesentliche Veränderung des Beteiligungsportfolios erwartet wird und sich die wirtschaftliche Situation wesentlicher Engagements stabilisiert hat, werden für die nächsten Jahre weiterhin keine wesentlichen Effekte aus der Bewertung von Beteiligungen mehr erwartet.

In 2018 wurden erwartungsgemäß hohe Erträge aus dem Verkauf einer Immobilie vereinnahmt. Mit vergleichbaren Erträgen aus Verkäufen von Immobilien wird für das Folgejahr nicht gerechnet.

Das neutrale Ergebnis in 2018 liegt trotz der Berücksichtigung von Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen aufgrund der Auflösung von nicht benötigten Rückstellungen - insbesondere für Rechtsfälle und Besteuerungsfragen - deutlich über dem Plan. 2019 wird weiterhin durch die Belastung aus der strategischen Initiative "Strategie 2025" geprägt sein. Andererseits sind wesentliche ergebniserhöhende Einmaleffekte wie im Geschäftsjahr 2018 in 2019 nicht zu erwarten. Daher wird im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem wieder spürbar schlechteren neutralen Ergebnis gerechnet.

Da das Jahresergebnis 2018 insgesamt über den Erwartungen liegt, fällt auch die Belastung aus gewinnabhängigen Steuern höher als geplant aus. Für 2019 wird im Einklang mit einem etwas niedrigeren Ergebnis vor Steuern auch eine niedrigere Steuerbelastung erwartet.

Für die Jahre nach 2019 geht die Sparkasse angesichts der wirtschaftlichen Rahmendaten von einem moderaten Wachstum im Kundengeschäft bei weiterhin geringen Zinsmargen aus. Aufgrund eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus wird wie im Vorjahr mit einem anhaltenden Druck auf die Zinsergebnisse der Sparkasse gerechnet.

Ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmendaten bzw. Entwicklungen will die Sparkasse ihren Marktauftritt sowie die betrieblichen Prozesse stärker und effizienter an den Kundenbedürfnissen ausrichten.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn wird auf Basis der vorausschauenden Liquiditätsplanung im neuen Geschäftsjahr jederzeit gegeben sein. Sowohl die Kennziffern gemäß MaRisk als auch die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Basel III (EU-Verordnung Nr. 575/2013 Capital Requirements Regulation) werden 2019 auf Basis der Planungen stets erfüllt werden.

Auch die seit 2015 geltenden Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten gemäß Basel III werden von der Sparkasse in den nächsten Jahren jederzeit erfüllt. Hierbei hat die Sparkasse intern Zielquoten definiert, die über den gesetzlichen Anforderungen liegen.

Die Sparkasse KölnBonn wird auch in 2019 die Mitarbeiterkapazitäten insgesamt weiter reduzieren. Für 2019 sind jedoch die Einstellungen von Auszubildenden anzahlmäßig auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Notwendige externe Neueinstellungen beschränken sich auf den Bedarf von ausgewiesenen Spezialistenfunktionen bzw. den Aufbau neuer Funktionen.

Insgesamt geht die Sparkasse von einer wirtschaftlichen Entwicklung aus, die im operativen Ergebnis leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Jahres liegen wird.

Jahresabschluss (HGB)

der Sparkasse KölnBonn zum 31. Dezember 2018

Land Nordrhein-Westfalen • Regierungsbezirk Köln

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			139.292.477,33		131.780
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			362.549.529,87		566.594
				501.842.007,20	698.374
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				-,--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) Hypothekendarlehen			-,--		-
b) Kommunalkredite			483.312.095,05		519.142
c) andere Forderungen			2.503.843.730,00		2.034.202
<i>darunter:</i>					
täglich fällig	144.025.315,28				(104.099)
				2.987.155.825,05	2.553.343
4. Forderungen an Kunden					
a) Hypothekendarlehen			8.711.885.875,47		8.839.491
b) Kommunalkredite			1.913.760.263,85		1.659.055
c) andere Forderungen			7.758.273.242,37		7.585.969
				18.383.919.381,69	18.084.515
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere			-,--		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten	601.371.966,84				634.848
<i>darunter:</i>					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	596.308.679,17				(629.785)
bb) von anderen Emittenten	2.469.443.891,67				2.421.743
<i>darunter:</i>					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.280.136.203,08				(2.246.441)
c) eigene Schuldverschreibungen			3.070.815.858,51		3.056.592
Nennbetrag	3.838.000,00		3.849.609,52		8.843
				3.074.665.468,03	3.065.435
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				485.832.163,05	486.160
6a. Handelsbestand				-,--	-
7. Beteiligungen				377.601.474,67	378.383
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				46.583.166,67	30.911
9. Treuhandvermögen				7.911.074,23	11.399
<i>darunter:</i>					
Treuhandkredite	7.911.074,23				(11.399)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-,--	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			256.025,00		575
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.532.724,50		1.688
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-,--		-
d) geleistete Anzahlungen			-,--		-
				1.788.749,50	2.263
12. Sachanlagen				54.361.631,22	124.466
13. Sonstige Vermögensgegenstände				318.475.865,87	269.441
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			4.358.246,89		5.659
b) Andere			214.073.498,89		288.895
				218.431.745,78	294.555
15. Aktive latente Steuern				83.520.000,00	79.280
Summe der Aktiva				26.542.088.552,96	26.078.525

Passiva

	EUR	EUR	EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		146.995.770,41			152.039
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-,-			-
c) andere Verbindlichkeiten		1.671.643.446,37			1.628.292
<i>darunter:</i>					
täglich fällig	6.932.397,11				(7.005)
				1.818.639.216,78	1.780.331
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.363.416.482,84			1.374.326
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		38.135.977,81			38.136
c) Spareinlagen		5.285.682.926,98			5.260.495
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	4.749.765.774,23				4.564.253
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	535.917.152,75				696.242
d) andere Verbindlichkeiten		13.395.652.835,49			12.659.652
<i>darunter:</i>					
täglich fällig	12.441.100.415,17				(11.646.215)
				20.082.888.223,12	19.332.609
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		1.797.209.397,37			1.841.553
aa) Hypothekenspfandbriefe	1.660.126.386,29				1.715.477
ab) öffentliche Pfandbriefe	10.017.512,33				10.018
ac) sonstige Schuldverschreibungen	127.065.498,75				116.058
				1.797.209.397,37	1.841.553
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				7.911.074,23	11.399
<i>darunter:</i>					
Treuhandkredite	7.911.074,23				(11.399)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				140.794.686,12	187.514
6. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		29.232.976,72			23.656
b) Andere		143.761.174,43			239.669
				172.994.151,15	263.326
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		75.274.051,44			68.944
b) Steuerrückstellungen		44.838.629,17			35.568
c) andere Rückstellungen		264.851.336,91			256.162
				384.964.017,52	360.674
8. (weggefallen)					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				287.493.887,74	347.605
10. Genusssrechtskapital				74.307.500,00	222.808
<i>darunter:</i>					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	74.307.500,00				(202.808)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				167.586.000,00	147.586
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Einlagen stiller Gesellschafter	500.000.000,00				500.000
b) Kapitalrücklage			-,-		-
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	1.083.121.165,02				1.065.416
cb) andere Rücklagen		-,-			-
		1.583.121.165,02			1.565.416
d) Bilanzgewinn		24.179.233,91			17.705
				1.607.300.398,93	1.583.121
Summe der Passiva				26.542.088.552,96	26.078.525
1. Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		436.179.496,75			412.076
				436.179.496,75	412.076
2. Andere Verpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		994.911.645,45			901.680
				994.911.645,45	901.680

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2018 EUR	1.1.- 31.12.2017 TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		718.024.516,53			790.368
<i>darunter:</i>					
abgesetzte negative Zinsen	9.305.300,22				(7.712)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	44.225,98				(94)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		6.512.670,06			10.081
				724.537.186,59	800.448
2. Zinsaufwendungen				370.623.126,84	414.233
<i>darunter:</i>					
abgesetzte negative Zinsen	5.576.615,12				(3.800)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	4.630.959,69				(5.276)
				353.914.059,75	386.215
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			8.005.208,84		14.526
b) Beteiligungen			4.831.793,77		8.607
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-,-		2.104
				12.837.002,61	25.237
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				1.816.928,79	2.077
5. Provisionserträge			186.101.316,09		175.651
6. Provisionsaufwendungen			20.519.361,42		14.947
				165.581.954,67	160.704
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				179.530.881,07	128.451
<i>darunter:</i>					
aus der Fremdwährungsumrechnung	4.885.342,59				(4.986)
9. (weggefallen)					
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		234.165.818,26			226.676
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		72.602.362,53			71.451
<i>darunter:</i>					
für Altersversorgung	27.870.093,38				(26.956)
				306.768.180,79	298.128
b) andere Verwaltungsaufwendungen				163.491.369,66	172.799
				470.259.550,45	470.927
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				9.979.100,42	11.065
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				96.280.563,61	124.774
<i>darunter:</i>					
aus der Fremdwährungsumrechnung			-,-		(511)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			55.140.333,77		36.503
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-		-
				55.140.333,77	36.503
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			69.901,41		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-		590
				69.901,41	590
Übertrag				81.951.377,23	60.006

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2018 EUR	1.1.- 31.12.2017 TEUR
Übertrag				81.951.377,23	60.006
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				541.072,24	64
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus (-) dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				20.000.000,00	15.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				61.410.304,99	44.942
20. Außerordentliche Erträge				-,-	4
21. Außerordentliche Aufwendungen			1.476.686,00		372
<i>darunter:</i>					
Übergangseffekte aufgrund des BilMoG	1.476.686,00				(361)
22. Außerordentliches Ergebnis				-1.476.686,00	-369
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (in 2018 Aufwand im Vorjahr Ertrag)			24.270.307,42		10.822
<i>darunter:</i>					
Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	4.240.000,00				(2.890)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			322.234,65		434
				24.592.542,07	-10.389
25. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne				11.161.843,01	37.257
26. Jahresüberschuss				24.179.233,91	17.705
Bilanzgewinn				24.179.233,91	17.705

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die Sparkasse KölnBonn nach § 264 Absatz 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um einen Eigenkapitalpiegel und eine Kapitalflussrechnung zu erweitern. Von dem Wahlrecht zur Erweiterung des Jahresabschlusses um eine Segmentberichterstattung macht die Sparkasse KölnBonn keinen Gebrauch.

Eigenkapitalpiegel

Die Darstellung des Eigenkapitalpiegels erfolgte in enger Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22, der am 23. Februar 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Der Eigenkapitalpiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der Sparkasse KölnBonn.

TEUR	Einlagen stiller Gesellschafter	Sicherheits- rücklage	Bilanzgewinn	Eigenkapital
Bestand zum 01.01.2017	500.000	1.050.248	15.168	1.565.416
Jahresüberschuss	-	-	17.705	17.705
Einstellung Einlagen stiller Gesellschafter	-	-	-	-
Einstellung in die Sicherheitsrücklage	-	15.168	-15.168	-
Ausschüttungen	-	-	-	-
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-
Bestand zum 31.12.2017	500.000	1.065.416	17.705	1.583.121
Jahresüberschuss ¹⁾	-	-	24.179	24.179
Einstellung Einlagen stiller Gesellschafter	-	-	-	-
Einstellung in die Sicherheitsrücklage	-	17.705	-17.705	-
Ausschüttungen	-	-	-	-
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-
Bestand zum 31.12.2018	500.000	1.083.121	24.179	1.607.300

¹⁾ Ein Teilbetrag unterliegt der Ausschüttungssperre

Kapitalflussrechnung

Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt in enger Anlehnung an die branchenspezifischen Regelungen für die Kapitalflussrechnung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten gemäß DRS 21. Die Kapitalflussrechnung gibt Auskunft über die Entwicklung der Zahlungsmittel der Sparkasse KölnBonn. Die Darstellung erfolgt getrennt für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, den Cashflow aus Investitionstätigkeit und den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die Sparkasse KölnBonn weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

	2018	2017
	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss	24.179	17.705
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	50.633	-15.743
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	13.543	8.961
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	40.465	22.110
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-22.113	-7.717
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-2.770	12.279
Forderungen an Kreditinstitute	-434.267	290.301
Forderungen an Kunden	-362.660	361.961
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-65.702	-231.148
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	32.393	71.671
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61.062	-288.333
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	772.398	-520.538
Verbriefte Verbindlichkeiten	-43.789	-49.911
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-152.242	-164.152
Zinserträge/Zinsaufwendungen	-353.914	-386.215
Erträge/Aufwendungen aus außerordentlichen Posten	1.477	369
Ertragsteueraufwand	24.270	-10.822
Erhaltene Zinsen und Dividenden	768.358	829.167
Gezahlte Zinsen	-413.533	-439.544
Außerordentliche Einzahlungen	-	4
Außerordentliche Auszahlungen	-	-11
Ertragsteuerzahlungen	-19.239	-50.557
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-81.451	-550.163
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	46.505	62.715
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-37.715	-23.574
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	88.986	19.817
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5.799	-4.698
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	-	648
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-561	-499
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	91.416	54.409
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	-
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-	-
Sonstige Auszahlungen	-	-
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-206.497	42.862
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-206.497	42.862

	2018 TEUR	2017 TEUR
Finanzmittelfonds zum 1.1.	698.374	1.151.268
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-81.451	-550.163
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	91.416	54.409
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-206.497	42.862
Effekte aus Wechselkurs- und Bewertungsänderungen	-	-
Finanzmittelfonds zum 31.12.	501.842	698.376

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Finanzmittelfonds der Sparkasse KölnBonn zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- operativen Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit sowie
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Zahlungsmittelfonds in der Berichtsperiode. Der Zahlungsmittelfonds umfasst den Kassenbestand, die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind.

Ausgehend vom Jahresüberschuss werden die Cashflows aus der operativen Geschäftstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit ermittelt.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode bestimmt. Er umfasst dabei die aus dem Jahresüberschuss abgeleiteten zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge sowie die Zahlungsströme, die auf Veränderungen der Bilanzpositionen durch operative Geschäftstätigkeit zurückgehen. Gemäß DRS 21 werden neben zahlungswirksamen Zins-, Dividenden- sowie Steuerzahlungen auch das Zinsergebnis, die außerordentlichen Aufwendungen sowie erfolgswirksam erfasste Steuern im Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit gesondert ausgewiesen.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition beziehungsweise Nutzung begründet ist. Hierunter fallen zum Beispiel Investments in Wertpapiere, die nicht den Handelsaktivitäten zuzuordnen sind, oder Investitionen in Grundstücke und Gebäude. Gemäß DRS 21 werden auch Ein- und Auszahlungen aus Zu- und Abgängen immaterieller Wirtschaftsgüter gesondert ausgewiesen.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden insbesondere Eigenkapitalveränderungen aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten, die aufsichtsrechtlich dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen sind, gezeigt. Daneben sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern sowie aus sonstigem Kapital zu berücksichtigen.

Anhang zum Jahresabschluss

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, haben wir in den folgenden Abschnitten darauf hingewiesen.

Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) sowie Namensschuldverschreibungen wurden zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Erkennbaren Ausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft wurde in Höhe des zu erwartenden Ausfalls durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Für den latent gefährdeten Forderungsbestand hat die Sparkasse bis zum Jahr 2017 Pauschalwertberichtigungen auf Basis der Höhe der Forderungsausfälle der letzten fünf Jahre, vermindert um einen Abschlag von 40 Prozent gebildet. Um nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ein besseres Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, haben wir abweichend zum Vorjahr auf den 40-prozentigen Abschlag verzichtet. Der Aufwand aus der veränderten Berechnung beläuft sich im Geschäftsjahr auf 19,2 Mio. EUR.

Des Weiteren bilanziert die Sparkasse KölnBonn zusätzlich eine pauschale Länderrisikovorsorge für die ausfallgefährdeten, nicht schon einzelwertberichtigten Forderungen gegenüber ausländischen Staaten beziehungsweise Schuldner in ausländischen Staaten. Das Wahlrecht zur Kompensation zwischen Aufwendungen und Erträgen beim Ausweis der Risikovorsorge in der Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Anspruch genommen.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen hat die Sparkasse im Geschäftsjahr wie folgt geändert: Insgesamt wurden Verbriefungstransaktionen (ABS) mit Buchwerten von 61,3 Mio. EUR vom Anlagevermögen in die Liquiditätsreserve umgewidmet, da eine Verkaufsabsicht eingetreten ist. Die Umwidmung wurde auf Basis des Buchkurses aus dem Jahresabschluss 2017 und in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungshinweis RH HFA 1.014 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vorgenommen. Mit Ausnahme von vier Transaktionen mit einem Buchwert von 31,9 Mio. EUR konnten sämtliche Positionen bereits in 2018 veräußert

werden. Zur Bewertung dieser Transaktionen wurden von Marktteilnehmern veröffentlichte indikative Kurse verwendet (vergleiche die folgenden Ausführungen zu aktiven/inaktiven Märkten).

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Bei Wertpapierleihgeschäften gehen wir nicht von einem Abgang der Wertpapiere aus, da die wesentlichen Chancen und Risiken und damit das wirtschaftliche Eigentum weiterhin bei der Sparkasse verbleiben.

Für Wertpapiere des Anlagevermögens wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur dann vorgenommen, wenn dieser voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert beziehungsweise den Anschaffungskosten lag (gemildertes Niederstwertprinzip).

Eine dauernde Wertminderung liegt bei Schuldverschreibungen dann vor, wenn zum Bilanzstichtag davon auszugehen ist, dass vertragsgemäße Leistungen nicht oder nicht in dem zum Erwerbszeitpunkt erwarteten Umfang erbracht werden. Um dies zu bewerten, wurden aktuelle Bonitätsbeurteilungen herangezogen. Unabhängig davon sind Wertminderungen von Schuldverschreibungen bis zum Rückzahlungswert beziehungsweise bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten stets dauerhaft, soweit sie auf die Verkürzung der Restlaufzeiten zurückzuführen sind.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Darüber hinaus wurde Vorsorge für die besonderen Risiken der Kreditinstitute getroffen.

Für alle Wertpapiere wurde untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt bestand oder der Markt als inaktiv anzusehen war. Dabei hat die Sparkasse KölnBonn die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Ein aktiver Markt wurde unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Market Maker oder einer Preisserviceagentur leicht und regelmäßig erhältlich sind. Aktive Märkte wurden im Wesentlichen für börsennotierte Wertpapiere und Staatsanleihen festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen- beziehungsweise der Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-)Wert verwendet. Für als nicht aktiv angesehene Märkte hat die Sparkasse KölnBonn – sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet.

Wertpapiere in Bewertungseinheiten mit derivativen Instrumenten wurden einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Investmentfondsanteile

Für Investmentfondsanteile hat die Sparkasse KölnBonn in der Regel als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis beziehungsweise bei börsengehandelten Anteilen den Börsenkurs angesetzt.

Die Rücknahme von Anteilen eines offenen Immobilienfonds (0,9 Mio. EUR Bilanzwert), der sich im Anlagevermögen befindet, ist von der Kapitalanlagegesellschaft aufgrund außergewöhnlicher Umstände gemäß § 98 Absatz 2 KAGB ausgesetzt. Deshalb wurden Wertminderungen dieser Fondsanteile als dauerhaft behandelt. Sie werden über den Freiverkehr börslich gehandelt und zum Börsenkurs bilanziert.

Die Bewertung der nach dem AIFM-Umsetzungsgesetz umgegliederten Anteile an geschlossenen Investmentvermögen erfolgt weiterhin analog der Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art beziehungsweise der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Gemäß dem Rechnungslegungsstandard (IDW RS HFA 18) des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. werden nicht eingeforderte Einlagen unter den sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nummer 3a HGB angegeben. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen werden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Sparkasse KölnBonn verzichtet seit dem Geschäftsjahr 2016 angesichts vergleichsweise niedriger Volumina auf das Wahlrecht zur Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände gemäß § 248 Abs. 2 HGB.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Für Einbauten in zwei angemieteten Immobilien wurden Sonder-Abschreibungen von insgesamt 2,4 Mio. EUR gebildet, da aufgrund einer geänderten Nutzungsabsicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer von der bisherigen Abschreibungsdauer wesentlich abwich.

Abweichend zum Vorjahr wurden geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 250,00 EUR aus Gründen der Vereinfachung sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 250,00 EUR bis 1.000,00 EUR wurde ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst wird.

Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt. Verbindlichkeiten aus über mehreren Jahrzehnten umsatzlosen Sparkonten werden bilanziell aufgelöst. Die Sparkasse KölnBonn geht davon aus, dass diese mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht erfüllt werden müssen. Zugrundeliegende bestehende Rechtsansprüche der Kunden auf Auszahlung der Guthaben sind hiervon unberührt.

Rückstellungen

Bei der gemäß dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip vorzunehmenden Dotierung der Rückstellungen wurden alle erkennbaren Risiken für ungewisse Verpflichtungen und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in ausreichender Höhe berücksichtigt. Dabei werden die sonstigen Rückstellungen in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit Personalthemen, auf drohende Verluste aus der Währungsumrechnung sowie auf mögliche Verpflichtungen in Zusammenhang mit rechtlichen Risiken. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung hat die Sparkasse KölnBonn Einschätzungen vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Dabei wurde in Einzelfällen auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken hat die Sparkasse KölnBonn die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Gemäß § 253 Absatz 2 HGB wurden alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz abgezinst. Dabei wurde ein von der Heubeck AG auf Basis der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre prognostizierter Marktzinssatz verwendet. Für die Rückstellungen für Sparverträge hat die Sparkasse KölnBonn auch bei voraussichtlichen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird nach der Nettomethode der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst. Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen wurde unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechend wurde für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges beziehungsweise des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen. Bei den Drohverlustrückstellungen aus Mietobjekten wurde die Ermittlung der Zinseffekte unter Berücksichtigung des unterjährigen planmäßigen Verbrauchs auf den verbleibenden Erfüllungsbetrag am Ende des Geschäftsjahres abgestellt.

Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen und Erfolge aus einer geänderten Schätzung der Laufzeit werden in dem Posten, bei dem die Ersterfassung des abgezinsten Erfüllungsbetrages erfolgte, ausgewiesen. Aufzinsungseffekte werden unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen. Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt für die GuV-Posten 1 und 2 in der Gewinn- und Verlustrechnung, für alle übrigen Posten aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang zum Jahresabschluss.

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden erstmals auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2018 G berechnet. Die Berechnung erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit Method ("PUC-Methode"). Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 Prozent und Rentensteigerungen von 2,0 Prozent, beziehungsweise bei beitragsorientierten Leistungszusagen ein Rententrend von 1,0 Prozent unterstellt. Aus der erstmaligen Anwendung der Heubeck-Richttafeln 2018 G ergab sich ein Zuführungsbetrag in Höhe von 661 TEUR. Der Abzinsung der Pensionsrückstellungen wurde ein auf das Jahresende 2018 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 3,21 Prozent zugrunde gelegt. Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen wurden in Anwendung von § 253 Absatz 2 Satz 1 HGB pauschal mit dem prognostizierten Durchschnittszinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Ermittlung dieses durchschnittlichen Zinssatzes basiert auf einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren. Von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge zu Pensionsrückstellungen aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Artikel 67 Absatz 1 EGHGB) hat die Sparkasse KölnBonn Gebrauch gemacht. Im Jahr 2018 wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag von 1,5 Mio. EUR zugeführt, der in dem GuV-Posten 21 "Außerordentliche Aufwendungen" enthalten ist. Damit sind die Zuführungsbeträge aus dem Übergang auf das BilMoG vollständig der Pensionsrückstellung zugeführt. Darüber hinaus existieren ähnliche Verpflichtungen in Form von arbeitnehmerfinanzierten garantierten Pensionszusagen (siehe Anhangangabe Bilanz-Posten Passiva 7).

Altersteilzeitverträge wurden auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und des Tarifvertrags zu flexiblen Arbeitszeitregelungen sowie in Verbindung mit einer Dienstvereinbarung über eine hauseigene Altersteilzeit für ältere Beschäftigte abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden feststehende künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen und eine Dynamik von 2,0 Prozent angenommen. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verträge (im Sinne von mittlerer Fälligkeit der Verpflichtungen) beträgt zwei Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der durchschnittlichen Restlaufzeit der Verträge entsprechenden Zinssatz von 0,87 Prozent.

Darüber hinaus wurden mit dem Personalrat Dienstvereinbarungen über ein Abfindungsprogramm auf beidseitiger freiwilliger Basis, das allen Jahrgängen offensteht, sowie ein weiteres Altersteilzeitangebot für einen bestimmten Personenkreis geschlossen. Bei der Bewertung der Rückstellungen für aufgrund der Wahlrechte der Arbeitnehmer voraussichtlich in Zukunft abzuschließende Vereinbarungen wurde vom Grad der wahrscheinlichen Inanspruchnahmen ausgegangen. Die voraussichtlich zu leistenden Beträge wurden vorsichtig geschätzt. Die Rückstellungen für in diesem Zusammenhang bestehende Abfindungsverpflichtungen wurden zu Lasten des Personalaufwandes gebildet.

Für Finanzinstrumente wurden Rückstellungen über insgesamt 36,2 Mio. EUR gebildet. Darin enthalten sind Rückstellungen in Höhe von 34,8 Mio. EUR für drohende Verluste aus der Währungsumrechnung (siehe Abschnitt "Währungsumrechnung").

Währungsumrechnung

Nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Ausländische gesetzliche Zahlungsmittel wurden am Bilanzstichtag mit dem Sortenankaufskurs in Euro umgerechnet. Für am Abschlussstichtag nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. Der Terminkurs wurde in seine Bestandteile Kassakurs und Swapsatz aufgeteilt, sofern Termingeschäfte zur Sicherung zinstragender Bilanzpositionen dienen. In diesen Fällen ist der Unterschiedsbetrag zwischen Kassa- und Terminkurs bei Abschluss der Termingeschäfte zeitanteilig im Zinsergebnis enthalten.

Fremdwährungsgeschäfte steuert die Sparkasse KölnBonn über eine Gesamtposition je Währung. Die Bilanzierung erfolgt gemäß § 340h HGB (besondere Deckung). Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. In diesem Ausweis werden neben den Bewertungsergebnissen auch die realisierten Gewinne und Verluste ausgewiesen.

Für Bewertungsgewinne aus Fremdwährungsderivaten wurde ein Ausgleichsposten in Höhe von 4,1 Mio. EUR in dem Bilanzposten Aktiva 13 und für drohende Verluste eine Rückstellung in Höhe von 34,8 Mio. EUR gebildet. Unter Berücksichtigung der Umrechnungsergebnisse aus den bilanziellen Fremdwährungsgeschäften sowie der im laufenden Geschäftsjahr realisierten Erfolge werden in Summe 4,9 Mio. EUR in den sonstigen betrieblichen Erträgen (saldiert je Währung) ausgewiesen.

Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) des Bankbuchs (Zinsbuchs) hat die Sparkasse KölnBonn auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ in einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente mit vergleichbarer maximaler Zinsbindungsdauer. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve zum Abschlussstichtag. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse KölnBonn setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) gemäß IDW RS BFA 3 einbezogen.

Darüber hinaus wurden Bewertungseinheiten zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken gemäß § 254 HGB gebildet. Die Angaben nach § 285 Nummer 23 HGB erfolgen im Lagebericht (vgl. Teil D. Chancen- und Risikobericht, Abschnitt "Sicherungsgeschäfte").

Kreditderivate hält die Sparkasse KölnBonn sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch des Sicherungsgebers. Dabei handelt es sich um getrennt bilanzierte Credit Default Swaps (CDS) aus Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen sowie einer synthetischen ABS-Struktur.

Als Sicherungsnehmer hat die Sparkasse die Sicherungswirkung der CDS im Hinblick auf die vertraglichen Vereinbarungen und ihre Halteabsicht bis zur Fälligkeit bei der Bewertung der gesicherten Geschäfte berücksichtigt. In der Position des Sicherungsgebers gehaltene CDS behandelt die Sparkasse aufgrund des vereinbarten Sicherungszwecks (Ausfallrisiko) und der Dauerhalteabsicht als

gestellte Kreditsicherheit. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft geltenden Regeln. Den Nominalbetrag dieser Kreditderivate hat die Sparkasse mit 77,8 Mio. EUR unter der Bilanz als Eventualverbindlichkeit (Passiva Unterstrich 1) angegeben.

Aufgrund der Umwidmung der ABS-Struktur vom Anlagevermögen in die Liquiditätsreserve und der damit entfallenden Dauerhalteabsicht wird der getrennt bilanzierte CDS als schwebendes Geschäft behandelt. Drohverlustrückstellungen für eine zu erwartende Inanspruchnahme wurden in Höhe von 1,4 Mio. EUR gebildet.

Zinsergebnisse aus Derivaten

Die Sparkasse KölnBonn kompensiert die Zinsergebnisse aus Derivaten in der Gewinn- und Verlustrechnung indem die Zinsaufwendungen und -erträge der derivativen Geschäfte zum Jahresende auf Einzelgeschäftsebene netto dargestellt werden. Sofern aufgrund des derzeitigen Zinsumfelds sowohl aus den festen als auch den variablen Zinszahlungen eines Vertrages Zinsaufwendungen oder Zinserträge resultieren, werden die Beträge summiert als Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen. Eine Einbeziehung in die Angabe negativer Zinsen erfolgt nicht, da es sich bei wirtschaftlicher Betrachtung um einen Zahlungsstrom handelt.

Für die internen Derivate wurde neben der Kompensation auf Einzelgeschäftsebene eine weitere Verrechnung über alle Geschäfte vorgenommen.

Das Nettozinsergebnis der Derivate, die Bestandteil von Bewertungseinheiten sind, wurde mit Zinserträgen der Grundgeschäfte (Wertpapiere) verrechnet.

Interne Geschäfte

Unter institutsinternen Geschäften sind zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Transaktionen zwischen rechtlich unselbstständigen Organisationseinheiten der Sparkasse KölnBonn zu verstehen. Diese Geschäfte wurden bis 2010 abgeschlossen und dienten der zentralen Steuerung von Zins-, Währungs- und sonstigen Preisrisiken in Kompetenzcentern des Handels. Zum Bilanzstichtag hatte die Sparkasse ausschließlich zinsbezogene interne Geschäfte im Bestand.

Die Bilanzwerte der internen Geschäfte wurden saldiert und in der Bilanz unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Ausweis in der Bilanz und der GuV sowie im Anhang

Abweichungen in den Summenzeilen oder Unterpositionen der nachfolgenden Tabellen und Texte resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Stille Einlagen

Die Vergütungen für stille Einlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Posten 25 "Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne" ausgewiesen.

Negative Einlagezinsen

Zinsaufwendungen für Guthaben bei der Zentralbank oder bei anderen Kreditinstituten (sogenannte gezahlte Minuszinsen) wurden von der Position Zinserträge (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 1) abgesetzt.

Zinserträge und Verwarentgelte, die die Sparkasse für die Hereinnahme von Geldern anderer Kreditinstitute oder Kunden erhalten hat (sogenannte erhaltene Minuszinsen), wurden von der Position Zinsaufwendungen (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 2) abgesetzt.

Zinsabgrenzungen für Negativzinsen wurden für Geldmarktgeschäfte bei den zugehörigen Bilanzposten ausgewiesen, für die restlichen Geschäftsarten wurden Forderungen oder Verbindlichkeiten gesondert vom Grundgeschäft ausgewiesen.

Anteilige Zinsen

In Ausübung des Wahlrechtes nach § 11 Satz 3 RechKredV enthalten die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge keine anteiligen Zinsen.

Sonstige Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an die eigene Girozentrale	116.537.594,10	63.141.647,13
Der Posten setzt sich für nicht täglich fällige Forderungen nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	1.194.044.270,14	1.151.565.525,94
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.448.771.014,31	1.095.059.297,23
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38.765.536,19	41.264.932,57
mehr als fünf Jahre	10.413.388,01	10.000.000,00

Im Vorjahr wurden die Kommunalkredite in der Bilanz unter dem Posten Aktiva 3c ausgewiesen.

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	52.542.321,29	55.110.435,35
Forderung an verbundene Unternehmen	501.312,50	-,--
Nachrangige Forderungen	-,--	20,65
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	932.167.484,65	1.071.752.668,26
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.226.041.585,53	1.241.547.202,15
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.972.885.674,53	4.008.516.636,48
mehr als fünf Jahre	10.715.925.626,73	10.707.761.424,52
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	1.531.193.142,69	1.021.330.788,69

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2018	31.12.2017
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Beträge, die zum Ende des Abschlussfolgejahres fällig werden		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	352.048.837,17	228.542.457,83
c) eigene Schuldverschreibungen	1.721.418,96	5.838.481,71
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	2.962.467.894,75	2.968.462.316,04
nicht börsennotiert	112.197.573,28	96.972.415,96
In folgenden Unterposten sind nachrangige Schuldverschreibungen enthalten:		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	-,--	6.496.668,95

Die folgende Darstellung dient der Vermittlung zusätzlicher Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes:

Anlagevermögen

Art der Anlage	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Verbriefungstransaktion	77,8			
davon	77,8		Nein	Marktpreis (indikativ)
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	0,0	0,0		
Staatsanleihen Eurozone	49,8			
davon	49,8		Ja	Marktpreis
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	44,8	37,9		
sonstige Staatsanleihen und Anleihen von Finanzinstituten	34,1			
davon	34,1		Ja	Marktpreis
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	9,9	9,8		

In den beizulegenden Zeitwerten sind die Marktwerte der Absicherungsderivate berücksichtigt. Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Sämtliche Papiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen von einer dauernden beziehungsweise nur vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird. Bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips wären zusätzliche Abschreibungen in Höhe von 6,9 Mio. EUR entstanden. Bei den Wertpapieren, die nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, ist nach derzeitiger Erkenntnis damit zu rechnen, dass die vertragsgemäßen Leistungen in vollem Umfang erbracht werden.

Zum Abschlussstichtag waren unter diesem Posten ausgewiesene Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von insgesamt 30,7 Mio. EUR in Pension gegeben.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2018	31.12.2017
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	EUR	EUR
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	-,--	-,--
nicht börsennotiert	928.601,34	1.193.395,27

Die Sparkasse KölnBonn hält mehr als 10 Prozent der Anteile an Sondervermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB):

	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert Marktwert	Ausschüttung	Tägl. Rückgabe möglich
	Mio. EUR	Mio. EUR		Mio. EUR	
Spezialfonds					
HI-SKB-Konzept-Fonds	478,2	493,2	15,0	7,2	nein

Der Spezialfonds HI-SKB-Konzept ist international ausgerichtet und investiert breit diversifiziert in Euro- und Dollar-Unternehmensanleihen-ETFs, Aktien-ETFs sowie USD High-Yield Anleihen. Daneben befinden sich Derivate in dem Fonds.

Anlagevermögen

Art der Anlage	Buchwerte	Beizulegende Zeitwerte	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Investmentfondsanteile	0,9			
davon	0,9		Ja	Marktpreis
davon	0,0		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	0,0	0,0		
Geschlossene Immobilienfonds und sonstige von institutionellen Investoren gehaltene Investmentfondsanteile	6,7			
davon	0,0		Ja	Marktpreis
davon	6,7		Nein	Bewertungsmodell
Buchwerte > Zeitwerte	0,0	0,0		

Von den Beträgen entfallen 0,9 Mio. EUR auf börsenfähige Wertpapiere. Sämtliche Fondsanteile des Anlagevermögens werden mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Aktiva 7 / 8 – Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Absatz 1 HGB soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung nach § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB sind:

Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen

Anteilsbesitzliste der Sparkasse KölnBonn gemäß § 285 Nummer 11 HGB

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ¹⁾	Neuhardenberg	3,16	3.380.357,87	211.872,30
ProBonnum GmbH ²⁾	Bonn	100,00	3.000,00	-541,07
Regionalis Bonn GmbH ³⁾	Bonn	49,90	49,80	687,38
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband ⁴⁾	Düsseldorf	17,92	1.033.591,95	k.A.
S Mittelstandskapital KölnBonn GmbH ²⁾	Köln	100,00	71.500,00	1.606,30
S-Corpus Immobilienmakler GmbH	Köln	100,00	1.514,03	461,68

¹⁾ Unterbeteiligung

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag

³⁾ mittelbar gehalten

⁴⁾ Das Unternehmen hat seinen Jahresabschluss nicht offenzulegen und die Sparkasse KölnBonn kann keinen beherrschenden Einfluss ausüben

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse KölnBonn wurde gemäß § 290 Absatz 5 HGB i.V.m. § 296 Absatz 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

	31.12.2018	31.12.2017
Treuhandvermögen	EUR	EUR
Bei den Treuhandforderungen handelt es sich um Forderungen gegenüber:		
Kreditinstituten	-,--	-,--
Kunden	7.911.074,23	11.399.371,98

Aktiva 12 - Sachanlagen

	31.12.2018	31.12.2017
Sachanlagen	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	20.354.005,45	42.721.456,47

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2018	31.12.2017
Sonstige Vermögensgegenstände	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Gewinnanteilscheine sowie Einzugspapiere	-,--	36.186,05
Steuererstattungsansprüche	41.521.280,46	58.708.330,87
Gezahlte Optionsprämien	34.265.470,21	31.285.592,60

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2018	31.12.2017
Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	3.873.951,88	5.015.378,49

Aktiva 15 – Latente Steuern

Latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Die Sparkasse hat diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 Prozent und eines Gewerbesteuersatzes von 16,78 Prozent unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) Nummer 18 ermittelt.

Bestehende passive latente Steuern wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse KölnBonn unter Berücksichtigung der steuerlichen Planungsergebnisse der zukünftigen Wirtschaftsjahre angesetzt.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden:

- Rückstellungen
- Grundstücken bzw. Gebäuden
- Forderungen an Kunden
- Wertpapiere und Fondsanteile
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen:

- Aktive Rechnungsabgrenzung
- Anteile an geschlossenen Fonds

Die Sparkasse KölnBonn hat von der Möglichkeit gemäß DRS 18.21, steuerliche Verlustvorträge mit zu versteuernden temporären Differenzen unabhängig vom Realisationszeitpunkt zu verrechnen, keinen Gebrauch gemacht.

Entwicklung des Anlagevermögens

Finanzanlagevermögen EUR	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Anteile an verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Bilanzwert 01.01.2018	254.274.382,77	30.911.302,00	378.382.511,49	223.110,22
Veränderungen im Geschäftsjahr	-85.027.395,85	15.671.864,67	-781.036,82	-,--
Bilanzwert¹⁾ 31.12.2018	169.246.986,92	46.583.166,67	377.601.474,67	223.110,22

1) ohne Zinsabgrenzung

Sonstiges Anlagevermögen EUR Entwicklung der Anschaffungs- /Herstellungskosten	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten am 01.01.2018	22.212.157,36	112.379.008,30	134.295.966,76	215.695,00
Zugänge	560.985,87	93.060,63	5.705.766,04	-,--
Abgänge	203.320,12	73.706.633,47	13.212.510,59	-,--
Umbuchungen	-,--	-640.530,34	640.530,34	-,--
Stand am 31.12.2018	22.569.823,11	38.124.905,12	127.429.752,55	215.695,00

Entwicklung der kumulierten Abschreibung

Stand am 01.01.2018	19.948.783,86	14.150.933,61	108.057.763,63	3,58
Abschreibungen im Geschäftsjahr	1.035.609,87	1.150.252,94	7.793.237,61	-,--
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	-,--	56.000,00	-,--	-,--
Änderung der gesamten Abschreibungen in Zusammenhang mit Zugängen	-,--	-,--	-,--	-,--
Änderung der gesamten Abschreibungen in Zusammenhang mit Abgängen	203.320,12	7.247.883,31	12.655.278,03	-,--
Änderung der gesamten Abschreibungen in Zusammenhang mit Umbuchungen	-,--	65.159,52	-65.159,52	-,--
Stand am 31.12.2018	20.781.073,61	7.932.143,72	103.260.882,73	3,58
Bilanzwert 31.12.2018	1.788.749,50	30.192.761,40	24.168.869,82	215.691,42
<i>Vorjahr</i>	<i>2.263.373,50</i>	<i>98.228.074,69</i>	<i>26.238.203,13</i>	<i>215.691,42</i>

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	6.244.612,03	99.970,70
Die Unterposten a)-c) setzen sich für nicht täglich fällige Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	159.631.051,90	149.399.024,46
mehr als drei Monate bis ein Jahr	111.562.460,04	111.327.244,20
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	510.508.841,77	484.959.246,41
mehr als fünf Jahre	884.230.179,12	859.172.658,63
Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheiten übertragen sind		
Für die folgenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:		
NRW.Bank Refinanzierungen	1.300.368.797,62	1.230.051.359,03

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2018	31.12.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.085.303,70	12.493.479,32
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.386.031,23	11.900.611,34
Der Unterposten c)cb) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	34.945.409,67	51.405.720,97
mehr als drei Monate bis ein Jahr	483.795.774,43	626.617.912,06
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.738.582,15	16.460.240,32
mehr als fünf Jahre	1.437.386,50	1.758.533,82
Der Unterposten d) - andere Verbindlichkeiten - setzt sich für nicht täglich fällige Verbindlichkeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	223.712.542,29	229.372.896,09
mehr als drei Monate bis ein Jahr	81.643.308,71	94.824.923,05
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	253.943.442,52	234.780.544,48
mehr als fünf Jahre	345.696.257,18	384.013.801,15

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2018	31.12.2017
Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR	EUR
Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen - sind vor dem 31.12.2019 fällige Beträge enthalten	84.569.000,00	48.857.500,00

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

	31.12.2018	31.12.2017
Treuhandverbindlichkeiten	EUR	EUR
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber:		
Kreditinstituten	7.767.628,84	11.190.394,46
Kunden	143.445,39	208.977,52

Passiva 5 – Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2018	31.12.2017
Sonstige Verbindlichkeiten	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Erhaltene Optionsprämien und sonstige Verbindlichkeiten aus derivativen Geschäften	42.100.459,74	38.814.283,47
Ausgleichsposten für die Verrechnung interner Geschäfte aus Derivaten	59.573.849,08	62.442.165,08

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2018	31.12.2017
Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	EUR
In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen enthalten	2.429.379,90	2.808.817,42

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31. Dezember 2018 9.233.920,98 EUR.

Dem Posten "Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen" liegen unter anderem arbeitnehmerfinanzierte garantierte Pensionszusagen der Sparkasse KölnBonn zugrunde. Zur Finanzierung dieser Zusagen wurden Investmentfondsanteile erworben.

Die Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen aus Pensionsrückstellungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden im Geschäftsjahr gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen wie folgt verrechnet:

	31.12.2018	31.12.2017
Rückstellungen	EUR	EUR
Erfüllungsbetrag aus der Verpflichtung wegen des fondsbasierten Versorgungswerkes S-Bonusvorsorge	6.027.983,53	6.641.360,68
Abzüglich des beizulegenden Zeitwertes der Investmentfondsanteile (Deckungsvermögen)	5.885.507,09	6.637.865,05
Nettopensionsrückstellung:	142.476,44	3.495,63

Der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag im Sinne des § 253 Absatz 1 HGB wird als Anwartschaftsbarwert der am Bilanzstichtag erworbenen Anwartschaften ermittelt. Dabei werden unter Anwendung der sogenannten Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) Dynamiken berücksichtigt, die fest zugesagt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gewährleisten sind. Dementsprechend enthält der versicherungsmathematische Barwert alle bis zum Bilanzstichtag erfolgten Entgeltumwandlungen der Arbeitnehmer als Mindestleistung.

Gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB besteht für Aufwendungen und Erträge aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen eine Verrechnungspflicht. Dabei wurden Abschreibungen auf die Investmentfondsanteile in Höhe von 456.303,59 EUR (Vorjahr Zuschreibung: 464.530,75 EUR) vorgenommen, die mit Erträgen aus der Aufzinsung der Rückstellung in Höhe von 271.697,45 EUR (Vorjahr Aufwand: 399.202,07 EUR), dem Ertrag aus der Differenz der Zinssatzänderung in Höhe von 5.568,19 EUR (Vorjahr Aufwand: 1.192,06 EUR) sowie mit Personalaufwendungen verrechnet wurden.

Passiva 9 – Nachrangige Verbindlichkeiten

	31.12.2018	31.12.2017
Nachrangige Verbindlichkeiten	EUR	EUR
Summe der Nachrangigen Verbindlichkeiten	287.493.887,74	347.605.153,28

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse KölnBonn eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie sind im Rahmen der Übergangsbestimmungen der EU-Verordnung Nr. 575/2013 als Ergänzungskapital anrechenbar. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Vereinbart wurden Ursprungslaufzeiten von 7 bis 35 Jahren. Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 9,2 Mio. EUR (Vorjahr: 11,0 Mio. EUR) angefallen. Die Durchschnittsverzinsung der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 2,94 Prozent. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden keine Beträge (Vorjahr: 60,4 Mio. EUR) zur Rückzahlung fällig.

Passiva 10 – Genusssrechtskapital

	31.12.2018	31.12.2017
Genusssrechtskapital	EUR	EUR
Summe des Genusssrechtskapitals	74.307.500,00	222.807.500,00

Der Rückgang resultiert aus Fälligkeiten im Geschäftsjahr 2018.

In diesem Posten sind 30 Genussrechte mit einem Nominalvolumen von 74,3 Mio. EUR enthalten. Die Genussrechte verbriefen das Recht auf eine jährliche Zinszahlung von durchschnittlich 6,85 Prozent.

Passiva 11 – Fonds für allgemeine Bankrisiken

	31.12.2018	31.12.2017
Fonds für allgemeine Bankrisiken	EUR	EUR
Fonds für allgemeine Bankrisiken - Ansparrücklage EAA	89.586.000,00	89.586.000,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken - Allgemeine Risiken der Kreditwirtschaft	78.000.000,00	58.000.000,00
Summe Fonds für allgemeine Bankrisiken	167.586.000,00	147.586.000,00

Für das Geschäftsjahr 2018 wurde eine Vorsorge durch Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 20,0 Mio. EUR (Vorjahr: 15,0 Mio. EUR) vorgenommen.

Eventualverbindlichkeiten

Bei den Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse sowie individueller Beurteilungen geht die Sparkasse KölnBonn für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung führen werden. Sofern dies nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit

ausgeschlossen werden kann, hat die Sparkasse KölnBonn ausreichende Rückstellungen gebildet. Gebildete Rückstellungen sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen der Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage ist die Sparkasse KölnBonn der Auffassung, dass die Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

GuV-Posten 8 – Sonstige betriebliche Erträge

	31.12.2018	31.12.2017
Sonstige betriebliche Erträge	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	51.103.990,73	34.902.980,85
Erträge aus der Vermietung von Immobilien	45.464.982,46	50.365.387,02

Neben den aufgeführten Beträgen sind aus einem im Wesentlichen einmaligen Effekt Erträge aus einer erfolgswirksamen Vereinnahmung von über mehrere Jahrzehnte umsatzlosen Sparkonten in Höhe von 17,5 Mio. EUR enthalten. Der zugrundeliegende bestehende Rechtsanspruch der Kunden auf Auszahlung der Guthaben ist hiervon unberührt.

GuV-Posten 10 – Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	31.12.2018	31.12.2017
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Aufwendungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen	5.701.904,57	3.533.151,43

GuV-Posten 12 – Sonstige betriebliche Aufwendungen

	31.12.2018	31.12.2017
Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Aufwendungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen	617.643,14	1.244.602,61
Aufwendungen aus der Anmietung von nicht sparkassenbetriebl. genutzten Immobilien	45.939.577,35	47.268.198,85
Vorfälligkeitsentgelt im Zusammenhang mit der Vertragsaufhebung alte stille Einlage	-,--	28.200.000,00

GuV-Posten 23 – Steuern vom Einkommen und Ertrag

	31.12.2018	31.12.2017
Steuern vom Einkommen und Ertrag	EUR	EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Periodischer Ertragsteueraufwand	37.359.460,75	9.528.147,08
Latenter Steuerertrag	4.240.000,00	2.890.000,00

Neben dem periodischen Steueraufwand sind aperiodische Steueraufwände in Höhe von 13,4 Mio. EUR (Vorjahr: 19,1 Mio. EUR) sowie aperiodische Steuererträge in Höhe von 22,2 Mio. EUR (Vorjahr: 36,5 Mio. EUR) enthalten.

Ausschüttungssperre

Zum 31.12.2018 besteht eine Ausschüttungssperre im Sinne der §§ 253 Absatz 6 Satz 2 HGB und 268 Absatz 8 HGB, hier dargestellt als Veränderung der relevanten Bilanzwerte im Vergleich zum 31.12.2017:

Ausschüttungssperre	EUR
aus Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte vor passiven Latenzen	-319.275,00
aus Aktivierung latenter Steuern	4.240.000,00
aus Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert	-463.893,73
aus Unterschiedsbetrag betreffend Altersvorsorgevermögen	868.906,93
Gesamt	4.325.738,20

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Die nachstehenden Übersichten zeigen die noch nicht abgewickelten extern kontrahierten Termingeschäfte der Sparkasse KölnBonn zum 31. Dezember 2018.

Derivative Finanzinstrumente (Teil 1) Angaben in Mio. EUR	Nominalvolumen nach Restlaufzeiten ¹⁾			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	ab 5 Jahre	Insgesamt
Zinsbezogene Produkte				
OTC Produkte				
Zinsswaps	10.796,0	11.976,5	10.959,2	33.731,6
Zinsoptionen				
long	54,4	613,2	500,9	1.168,5
short	111,6	688,2	378,7	1.178,4
WP-Termingeschäfte	5,5	-	-	5,5
Börsengehandelte Produkte				
Zinsfutures	-	-	-	-
Währungsbezogene Produkte				
OTC Produkte				
Devisentermingeschäfte	907,1	19,6	-	926,6
Zinswährungsswaps	14,7	9,8	3,6	28,1
Währungsswaps	48,9	92,8	2,2	143,9
Devisenoptionen				
long	22,5	3,7	-	26,2
short	22,5	3,7	-	26,2
Gesamt	11.983,1	13.407,5	11.844,6	37.235,2

¹⁾Technisch bedingte Rundungsdifferenzen möglich

Derivative Finanzinstrumente (Teil 2) Angaben in Mio. EUR	Zeitwert ¹⁾²⁾		Buchwert ¹⁾			
	positiv	negativ	(Optionsprämien, Upfronts, Variation Margins)			Rückstel- lungen Bilanz- posten P7
			Aktiv	Passiv	Bilanzposten	
Zinsbezogene Produkte						
OTC Produkte						
Zinsswaps	844,0	-800,7	-200,4	131,5	A14/P6	-
Zinsoptionen						
long	27,7	-	-33,3	-	A13	-
short	-	-23,9	-	41,1	P5	-
WP-Termingeschäfte	-	-1,0	-	-		-
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	-	-	-	-		-
Währungsbezogene Produkte						
OTC Produkte						
Devisentermingeschäfte	8,4	-11,7	-	-		-
Zinswährungsswaps	8,1	-	-0,9	-	A13/A14	-
Währungsswaps	4,0	-35,5	-2,2	0,3	A13/A14/P6	-
Devisenoptionen						
long	0,5	-	-0,9	-	A13	-
short	-	-0,5	-	1,0	P5	-
Gesamt	892,7	-873,3	-237,7	173,9		-

¹⁾Technisch bedingte Rundungsdifferenzen möglich

²⁾Dirty Fair Value

Rückstellungen in Höhe von 1,4 Mio. EUR für in dieser Tabelle nicht erfasste trennungspflichtige CDS aus synthetischen ABS sowie Rückstellungen über 34,8 Mio. EUR für Fremdwährungsderivate (besondere Deckung) und 2,5 TEUR für Bewertungseinheiten sind in der Tabelle nicht enthalten.

Die oben aufgeführten Derivate stellen im Wesentlichen Deckungsgeschäfte dar. Hierbei handelt es sich um in Bewertungseinheiten einbezogene schwebende Geschäfte zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken sowie um Derivate zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos (verlustfreie Bewertung des Bankbuchs).

Für OTC-Produkte, wie zum Beispiel Zinsswaps, wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Marktzinsen basierend ermittelt. Dabei wurden die Swap- sowie OIS-Zinskurven (Mehrkurvenansatz) der jeweiligen Währungen per 28. Dezember 2018 verwendet. Die Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für europäische Zinsoptionen wurde die Black-Scholes-Formel entsprechend modifiziert. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente der Sparkasse KölnBonn handelt es sich im Wesentlichen um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Derivate mit Kunden abgeschlossen. Für die darüber hinaus bestehenden trennungspflichtigen Credit Default Swaps aus den Sparkassen-Kreditbaskets, bei denen die Sparkasse KölnBonn Sicherungsgeber ist, wurden Eventualverbindlichkeiten von 77,8 Mio. EUR unter dem Bilanzstrich vermerkt.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (in der Regel Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate hat die Sparkasse KölnBonn grundsätzlich zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand beziehungsweise als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Sofern die strukturierten Produkte durch das eingebettete Derivat im Verhältnis zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken beziehungsweise Chancen aufwiesen, wurde eine getrennte Bilanzierung der Bestandteile vorgenommen.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des IDW RS HFA 22 "Zur einheitlichen oder getrennten handelsrechtlichen Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente".

Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Sparkasse KölnBonn ist als Pfandbriefemittentin verpflichtet, die Transparenzvorschriften des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) zu beachten. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet (www.sparkasse-koelnbonn.de) erfüllt. Die nachfolgenden Angaben gemäß PfandBG per 31.12.2018 werden getrennt nach Hypothekendarlehen und öffentlichen Pfandbriefen dargestellt.

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 5.098,2 Mio. EUR (Vorjahr: 4.554,7 Mio. EUR) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden in Höhe von 322,0 Mio. EUR (Vorjahr: 341,8 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 97,5 Mio. EUR (Vorjahr: 97,5 Mio. EUR) und die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere mit einem Betrag von 5,0 Mio. EUR (Vorjahr: 5,0 Mio. EUR) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

a) Hypothekendarlehen

Im Geschäftsjahr 2018 platzierte die Sparkasse KölnBonn Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert in Höhe von 50,5 Mio. EUR (Vorjahr: 22,0 Mio. EUR).

Angaben zum Gesamtbetrag (Angaben Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach oben)		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach unten)	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.137,50	3.207,96	3.476,78	3.552,35	3.017,51	3.037,33	4.071,82	3.751,95
Gesamtbetrag der Deckungsmasse ¹⁾	5.195,66	4.652,23	5.674,45	5.092,89	5.038,08	4.524,31	6.477,23	5.252,42
Überdeckung in Prozent	65,60	45,02	63,21	43,37	66,96	48,96	59,07	39,99
Sichernde Überdeckung gemäß §4 PfandBG in Prozent			2,92	2,94				

1) in der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate

2) Statistisches Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

Angaben zur Laufzeitstruktur	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
≤ sechs Monate	241,60	75,00	396,87	579,01
> sechs Monate bis zwölf Monate	25,70	-,-	243,85	181,56
> zwölf Monate bis 18 Monate	539,00	241,60	247,85	201,79
> 18 Monate bis 2 Jahre	10,00	25,70	253,60	194,55
> 2 Jahre bis 3 Jahre	50,50	550,55	503,14	440,16
> 3 Jahre bis 4 Jahre	540,00	50,50	471,84	450,42
> 4 Jahre bis 5 Jahre	122,50	540,00	477,35	419,60
> 5 Jahre bis 10 Jahre	842,75	925,25	1.878,20	1.655,83
> 10 Jahre	765,45	799,36	722,97	529,30

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (Angaben in Mio. EUR)	Gesamtbetrag		Anteil in Prozent am Gesamt- betrag der Deckungsmasse	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
nach Größenklassen				
x ≤ 300 TEUR	2.739,26	2.479,51	52,72	53,30
300 TEUR < x ≤ 1 Mio. EUR	1.176,45	1.032,31	22,64	22,19
1 Mio. EUR < x ≤ 10 Mio. EUR	1.049,87	940,37	20,21	20,21
x > 10 Mio. EUR	132,57	102,54	2,55	2,20
nach Nutzungsart (I) in Deutschland¹⁾				
wohnwirtschaftlich	3.969,44	3.535,91	76,40	76,00
gewerblich	1.128,72	1.018,82	21,72	21,90
nach Nutzungsart (II) in Deutschland¹⁾				
Wohnungen	903,03	770,01	17,38	16,55
Ein- und Zweifamilienhäuser	1.442,85	1.307,10	27,77	28,10
Mehrfamilienhäuser	1.623,56	1.443,42	31,25	31,03
Bürogebäude	390,79	307,36	7,52	6,61
Handelsgebäude	352,94	213,06	6,79	4,58
Industriegebäude	368,22	456,03	7,09	9,80
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	16,12	42,37	0,31	0,91
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,65	0,62	0,01	0,01
Bauplätze	-,-	14,76	-,-	0,32

1) Außerhalb Deutschlands befanden sich keine Grundstückssicherheiten.

Sonstige Deckung (Angaben in Mio. EUR)	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
weitere Deckung gem. § 19 I Nr. 2-3 PfandBG brutto	-,-	-,-	-,-	-,-
davon nach § 19 I Nr.2 PfandBG	-,-	-,-	-,-	-,-
davon höchste Geldforderung geg. KI	-,-	-,-	-,-	-,-
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	97,50	97,50	1,88	2,10
Deckung ausschließlich für Liquiditäts- sicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	-,-	-,-	-,-	-,-

Weitere Deckung	Anteil in Prozent am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	
	31.12.2018	31.12.2017
nach § 19 PfandBG		
davon in Deckungswerten nach Absatz 1 Nr. 1 PfandBG	-,-	-,-
davon in Deckungswerten nach Absatz 1 Nr. 2 PfandBG	-,-	-,-
davon in Deckungswerten nach Absatz 1 Nr. 3 PfandBG	-,-	-,-
Weitere Deckung (Angaben in Mio. EUR)		
nach Art der gesetzlichen Begrenzung		
Bundesrepublik Deutschland	87,50	87,50
Polen	10,00	10,00

Die Sparkasse KölnBonn verfügt über keine auf Fremdwährung lautenden Deckungswerte.

Weitere Angaben	31.12.2018	31.12.2017
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	91,02	91,57
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	99,52	99,53
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	52,49	52,30
Überschreitungsbeitrag hypothekarischer Deckung in Staaten bei denen Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§13 Abs. 1 PfandBG)	-,-	-,-
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit	5,42	5,80

Rückständige Forderungen (Angaben in Mio. EUR)		
Gesamtbetrag der mehr als 90 Tage rückständigen Forderungen	-,-	-,-

Sonstige Angaben (Angaben in EUR)	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Anzahl der am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	-,-	-,-	-,-	-,-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-,-	-,-	-,-	-,-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-,-	-,-	-,-	-,-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-,-	-,-	-,-	-,-

b) Öffentliche Pfandbriefe

Im Geschäftsjahr 2018 wie auch im Vorjahr platzierte die Sparkasse KölnBonn keine öffentlichen Pfandbriefe.

Angaben zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach oben)		Risikobarwert ²⁾ (Zinsverschiebung nach unten)	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	47,20	47,20	54,18	55,68	50,23	50,53	58,56	56,30
Gesamtbetrag der Deckungsmasse ¹⁾	327,04	346,79	352,20	374,02	317,84	333,94	399,12	385,92
Überdeckung in Prozent	592,87	634,72	550,04	571,72	532,82	560,83	581,53	585,43
Sichernde Überdeckung gemäß §4 PfandBG in Prozent			10,01	9,77				

1) in der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate

2) Statistisches Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

Angaben zur Laufzeitstruktur	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
≤ sechs Monate	11,00	-,-	10,23	73,74
> sechs Monate bis zwölf Monate	-,-	-,-	10,79	7,78
> zwölf Monate bis 18 Monate	-,-	11,00	8,57	10,20
> 18 Monate bis 2 Jahre	-,-	-,-	18,25	10,31
> 2 Jahre bis 3 Jahre	-,-	-,-	64,54	25,87
> 3 Jahre bis 4 Jahre	31,20	-,-	23,67	23,58
> 4 Jahre bis 5 Jahre	-,-	31,20	30,38	22,55
> 5 Jahre bis 10 Jahre	5,00	5,00	143,20	144,33
> 10 Jahre	-,-	-,-	17,41	28,43

	31.12.2018	31.12.2017
Deckungsmasse (Angaben in Mio. EUR)		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	327,04	346,79
nach Größenklassen		
x ≤ 10 Mio. EUR	45,10	53,85
10 Mio. EUR < x ≤ 100 Mio. EUR	178,03	181,03
x > 100 Mio. EUR	103,91	111,91

Zur Deckung verwendete Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen (Angaben in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebiets- körperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige Schuldner	
	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017
Deutschland	-,-	-,-	5,00	5,00	250,82	266,26	71,22	75,53

Die Sparkasse KölnBonn verfügt über keine auf Fremdwährung lautenden Deckungswerte.

Ersatzdeckung	Anteil in Prozent am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	
	31.12.2018	31.12.2017
nach § 20 Absatz 2 PfandBG	-,-	-,-
davon höchste Forderung	-,-	-,-
Rückständige Forderungen (Angaben in Mio. EUR)		
Gesamtbetrag der mehr als 90 Tage rückständigen Forderungen	-,-	-,-
Weitere Angaben		
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	81,49	81,23
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00	100,00

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen die im Folgenden nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte im Sinne des § 285 Nummer 3 HGB:

Mietverpflichtungen

Die Sparkasse KölnBonn hält geschäftlich eigen- wie fremdgenutzte Objekte. Die künftigen Mietverpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 591,1 Mio. EUR über einen Zeitraum von bis zu 24 Jahren. Dabei entfallen Mietverpflichtungen in Höhe von 57,6 Mio. EUR auf einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, in Höhe von 209,7 Mio. EUR auf mehr als ein Jahr bis fünf Jahre und in Höhe von 323,8 Mio. EUR auf mehr als fünf Jahre. Außerdem besteht eine Verpflichtung von 7,3 Mio. EUR aus einem Erbbaurecht mit einer Restlaufzeit von 53 Jahren.

Weiterhin bestehen mehrjährige Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen für Mobilien in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen die im Folgenden genannten sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nummer 3a HGB:

Noch nicht eingeforderte Einlagen

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht eingeforderte bedingte Einlagen bei Beteiligungen von 0,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1,1 Mio. EUR) und bei verbundenen Unternehmen von 42,5 Mio. EUR (Vorjahr: 45,0 Mio. EUR). Zudem bestehen Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht eingeforderte Kommanditeinlagen sonstiger Unternehmen in Höhe von 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 1,2 Mio. EUR).

Festpreisvergütungen

Zum Bilanzstichtag bestehen in Zusammenhang mit der Auslagerung der Abwicklung des immobilienbesicherten Forderungsinkassos Festpreisvergütungsverpflichtungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR (Vorjahr: 0,8 Mio. EUR).

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Als ehemaliger Aktionär der WestLB AG ist der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) mit rund 25,03 Prozent an der „Erste Abwicklungsanstalt“ beteiligt. Auf diese Abwicklungsanstalt gemäß

§ 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) wurden in den Jahren 2009 und 2012 Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der ehemaligen WestLB AG zum Zwecke der Abwicklung übertragen.

Der RSGV ist entsprechend seinem Anteil verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Bis zu einer auf den Höchstbetrag anzurechnenden Höhe von 37,5 Mio. EUR besteht die Verpflichtung, bei Bedarf Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2018 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht jedoch das Risiko, dass die Sparkasse während der Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Die Sparkasse ist verpflichtet, über einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres jährlich eine bilanzielle Vorsorge zu treffen. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an der Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (19,94 Prozent). Zum 31.12.2018 beträgt der Anteil 17,92 Prozent. Die Notwendigkeit einer weiteren bilanziellen Vorsorge wird vertragsgemäß von allen Beteiligten regelmäßig überprüft. Neben dem Erreichen eines Mindestvorsorgevolumens muss auf Basis des Abwicklungsplans der Erste Abwicklungsanstalt erwartet werden, dass während der gesamten Abwicklungsdauer kein Verlustausgleich zu leisten ist.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Überprüfung im Jahr 2016 wurde die Dotierung der bilanziellen Vorsorge zum 31.12.2015 bis auf weiteres ausgesetzt. Die Voraussetzungen für die Aussetzung sind auch zum 31.12.2018 erfüllt.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 89,6 Mio. EUR durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt.

Zusatzversorgung

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Sparkasse KölnBonn hat ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe des „Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K)“ zugesagt. Für die Durchführung der Zusage bedient sich die Sparkasse der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (im Folgenden: RZVK) sowie der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (im Folgenden: ZVK Köln) und somit zweier externer Versorgungsträger. Der Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Erfüllung des Leistungsanspruchs gemäß ATV-K richtet sich gegen die RZVK bzw. ZVK Köln, während die Verpflichtung der Sparkasse ausschließlich darin besteht, den beiden Zusatzversorgungskassen im Rahmen des mit ihnen begründeten Mitgliedschaftsverhältnisses die erforderlichen, satzungsmäßig geforderten Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Maßgeblich für die Höhe der Rentenleistung ist die Summe der vom Arbeitnehmer bis zum Rentenbeginn erworbenen Versorgungspunkte, die auf Basis des jeweiligen versorgungspflichtigen Entgelts ermittelt werden.

Die RZVK und die ZVK Köln finanzieren die Versorgungsverpflichtungen im Abrechnungsverband I der Pflichtversicherung im Umlageverfahren. Hierbei wird im Rahmen eines langfristigen, gleitenden Deckungsabschnittsverfahrens ein Gesamtfinanzierungssatz bezogen auf die versorgungspflichtigen Entgelte der versicherten Beschäftigten ermittelt. Die RZVK erhebt zur Deckung der im ehemaligen Gesamtversorgungssystem vor dem 01.01.2002 erworbenen Versorgungsansprüche ein Sanierungsgeld, die ZVK Köln zum Aufbau einer Kapitaldeckung einen Zusatzbeitrag, die jeweils Teil des Gesamtfinanzierungssatzes sind. Bei der RZVK beträgt der Gesamtfinanzierungssatz (einschl. Sanierungsgeld) derzeit 7,75 Prozent des versorgungspflichtigen Entgelts; davon entfallen 4,25 Prozent auf die Umlage. Bei der ZVK Köln beträgt der Gesamtfinanzierungssatz (einschl. Zusatzbeitrag) derzeit 9 Prozent des versorgungspflichtigen Entgelts, davon entfallen 5,8 Prozent auf die

Umlage (5,5 Prozent Arbeitgeberanteil, 0,3 Prozent Arbeitnehmeranteil). Die Finanzierungssätze bleiben im Jahr 2019 unverändert.

Die Gesamtaufwendungen der Sparkasse für die Zusatzversorgung betragen bei versorgungspflichtigen Entgelten von 194,1 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2018 16,9 Mio. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard IDW RS HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung bei externen Versorgungsträgern wie der RZVK und der ZVK Köln handelsrechtlich eine mittelbare Altersversorgungsverpflichtung. Beide Versorgungskassen haben im Auftrag der Sparkasse den nach Rechtsauffassung des IDW zu ermittelnden Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2018 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich beim Vermögen der RZVK sowie der ZVK Köln im Abrechnungsverband I um Kollektivvermögen aller Mitglieder handelt, wird gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB für die Sparkasse anteiliges Vermögen in Abzug gebracht. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag für die Sparkasse auf 312,0 Mio. EUR.

Die Bewertung der Verpflichtungen erfolgte durch die verantwortlichen Aktuare der RZVK und ZVK Köln auf der Grundlage des Anwartschaftsbarwertverfahrens, wobei bei der RZVK die Heubeck-Richttafeln 2005 G (modifiziert im Hinblick auf die Besonderheiten des Versichertenbestandes) und bei der ZVK Köln die Richttafeln RTZV-P, ein Zinssatz von 3,21 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre) bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 HGB) sowie eine Rentendynamik entsprechend der Satzung der RZVK von 1 Prozent zugrunde gelegt wurden. Da es sich nicht um ein endgehaltsbezogenes Versorgungssystem handelt, ist ein Gehaltstrend nicht zu berücksichtigen. Die Daten des Versichertenbestands zum 31.12.2018 liegen derzeit noch nicht vor, sodass auf den Versichertenbestand zum 31.12.2017 abgestellt wurde. Anwartschaftszuwächse wurden auf der Grundlage der versorgungspflichtigen Entgelte auf den 31.12.2018 hochgerechnet.

Der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag bezieht sich auf die Einstandspflicht der Sparkasse gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG, nach der diese für die Erfüllung der zugesagten Leistungen einzustehen hat (Subsidiärhaftung), sofern die RZVK bzw. die ZVK Köln die Leistungen nicht selbst erbringen. Hierfür liegen gemäß einer aktuellen gutachterlichen Einschätzung der verantwortlichen Aktuare keine Anhaltspunkte vor. Die verantwortlichen Aktuare haben darüber hinaus die Gewährleistung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen der RZVK bzw. der ZVK Köln zum 31.12.2017 gemäß § 7 der Satzung der Zusatzversorgungskasse bestätigt. Sie halten somit die Annahmen zur Ermittlung des Gesamtfinanzierungssatzes für angemessen. Das im Abrechnungsverband I der Pflichtversicherung vorhandene Vermögen und die zukünftigen Ansprüche auf Zahlung von Umlagen und Sanierungsgeld reichen danach auf der Grundlage der Annahmen über die weitere Entwicklung des Vermögens und des Versichertenbestandes (einschließlich Neuzugang) aus, um zu jedem Zeitpunkt die bestehenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Versicherten zu erfüllen (versicherungsmathematisches Äquivalenzprinzip).

Fremdwährung

In den Aktiva sind Vermögensgegenstände, die auf Fremdwährung lauten, im Gesamtbetrag von 384,8 Mio. EUR enthalten. Von den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung 136,1 Mio. EUR.

Offenlegung

Die offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse KölnBonn (www.sparkasse-koelnbonn.de/ir) unter der Rubrik "Jahresabschlüsse und Kennzahlen" veröffentlicht.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB

Sparkassentypische Geschäftsbeziehungen im Kredit- und Einlagenbereich mit Tochterunternehmen, assoziierten und sonstigen nahe stehenden Unternehmen (die Beteiligungsunternehmen der Städte Köln und Bonn), Personen in Schlüsselpositionen, nahen Familienangehörigen und dem Zweckverband Sparkasse KölnBonn sowie dessen Mitgliedern ergeben sich in folgender Höhe:

Art der Beziehung (Angaben in Mio. EUR)	Kredite und Darlehen	Avale und (un)wider- rufliche Kredit- zusagen	Einlagen	Derivative Finanzinstru- mente - Nomi- nalbetrag
Tochterunternehmen	0,5	3,1	10,4	-,--
Assoziierte Unternehmen	7,2	7,3	0,8	-,--
Sonstige nahe stehende Unternehmen	1.179,1	462,7	646,9	223,3
Personen in Schlüsselpositionen	6,8	0,9	3,9	-,--
Nahe Familienangehörige	0,7	0,2	1,9	-,--
Zweckverband Sparkasse KölnBonn und Mitglieder des Zweckverbandes	1.762,8	577,6	1.457,1	50,0
Gesamt	2.957,1	1.051,8	2.121,0	273,3

Die Sparkasse KölnBonn erbrachte Dienstleistungen an den Träger der Sparkasse KölnBonn "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" in Höhe von 0,1 Mio. EUR, die aus satzungsbedingten Vereinbarungen resultierten.

Darüber hinaus erbrachte die Sparkasse KölnBonn Dienstleistungen in Höhe von 6,6 Mio Euro an ihre Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen. Demgegenüber erhielt sie von diesen Dienstleistungen in Höhe von 11,8 Mio Euro. Außerdem erhielt die Sparkasse KölnBonn von nahe stehenden Unternehmen Mieten mit einem Gesamtvolumen von 0,8 Mio Euro. Aufgrund besonderer vertraglicher Konstellationen und deren wirtschaftlichen Gehalt wird eine Stiftung der Sparkasse KölnBonn als nahe stehendes Unternehmen definiert. Für diese Stiftung hat die Sparkasse KölnBonn ein Patronat in Höhe von 0,3 Mio Euro abgegeben und es bestehen derivative Finanzinstrumente mit einem Nominalvolumen von 35,5 Mio EUR.

Die Bezüge der Organmitglieder werden im nachfolgenden Abschnitt aufgeführt. Weitere Personen in Schlüsselpositionen erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 0,8 Mio. EUR.

Bezüge und Kredite der Organmitglieder

Bezüge des Verwaltungsrates

Den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse (Hauptausschuss, Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss, Vergütungskontrollausschuss) sowie den Teilnehmern gemäß §§ 11 Absatz 3 Satz 2, 10 Absatz 4 Sparkassengesetz NRW wurde für ihre Tätigkeit in diesen Gremien ein Sitzungsgeld von 512,00 EUR je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden dieser Gremien erhielten jeweils den doppelten Betrag, die stellvertretenden Vorsitzenden den anderthalbfachen Betrag. Zudem wurde ihnen für die Tätigkeit im Verwaltungsrat und im Risikoausschuss jeweils ein Pauschalbetrag von 2,6 TEUR p.a. gezahlt; diejenigen Personen, die Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender eines dieser Gremien waren, erhielten jeweils den doppelten beziehungsweise den anderthalbfachen Pauschalbetrag. Für die Tätigkeit in RSGV-Gremien wurde den teilnehmenden Verwaltungsratsmitgliedern eine pauschale Vergütung in Höhe von 500,00 EUR je Sitzung gezahlt. Sofern Organmitglieder umsatzsteuerpflichtig sind, wurden die genannten Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder zuzüglich 19 Prozent Umsatzsteuer gezahlt.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2018 folgende Bezüge: Dr. Carl W. Barthel 7,7 TEUR, Dr. Karlheinz Bentele 8,4 TEUR, Jürgen Biskup

10,7 TEUR, Martin Börschel 53,2 TEUR, Rolf Brief 15,4 TEUR, Jörg Detjen 0,5 TEUR, Guido Déus 35,1 TEUR, Jürgen Didschun 9,7 TEUR, Dr. Ralph Elster 39,4 TEUR, Marion Feld 8,2 TEUR, Jörg Frank 2,0 TEUR, Werner Hümmrich 7,7 TEUR, Brigitta Jackel 1,0 TEUR, Prof. Dr. Paul Norbert Jacobs 1,0 TEUR, Irene Kuron 8,7 TEUR, Hans-Werner Niklasch 3,6 TEUR, Mark Stephen Pohl 6,1 TEUR, Henriette Reker 13,3 TEUR, Bärbel Richter 11,4 TEUR, Tom Schmidt 12,3 TEUR, Monika Schultes 1,5 TEUR, Ashok Sridharan 11,8 TEUR, Gisela Stahlhofen 7,2 TEUR, Ralph Sterck 1,5 TEUR, Gero Wiesenhöfer 7,7 TEUR, Andreas Wolter 11,3 TEUR, Michael Zimmermann 13,3 TEUR. Insgesamt ergeben sich damit für die Mitglieder des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 309,8 TEUR. Zusätzlich fielen Umsatzsteueranteile in Höhe von 31,5 TEUR an. Daneben haben die Mitglieder des Verwaltungsrates in 2018 an Veranstaltungen der Sparkasse KölnBonn im Gesamtwert von 13,0 TEUR teilgenommen.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 2.829,7 TEUR ausgereicht.

Bezüge des Vorstandes

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei bezüglich der Höhe an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter und wird vom Vergütungskontrollausschuss unterstützt.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben der Festvergütung wird als variable Vergütung eine nicht ruhegeldfähige Ergebniszulage von bis zu 81,0 TEUR bei den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern, 108,0 TEUR bei den Vorstandsmitgliedern, 134,0 TEUR bei dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und bis zu 160,0 TEUR bei dem Vorstandsvorsitzenden gewährt.

Die Auszahlung der Ergebniszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat auf Basis des Unternehmensergebnisses und der individuellen und Team-Zielerreichung festgelegt. Unter der Voraussetzung, dass bestimmte Kriterien zur Risiko-, Kapital-, und Liquiditätssituation eingehalten werden und keine Anordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 45 Abs. 2 S. 1 Nr. 5a und Nr. 6 KWG vorliegt, erfolgt die Auszahlung der variablen Vergütungsbestandteile im Rahmen der Vorschriften der Institutsvergütungsverordnung über einen Zeitraum von 5 Jahren.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden dem Vorstandsvorsitzenden (seit 01.04.2018), Herrn Dr. Rüdiger Linnebank, 487,5 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen in Höhe von 9,6 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Herrn Ulrich Voigt, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden 547,2 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 100,6 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 26,3 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Frau Dr. Nicole Handschuh 407,5 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt sie eine Ergebniszulage in Höhe von 48,6 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 12,1 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Herrn Dr. Christoph Siemons 452,8 TEUR Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 99,1 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 23,1 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Herrn Volker Schramm 339,6 TEUR Festvergütungen gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 70,0 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 22,7 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Herrn Rainer Virnich 339,6 TEUR Festvergütungen gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine Ergebniszulage in Höhe von 77,4 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 39,3 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Herrn Artur Grzesiek, der zum 31.12.2017 aus dem Vorstand ausschied, 154,3 TEUR Ergebniszulagen und sonstige Vergütungen in Höhe von 1,0 TEUR gezahlt.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Herrn Dr. Joachim Schmalzl, der zum 29.02.2016 aus dem Vorstand ausschied, 28,2 TEUR Ergebniszulagen gezahlt.

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen und Sachbezüge nach § 37 Einkommensteuergesetz.

Insgesamt wurden für die Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Vorstandes im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 3.367,6 TEUR gezahlt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Dr. Linnebank und Herr Voigt Anspruch auf Zahlung eines Übergangsgeldes bis zum Eintritt des Versorgungsfalles, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Dr. Linnebank beträgt 55 Prozent und der von Herrn Voigt beträgt derzeit 45 Prozent der festen Bezüge. Der Anspruch von Herrn Voigt steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 Prozentpunkte auf maximal 55 Prozent an. Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die Herren Dr. Linnebank und Voigt Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Der Anspruch beider Herren beträgt dann 55 Prozent der festen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Frau Dr. Handschuer hat ihren Dienstvertrag zum 30. Juni 2019 gekündigt. Herr Virnich und Herr Schramm sind im Geschäftsjahr mit Wirkung zum 01.01.2019 zu Vorstandsmitgliedern bestellt worden. Die bestehende Versorgungszusage ist in eine beitragsorientierte Leistungszusage umgewandelt worden. Dabei werden je Dienstjahr Rentenbausteine angesammelt. Die Höhe des Rentenbausteins ist abhängig vom Versorgungsbeitrag und dem Alter des Vorstandsmitglieds. Ab Beginn der Rentenzahlungen werden die angesammelten Rentenbausteine als lebenslange Rente ausbezahlt und jeweils zum 01.07. um 1 Prozent dynamisiert.

Unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 67. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Dr. Linnebank beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 349,9 TEUR. Im Jahr 2018 wurden der Pensionsrückstellung 349,9 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Voigt beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 4.329,5 TEUR. Im Jahr 2018 wurden der Pensionsrückstellung 559,5 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Dr. Siemons beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 3.997,0 TEUR. Im Jahr 2018 wurden der Pensionsrückstellung 1.051,2 TEUR zugeführt.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Schramm beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 901,4 TEUR. Im Jahr 2018 wurden der Pensionsrückstellung 184,1 TEUR entnommen.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Virnich beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 969,9 TEUR. Im Jahr 2018 wurden der Pensionsrückstellung 174,7 TEUR entnommen.

Zusätzlich zu den oben genannten Beträgen, wurden für Frau Dr. Handschuer in 2018 Beträge zur Finanzierung einer Altersvorsorge in Höhe von 81,5 TEUR gezahlt.

Für die Mitglieder des Vorstands beläuft sich der Barwert der Pensionsansprüche auf insgesamt 10.547,6 TEUR. Für noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem BilMoG wurde der noch offene Restbetrag von 1.476,7 TEUR zugeführt.

Darüber hinaus wurden Prämienzahlungen für Versicherungen der Organmitglieder geleistet. Für eine D&O Versicherung der Organmitglieder erfolgte eine pauschale Versicherungsprämie in Höhe von 267,8 TEUR. Des Weiteren wurden Prämien für eine Gruppen-Unfallversicherung geleistet. Die Prämienzahlungen belaufen sich dabei auf insgesamt 4,5 TEUR. Für eine Rechtsschutz-Versicherung wurde eine Prämie in Höhe von 11,5 TEUR gezahlt.

Den früheren Mitgliedern des Vorstandes und deren Hinterbliebenen wurden Gesamtbezüge in Höhe von 3.143,0 TEUR gewährt, davon betrafen keine Leistungen die aktive Geschäftstätigkeit. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 52.350,2 TEUR. Darüber hinaus bestehen für diese Personengruppe Beihilferückstellungen in Höhe von 297,8 TEUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.142,8 TEUR gewährt.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare gemäß § 285 Nummer 17 HGB erfasst:

Honorare des Abschlussprüfers	EUR
a) für die Abschlussprüfung	1.057.929,47
b) für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	100.573,80
c) für sonstige Leistungen	-,--
Gesamt	1.158.503,27

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt 2018 wurden bei der Sparkasse KölnBonn beschäftigt:

	2018	2017
Vollzeitkräfte	2.239	2.341
Teilzeit- und Ultimokräfte	1.468	1.487
Zwischensumme	3.707	3.828
Auszubildende	99	120
Gesamt	3.806	3.948

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Beendigung des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Beendigung des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter*innen
Martin Börschel Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen Selbständiger Rechtsanwalt	Dr. Carl W. Barthel Selbständiger Steuerberater	Ursula Gärtner Dipl.-Volkswirtin Verwaltungsangestellte Abteilungsleiterin
Erster stellvertretender Vorsitzender:		
Guido Déus	Dr. Karlheinz Bentele Staatssekretär a. D. Sparkassenpräsident a. D. Dipl.-Verwaltungswissenschaftler	Monika Schultes Verwaltungs-Fachangestellte Geschäftsführerin im Ruhestand
Zweiter stellvertretender Vorsitzender:		
Dr. Ralph Elster	Jürgen Biskup Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Ingrid Dräger Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau dipl. Sparkassenbetriebswirtin
	Rolf Brief Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Uwe Mertens (ab 15.06.2018) Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Sparkassenbetriebswirt Bankkaufmann
	Guido Déus Mitglied des Landtages NRW Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Dipl.-Finanzwirt	Birgitta Jackel Dipl.-Volkswirtin Angestellte im Einzelhandel Abteilungsleiterin
	Jürgen Didschun Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Markus Pohl Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann
	Dr. Ralph Elster Dipl.-Biologe Angestellter Unternehmens- berater	Birgitta Nessler-Komp Dipl.-Betriebswirtin (FH) Landwirtin
	Marion Feld Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau Sparkassenbetriebswirtin	Inge Mohr Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Lehrerin

Mitglieder	Stellvertreter*innen
Werner Hümmrich Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Michael Söllheim Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Irene Kuron Dipl.-Volkswirtin Selbständige Unternehmens- beraterin	Prof. Dr. Norbert Jacobs Rechtsanwalt Professor für Wirtschaftsprüfung und Steuerrecht
Mark Stephen Pohl Groß- und Außenhandels- kaufmann Politologe M.A. Vorstandsassistent	Ralph Sterck Hauptgeschäftsführer des FDP- Landesverbandes in Nordrhein- Westfalen Dipl.-Kaufmann
Bärbel Richter (bis 15.09.2018) Sachbearbeiterin Archivangestellte Archiv der sozialen Demokratie	Hans-Werner Niklasch Bankkaufmann im Ruhestand Sparkassenbetriebswirt
Tom Schmidt Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Bundesstadt Bonn	Brigitta Poppe-Reiners Dipl.-Oecotrophologin Oberlandwirtschaftsrätin Dienstleistungszentrum Wester- wald-Osteifel
Gisela Stahlhofen Maßschneiderin Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro	Jörg Detjen Drucker u. Verlagskaufmann Geschäftsführer
Gero Wiesenhöfer Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann diplomierter Sparkassenbetriebswirt	Michael Baedorf Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Andreas Wolter Controlller BRUNATA Wärmemesser- Gesellschaft Schultheiss GmbH + Co. Dipl.-Betriebswirt	Jörg Frank IT-Systemanalytiker Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
Michael Zimmermann Verwaltungsangestellter Stadt Köln	Dorothee Schneider (bis 14.06.2018) Verwaltungsangestellte Kämmerin der Stadt Düsseldorf Heinrich-Peter Kron (ab 15.06.2018) Dipl.-Finanzwirt Betriebsprüfer im Ruhestand

Bis 30.06.2018: Teilnehmer (gemäß § 11 Absatz 3 Satz 2 des Sparkassengesetzes für Nordrhein-Westfalen)	Im Falle der Verhinderung von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker
Henriette Reker Oberbürgermeisterin der Stadt Köln Juristin	Ashok Sridharan Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn Jurist

Beratender Teilnehmer an den
Sitzungen des Verwaltungsrates
gemäß § 10 Absatz 4 des Sparkas-
sengesetzes für Nordrhein-
Westfalen

Ashok Sridharan
Oberbürgermeister der
Bundesstadt Bonn
Jurist

Ab 01.07.2018: Teilnehmer (gemäß § 11 Absatz 3 Satz 2 des Sparkassengesetzes für Nordrhein-Westfalen)	Im Falle der Verhinderung von Herr Oberbürgermeister Ashok Sridharan
Ashok Sridharan Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn Jurist	Henriette Reker Oberbürgermeisterin der Stadt Köln Juristin

Beratender Teilnehmer an den
Sitzungen des Verwaltungsrates
gemäß § 10 Absatz 4 des Sparkas-
sengesetzes für Nordrhein-
Westfalen

Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der
Stadt Köln
Juristin

Vorstand

Vorsitzender

Dr. Rüdiger Linnebank (seit 01.04.2018)

Stellvertretender Vorsitzender

Ulrich Voigt

Mitglieder

Dr. Nicole Handschuh

Volker Schramm (seit 01.01.2019)

Rainer Virnich (seit 01.01.2019)

Dr. Christoph Siemons (bis 31.12.2018)

Stellv. Mitglieder

Volker Schramm (bis 31.12.2018)

Rainer Virnich (bis 31.12.2018)

Folgende Mitglieder des Vorstandes und Mitarbeiter der Sparkasse KölnBonn sind Mitglieder des Aufsichtsrates von Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Absatz 4 Nummer 1 HGB:

Vorstand

Ulrich Voigt

– Ströer SE & Co. KGaA

– Finanzinformatik GmbH & Co. KG

Rainer Virnich

– Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG

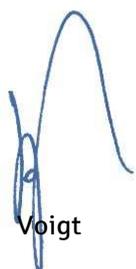
– Deutsche Servicegesellschaft für
Finanzdienstleister mbH

Der Jahresabschluss wird aufgrund einer längeren Abwesenheit des Vorstandsvorsitzenden nicht von Herrn Dr. Linnebank unterzeichnet.

Versicherung des Vorstandes gemäß §§ 264 Absatz 2 Satz 3 und 289 Absatz 1 Satz 5 HGB in Verbindung mit § 2 Absatz 14 WpHG, § 327a HGB:

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Sparkasse KölnBonn so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse KölnBonn beschrieben sind.

Köln, den 05. März 2019



Voigt



Dr. Handschuh



Schramm



Virnich

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Absatz 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2018
(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparkasse KölnBonn hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse KölnBonn besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse KölnBonn definiert den Umsatz als Saldo folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 713.680,8 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt 3.180 im Jahresdurchschnitt.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 59.933,6 TEUR.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 24.270,3 TEUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende als auch latente Steuern.

Die Sparkasse KölnBonn hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen im Rahmen eines EU-Beihilfverfahrens erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparkasse KölnBonn (im Folgenden "Sparkasse"), Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparkasse, bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2018, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31.12.2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften von der Sparkasse unabhängig und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. § 340k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
2. Bildung und Bewertung von Rückstellungen im Rahmen des geplanten Personalabbaus
3. Behandlung einer Stillen Einlage des Trägers im Jahresabschluss
4. Behandlung von Rechtsrisiken im Jahresabschluss
5. Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt aufgebaut:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Im Jahresabschluss der Sparkasse werden zum 31.12.2018 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen unter den Bilanzpositionen Aktiva 7 und Aktiva 8 mit Buchwerten von 377,6 Mio. EUR und 46,6 Mio. EUR ausgewiesen. Sie entfallen weiterhin im Wesentlichen auf die Anteile am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Der RSGV hält seinerseits Beteiligungen im Wesentlichen an Unternehmen der Sparkassen Finanzgruppe. Da weder für die unmittelbaren noch für die mittelbaren Beteiligungen regelmäßig beobachtbare Marktpreise vorliegen, ist es für die Bewertung des Anteilsbesitzes notwendig, auf Bewertungsmodelle bzw. Wertgutachten zurückzugreifen. Da die in die Bewertung einfließenden Parameter wesentlich die Wertermittlung beeinflussen, war dieser Sachverhalt angesichts der Höhe der Beteiligungsbuchwerte im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorgehensweise des Vorstands nachvollzogen sowie die internen Verfahren der Sparkasse zur Bewertung der Beteiligungen beurteilt. Die für die Bestimmung des Wertansatzes herangezogenen Unterlagen haben wir in Bezug auf deren Eignung, Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die den Wertermittlungen zugrundeliegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie in vertretbaren Bandbreiten liegen. Die vom Vorstand zur Bewertung der Beteiligungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen sind hinreichend dokumentiert und begründet. Sie konnten von uns nachvollzogen werden und liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen zu den Beteiligungen bzw. zu Anteilen an verbundenen Unternehmen und der Bewertung sind in den Anhangangaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB bei den Angaben zu Aktiva 7 und 8 (Abschnitt „Sonstige Erläuterungen zur Bilanz“) und den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellungen und Erläuterungen im Lagebericht (Teil D. Chancen- und Risikobericht, Abschnitt Beteiligungsrisiken).

2. Bildung und Bewertung von Rückstellungen im Rahmen des geplanten Personalabbaus

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Sparkasse plant im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung, in den nächsten Jahren - ausgehend vom Personalbestand Ende 2017 - bis 2022 insgesamt rund 850 Mitarbeiterkapazitäten abzubauen. Im Geschäftsjahr 2018 hat der Vorstand der Sparkasse weitere Maßnahmen beschlossen und kommuniziert, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll. Gegenstand dieser Maßnahmen sind u. a. mit dem Personalrat geschlossene Dienstvereinbarungen über ein Abfindungsprogramm, das allen Altersjahrgängen offensteht, sowie ein für einen bestimmten Personenkreis angebotenes Altersteilzeitprogramm.

Sofern die handelsrechtlichen Ansatzkriterien erfüllt sind, ergibt sich aus den beschlossenen Maßnahmen die Notwendigkeit zur Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten in Höhe der in diesem Zusammenhang zu erwartenden Aufwendungen.

Die Sparkasse hat zum 31.12.2018 Rückstellungen insoweit gebildet, wie der Vorstand bei seiner Beurteilung zu dem Ergebnis gelangt ist, dass die Maßnahmen den Abschluss entsprechender Vereinbarungen überwiegend wahrscheinlich machen. Nach unserer Einschätzung ist der Sachverhalt von Bedeutung, da dieser zum Bilanzstichtag in einem hohen Maß auf Einschätzungen und Annahmen des Vorstandes beruht und sich hieraus wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss zum 31.12.2018 ergeben.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Für ungewisse Verbindlichkeiten sind Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bilden. Hierfür muss eine sicher oder wahrscheinlich be- bzw. entstehende Außenverpflichtung vorliegen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr rechtlich oder wirtschaftlich verursacht wurde, und es muss ernsthaft mit einer Inanspruchnahme gerechnet werden. Bei unserer Prüfung haben wir das Vorliegen der notwendigen Ansatzkriterien sowie die Bewertung der Verpflichtung geprüft. Dabei haben wir auch die Fortentwicklung der bereits zum 31.12.2017 gebildeten Rückstellungen im Rahmen der geplanten Reduzierung der Mitarbeiteranzahl in unsere Prüfung einbezogen. Hierbei haben wir uns entsprechende Nachweise vom Vorstand zum Umsetzungsstand der Maßnahmen vorlegen lassen und diese nachvollzogen und gewürdigt. Wir konnten uns von der Einschätzung des Vorstands überzeugen, dass, soweit eine Rückstellung gebildet wurde, die Ansatzkriterien zum 31.12.2018 erfüllt waren. Diese Einschätzungen sind hinreichend dokumentiert und begründet.

Die für die Bestimmung des Wertansatzes vom Vorstand beschlossenen Verfahrensbeschreibungen haben wir hinsichtlich der Geeignetheit der verwendeten Methode sowie der Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die den Wertermittlungen zugrundeliegenden Ausgangsdaten, Parameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt. Die zur Bewertung der Rückstellungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen sind hinreichend dokumentiert und begründet. Sie liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten und berücksichtigen angemessen die Erfahrungen aus dem bereits 2017 vom Vorstand beschlossenen Altersteilzeit- und Abfindungsprogramm.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Für weitere Informationen und Angaben verweisen wir auf die Darstellungen des Vorstands im Lagebericht (Teil B. Wirtschaftsbericht, 3. Abschnitt sowie Teil E. Prognosebericht) und auf die Anhangangaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

3. Behandlung einer Stillen Einlage des Trägers im Jahresabschluss

a) Sachverhalt und Problemstellung

Der Träger der Sparkasse (Zweckverband Sparkasse KölnBonn) ist seit 2009 als stiller Gesellschafter mit Vermögenseinlagen am Handelsgewerbe der Sparkasse beteiligt (im Folgenden „Stille Einlagen“). Vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben der EU (Capital Requirements Regulation - CRR) wurde in 2017 eine vertragliche Neugestaltung vorgenommen, um eine dauerhafte Anrechnung als Kernkapital im Sinne der CRR zu ermöglichen.

Im Jahresabschluss zum 31.12.2018 der Sparkasse wird die Stille Einlage unter der Bilanzposition Passiva Nr. 12 „Eigenkapital“ in Unterposten aa) „Einlagen stiller Gesellschafter“ in Höhe von 500,0 Mio. EUR ausgewiesen. Vergütungen auf die Stille Einlage werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Position 25 „Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne“ erfasst.

Der sachgerechte Bilanzausweis dieses Eigenkapitalbestandteils sowie die darauf zu leistenden Vergütungen sind mit Blick auf die Darstellung der Vermögenslage und des Jahresergebnisses von

hoher Bedeutung für den handelsrechtlichen Jahresabschluss. Vor diesem Hintergrund erforderten die Sachverhalte im Rahmen unserer Prüfung eine besondere Erfassung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Grundlage für unsere Prüfungshandlungen im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung waren die vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Zweckverband und der Sparkasse.

Wir haben auf Basis der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung beurteilt, ob die zum 31.12.2018 bestehende Stille Einlage unverändert die Voraussetzungen für einen Ausweis als bilanzielles Eigenkapital erfüllt. Außerdem haben wir die Ermittlung der Vergütung der Stillen Einlage sowie die Erfassung und den Ausweis der Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung geprüft.

Wir konnten uns unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer externen fachlichen Einschätzung (Konsultation) aus dem Vorjahr davon überzeugen, dass die vertraglichen Vereinbarungen beachtet wurden und die Entscheidungen des Vorstands zur Erfassung im Jahresabschluss ausreichend dokumentiert und hinreichend begründet sind.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen enthalten der Lagebericht der Sparkasse (Teil B. Wirtschaftsbericht, Abschnitt 3) sowie der Anhang (Kapitel: Ausweis in der Bilanz und der GuV sowie im Anhang).

4. Behandlung von Rechtsrisiken im Jahresabschluss

a) Sachverhalt und Problemstellung

Der im Jahresabschluss zum 31.12.2018 der Sparkasse unter Passiva Nr. 7 „Rückstellungen“ ausgewiesene Unterposten c) „andere Rückstellungen“ entfällt unter anderem auf mögliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit rechtlichen Risiken. Der Umfang im Wesentlichen zivil- und steuerrechtlicher Risiken sowie die dafür gebildeten Rückstellungen sind auch im Geschäftsjahr 2018 tendenziell weiter rückläufig.

Nach unserer Einschätzung sind die Rechtsrisiken jedoch für den Jahresabschluss zum 31.12.2018 weiterhin von Bedeutung, da die handelsrechtlichen Schlussfolgerungen bis zu einer endgültigen rechtlichen Klärung zwangsläufig wesentlich auf rechtlichen Einschätzungen und Annahmen des Vorstandes zu den Erfolgsaussichten beruhen.

Zur Bewertung und bilanziellen Abbildung von Rechtsrisiken hat der Vorstand der Sparkasse nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Einschätzungen vorgenommen, ob unter Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse mit überwiegender Wahrscheinlichkeit eine finanzielle Belastung zu erwarten ist. Neben unternehmensinterner rechtlicher Expertise hat er bei seiner Meinungsbildung teilweise externe Sachverständige hinzugezogen.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Das Erfordernis, eine Rückstellung für Rechtsrisiken (Verbindlichkeitsrückstellung) zu bilden bzw. fortzuführen, besteht nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB im Wesentlichen dann, wenn am Bilanzstichtag aus laufenden Rechtsstreitigkeiten mit überwiegender Wahrscheinlichkeit eine finanzielle Belastung in der Zukunft zu erwarten ist. Bei unserer Prüfung haben wir uns mit dem internen Verfahren zur Erfassung und Bewertung von Rechtsrisiken auseinandergesetzt. Nach einem risikoorientiert abgestuften Verfahren haben wir die Beurteilungen des Vorstandes nachvollzogen und die daraus abgeleiteten Bilanzierungsentscheidungen bewertet. Dabei haben wir uns im Wesentlichen am Streitwert und der Komplexität der rechtlichen Fragestellungen orientiert. Soweit notwendig, haben wir bei unserer Prüfung die Tätigkeit vom Vorstand hinzugezogener Sachverständiger gemäß IDW Prüfungsstandard 300 beurteilt sowie Rechtsanwaltsbestätigungen gemäß IDW Prüfungsstandard 302 eingeholt.

Bei zwei rechtlichen Fragestellungen, die die Sparkasse unter Einbeziehung eines externen Sachverständigen bewertet hat, haben wir unsererseits externen fachlichen Rat (Konsultation) eingeholt. Bei unserer Beurteilung dieser Fragestellungen haben wir auf die Ergebnisse der Konsultation zurückgegriffen und diese berücksichtigt.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass die Bewertung und Bilanzierung der Rechtsrisiken sowie der in diesem Zusammenhang vom Vorstand vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen hinreichend begründet und dokumentiert sind. Ermessensentscheidungen wurden im Rahmen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung abgewogen getroffen.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen enthalten die Anhangangaben unter Bilanzierung und Bewertung von Passivposten, Abschnitt Rückstellungen sowie der Lagebericht (Teil D: Chancen- und Risikobericht; Abschnitt: operationelle Risiken) der Sparkasse.

5. Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Sparkasse KölnBonn weist in ihrem Jahresabschluss zum 31.12.2018 im Bilanzposten Aktiva 15 „Aktive latente Steuern“ einen Betrag von 83,5 Mio. EUR aus. Diese wurden auf Basis der Vorgaben nach § 274 HGB für unterschiedliche Wertansätze zwischen Handels- und Steuerbilanz bei einzelnen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Bei der Berechnung hat die Sparkasse die ermittelten aktiven mit passiven latenten Steuern verrechnet. Die latenten Steuern wurden mit einem Körperschaftsteuersatz von 15,83 Prozent und einem Gewerbesteuersatz von 16,78 Prozent bewertet.

Da das Volumen der aktiven latenten Steuern für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse von nennenswerter Bedeutung ist und die Erwartung einer zukünftigen Steuerentlastung maßgeblich von den Einschätzungen des Vorstands zur Entwicklung der Ertragslage abhängt, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Aktive latente Steuern können in der Bilanz angesetzt werden, wenn die unterschiedlichen Wertansätze sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und sich daraus eine zukünftige Steuerentlastung ergibt. Sofern steuerliche Verlustvorträge bestehen, sind diese in Höhe des innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung einzubeziehen. Bei unserer Prüfung haben wir das Vorliegen der notwendigen Ansatzkriterien geprüft. Dazu haben wir uns Nachweise zu Art und Umfang der unterschiedlichen Wertansätze sowie zum Ergebnis der Körperschaft- und Gewerbesteuerveranlagung/ -berechnung vorlegen lassen, diese nachvollzogen und gewürdigt. Ebenso haben wir die Annahme des Vorstandes zu den der Bewertung zugrunde gelegten Steuersätzen gewürdigt. Darüber hinaus haben wir für unsere Beurteilung auf die mittelfristigen Einschätzungen des Vorstandes zur Entwicklung der Ertragslage zurückgegriffen.

Die Entscheidung des Vorstandes, welche Bewertungsunterschiede dem Grunde nach einbezogen werden, ist unter Berücksichtigung einer externen fachlichen Einschätzung (Konsultation) aus einer Vorprüfung ebenso begründet und dokumentiert, wie seine Einschätzung, dass es in Höhe der angesetzten aktiven latenten Steuern zu einer zukünftigen Steuerentlastung kommt.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen zu latenten Steuern enthält der Anhang zum Jahresabschluss unter den „Sonstigen Erläuterungen zur Bilanz“ (Aktiva 15).

Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den gemäß § 289b Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a HGB zusammen mit dem Lagebericht nach § 325 HGB veröffentlichten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2018
- die Versicherung nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB zum Jahresabschluss und die Versicherung nach § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB zum Lagebericht

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) und des Aufsichtsorgans (Verwaltungsrat) für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten und unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU APrVO

Wir sind nach § 24 Abs. 3 Satz 1 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem Prüfungsbericht nach Artikel 11 EU-APrVO in Einklang stehen.

Von uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Sparkasse erbracht:

- Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäftes gemäß § 89 Abs. 1 Satz 1, 2 und 5 WpHG i. V. m. § 24 Abs. 6 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen
- Prüfung der Pflichten als Verwahrstelle gemäß § 68 Abs. 7 KAGB
- Erteilung einer Bescheinigung nach § 16j FinDAG
- Erteilung eines Comfort Letters gemäß IDW Prüfungsstandard 910

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Vietze.

Düsseldorf, den 09. April 2019

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes



Vietze
Wirtschaftsprüfer



Römer
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn hat im Geschäftsjahr 2018 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht sowie ihn in wichtigen Fragen beraten. Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat in insgesamt zehn Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Risikolage und das Risikomanagement. In diesen Sitzungen fasste der Verwaltungsrat auch die nach dem Gesetz erforderlichen Beschlüsse.

Aktuelle Einzelthemen wurden in siebzehn Sitzungen des Hauptausschusses des Verwaltungsrates (Vorsitzender des Verwaltungsrates sowie sein erster und zweiter Stellvertreter) mit dem (stellvertretenden) Vorsitzenden des Vorstandes und unter Einbindung der Oberbürgermeister der Städte Köln und Bonn erörtert und anschließend in die Sitzungen des Verwaltungsrates eingebracht. Zusätzlich tauschten sich der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der (stellvertretende) Vorstandsvorsitzende der Sparkasse KölnBonn in regelmäßigen Gesprächen aus.

Der Vergütungskontrollausschuss hat in vier Sitzungen die im KWG festgeschriebenen Aufgaben wahrgenommen beziehungsweise die vom Verwaltungsrat zu treffenden Beschlüsse vorbereitet.

Der Risikoausschuss hat in fünf Sitzungen die ihm nach Sparkassengesetz obliegenden Kreditentscheidungen getroffen. Die nach den Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) regelmäßig an das Aufsichtsgremium zu erstattenden Berichte wurden zu den quartalsmäßigen Stichtagen vorgelegt und jeweils zunächst ausführlich in den Sitzungen des Risikoausschusses und anschließend im Verwaltungsrat erörtert.

Der Bilanzprüfungsausschuss hat in einer Sitzung vorbereitend zur Schlussbesprechung im Verwaltungsrat das Prüfungsergebnis des Jahresabschlusses 2017 mit den Prüfern besprochen. In drei weiteren Sitzungen erörterte der Bilanzprüfungsausschuss u.a. die Mittelfristplanung, die Kapitalplanung der Sparkasse sowie diverse Quartals- und Jahresberichte der internen Revision und der Compliance-Beauftragten. Der Vorstand informierte den Bilanzprüfungsausschuss auch unterjährig zu Themen und Sachverhalten, die absehbar Einfluss auf das Jahresergebnis 2018 der Sparkasse hatten. Der Verwaltungsrat wurde regelmäßig über die Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses informiert und beriet die Themen und Sachverhalte abschließend.

Sowohl der Risikoausschuss als auch der Bilanzprüfungsausschuss befassten sich eingehend mit dem Sanierungsplan gem. §§ 12 ff. Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, den die Sparkasse KölnBonn erstmals im Juni 2018 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen einreichte. Dieser wurde auch im Verwaltungsrat erörtert.

Der Verwaltungsrat tauschte sich über Monate mit dem Vorstand intensiv zu den Herausforderungen (u. A. anhaltende Niedrigzinsphase, steigender Wettbewerbsdruck, Veränderungen im Kundenverhalten und den Kundenerwartungen, Digitalisierung und aufsichtsrechtliche Anforderungen) und einer daraus erforderlichen strategischen Neuausrichtung der Sparkasse aus. Er bestätigte das hierzu entworfene Zielbild, das Niederschlag in einer grundlegenden Überarbeitung der Geschäftsstrategie 2018 (incl. Risiko- und IT-Strategie) fand. Der Umbauprozess wird sich über mehrere Jahre erstrecken und zu weiteren Anpassungen und Konkretisierungen der Strategien führen. Der Verwaltungsrat lässt sich dabei regelmäßig über die ergriffenen Maßnahmen und den Umsetzungsstand berichten.

Nachdem der langjährige Vorsitzende des Vorstandes, Herr Artur Grzesiek, zum 31.12.2017 in den Ruhestand getreten war, übernahm sein Nachfolger, Herr Dr. Rüdiger Linnebank, zum 01.04.2018 seine Position.

Anfang des Jahres leitete der Verwaltungsrat mit Blick auf den am 31.12.2018 auslaufenden Vertrag von Herrn Dr. Siemons als Mitglied des Vorstandes einen Auswahlprozess ein, in dem mit Unterstützung einer externen Personalberatung die Nachfolge bestimmt werden sollte. Gleichzeitig beschloss der Verwaltungsrat, die Struktur des Vorstandes zu ändern und im Rahmen des Auswahlverfahrens ein weiteres Mitglied des Vorstandes für ein Dezernat "Produktion" zu suchen. Nach Beendigung des Auswahlverfahrens bestellte der Verwaltungsrat das bisherige stellvertretende Mitglied des Vorstandes Volker Schramm zum Nachfolger von Herrn Dr. Siemons als Mitglied des Vorstandes für das

Dezernat "Privatkunden" und das bisherige stellvertretende Mitglied des Vorstandes Rainer Virnich zum Mitglied des Vorstandes für das Dezernat "Produktion" (jeweils ab dem 01.01.2019). Damit besteht der Vorstand der Sparkasse ab diesem Zeitpunkt aus fünf Mitgliedern und es gehören dem Vorstand keine stellvertretenden Mitglieder mehr an. Weil Frau Dr. Handschuh dem Verwaltungsrat mitteilte, dass sie den Vorstand im Laufe des Jahres 2019 verlassen möchte, beschloss der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 07.12.2018 auch hierzu ein Verfahren zur Suche einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers einzuleiten.

Tätigkeit der internen Revision

Im Rahmen der vom Verwaltungsrat erlassenen Geschäftsanweisung hat die Interne Revision unvermutet und planmäßig in allen Geschäftsbereichen ihre Prüfungen durchgeführt. Schwerpunkte wurden dabei auf die Funktionsfähigkeit des Kontrollsystems, die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit betrieblicher Arbeitsverfahren und -abläufe sowie die Überwachung des Kreditgeschäftes gelegt. Der Bilanzprüfungsausschuss und der Verwaltungsrat wurden im Berichtsjahr quartalsweise über die Prüfungstätigkeit informiert. Im Rahmen des Jahresberichts erfolgte eine ausführliche Erörterung im Bilanzprüfungsausschuss und anschließend im Verwaltungsrat. Im Jahresverlauf erkannte der Verwaltungsrat im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion keinen Handlungsbedarf.

Mit Wirkung zum 01.10.2018 beschloss der Verwaltungsrat auf der Basis der Mustergeschäftsanweisung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes eine neue Geschäftsanweisung für die Interne Revision, die die Erfordernisse der überarbeiteten Mindestanweisungen für das Risikomanagement berücksichtigt.

Fortbildung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates

Die Sparkasse veranstaltete zur Fortbildung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates Fortbildungsseminare mit internen und externen Dozenten. Darüber hinaus nutzten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates das Seminarangebot der Sparkassenakademie Nordrhein-Westfalen.

Entlastung der Organe der Sparkasse KölnBonn

Der "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" als Träger der Sparkasse KölnBonn, an dem die Stadt Köln zu 70 Prozent und die Bundesstadt Bonn zu 30 Prozent beteiligt sind, erteilte dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Sparkasse KölnBonn im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung.

Prüfung und Bestätigung des Jahresabschlusses 2018

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses vor. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht 2018 der Sparkasse KölnBonn wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat hat auf Empfehlung des Bilanzprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2018 festgestellt und den Lagebericht des Vorstandes gebilligt. Die Sparkasse KölnBonn hat die das Jahr 2018 betreffenden Zinsverpflichtungen für Genussrechtskapital in voller Höhe passiviert. Die Auszahlung der Genussrechtszinsen an die Gläubiger erfolgt nach der Feststellung des Jahresabschlusses in 2019. Ebenfalls wurde ein Betrag in Höhe von 11,2 Mio. EUR zur Bedienung der stillen Einlage passiviert. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB wurde eine Vorsorge in Höhe von 20,0 Mio. EUR zugeführt. Die Sparkasse KölnBonn weist einen Bilanzgewinn in Höhe von 24,2 Mio. EUR aus. Der Verwaltungsrat empfiehlt dem Zweckverband Sparkasse KölnBonn gemäß §§ 24 und 25 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen den Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden: 3,9 Mio. EUR sonstige Ausschüttung an den Träger und Einstellung von 20,3 Mio. EUR in die Sicherheitsrücklage.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die geleistete engagierte Arbeit im Jahr 2018.

Köln, den 20.02.2019

Der Vorsitzende des
Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Börschel', written in a cursive style.

Martin Börschel